AMTSBLATT

der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Band II Stück 8 | Hannover, den 30. April | 1965

INHALT:

I. Gesetze und Verordnungen

II. Beschlüsse und Verträge

Nr. 41 Richtlinien der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur Frage der Ordination von theologischen Hochschullehrern. Vom 6. Januar 1965 138

III. Mitteilungen

Nr. 42 Ausführung des Pfarrergesetzes 139

Nr. 43 Druckfehlerberichtigung 139

IV. Personalnachrichten

V. Aus den Gliedkirchen

a) Verfassungs- und Organisationsrecht

b) Gemeindedienst

c) Personalrecht

Kirchengesetz der Evang.-Luth. Kirche in Bayern über die Anwendung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Vom 2. März 1964 139

Verordnung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern zum Vollzuge der Ordnung für die Schlichtungsstelle. Vom 2. März 1964 157

Verordnung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern über die Angleichung von Kirchengesetzen und kirchlichen Verordnungen an das Pfarrergesetz der Vereinigten Kirche. Vom 26. Juni 1964 157

Bekanntmachung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern über die Angleichung kirchlicher Bekanntmachungen an das Pfarrergesetz der Vereinigten Kirche und an die Kirchengemeindeordnung. Vom 17. September 1964 159

Kirchengesetz der Ev.-Luth. Landeskirche Braunschweigs über die Anwendung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 14. Juni 1963. Vom 5. Mai 1964 161

Gesetz der Ev.-Luth. Kirche im Hamburgischen Staate über die Anwendung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Vom 11. Mai 1964 161

Kirchengesetz der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers zur Ergänzung und Ausführung des Pfarrergesetzes (Ergänzungsgesetz). Vom 2. April 1965 . . 162

Kirchengesetz der Ev.-Luth. Kirche in Lübeck über die Anwendung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Vom 20. November 1964 169

Bekanntmachung der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs über die Anwendung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Vom 9. Juni 1964 170

Dimissoriale — Bestimmungen der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs. Vom 14. April 1964 171

Kirchengesetz der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs über die Vertretung der Pastorenschaft. Vom 3. April 1964 173

Kirchengesetz der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs vom 1. April 1965 zu § 86 Absatz 3 und 4 des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 14. Juni 1963. Vom 1. April 1965 . . 174

Ausführungsgesetz der Ev.-Luth. Sachsens zum Pfarrergesetz vom 14. Juni 1963 und zur Ordnung für die Schlichtungsstelle (Anlage zu § 67 Abs. 3 des Pfarrergesetzes). Vom 16. April 1964 174

Ausführungsverordnung der Ev.- Luth. Landeskirche Sachsens zum Pfarrergesetz vom 14. Juni 1963 und zur Ordnung für die Schlichtungsstelle (Anlage zu § 67 Abs. 3 des Pfarrergesetzes). Vom 27. April 1964 175

Verordnung der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens über die Bildung einer Vertretung der Pfarrerschaft. Vom 29. Oktober 1964 176

Beschluß der Synode der Ev.-Luth. Landeskirche Schaumburg-Lippe über das Pfarrergesetz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Vom 3. Dezember 1963 177

Durchführungsbestimmungen der Ev.-Luth. Landeskirche Schaumburg-Lippe zum Pfarrergesetz der Vereinigten Ev.-Luth. Kirche Deutschlands vom 14. Juni 1963. Vom 16. September 1964 177

Kirchengesetz der Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins über die Anwendung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Vom 8. November 1963 178

Kirchengesetz der Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins zur Änderung des Kirchengesetzes über die Anstellungsfähigkeit und Vorbildung der Geistlichen. Vom 13. November 1964 178

Vorläufiges Kirchengesetz der Ev.-Luth. Landeskirche Thüringens über die Anwendung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Vom 8. April 1964 179

VI. Deutsches Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes

II. Beschlüsse und Verträge

Nr. 41 Richtlinien der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur Frage der Ordination von theologischen Hochschullehrern.

Vom 6. Januar 1965

Die Kirchenleitung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands hat mit Zustimmung der Bischofskonferenz die folgenden Richtlinien beschlossen:

I.

Die theologischen Hochschullehrer werden in der Regel eine Zeitlang im pfarramtlichen Dienst gestanden haben und darum ordiniert sein. Da sie die zukünftigen Pfarrer ausbilden und die Ordination nach § 11 Abs. 1 des Pfarrergesetzes in der Regel die Begründung eines Dienstverhältnisses als Pfarrer voraussetzt, sollte an dieser Übung unbedingt festgehalten werden.

Aus verschiedenen Gründen, zum Beispiel wegen der Spezialisierung der theologischen Forschung, machen jedoch junge Theologen, die sich habilitieren, hin und wieder von der Möglichkeit Gebrauch, ihren Ausbildungsweg ausschließlich an der Universität zurückzulegen. Sie können nach Maßgabe der folgenden Grundsätze ordiniert werden.

II.

1. Die Ordination wird immer nur auf Ansuchen erteilt. Nach der bestehenden Rechtslage kann kein theologischer Hochschullehrer, der nicht im unmittelbaren Dienst der Kirche steht, zur Ordination verpflichtet werden. Es sind ernsthafte Gründe denkbar, die einen theologischen Hochschullehrer davon abhalten können, die Ordination zu begehren.
2. Es ist zu begrüßen, wenn theologische Hochschullehrer die Ordination erbitten, um damit ein kirchliches Verständnis ihres Lehramtes wie auch ihre Bereitschaft zur Mitarbeit im kirchlichen Dienst auszudrücken. Den Theologen, die als Habilitierte oder Lehrstuhlinhaber einer theologischen Fakultät angehören und die Ordination erstreben, sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, die Ordination auch dann zu erlangen, wenn sie nicht das übliche landeskirchliche Vikariat durchlaufen haben oder hauptberuflich ein kirchliches Dienstverhältnis eingehen.
3. Die Genehmigung der Ordination wäre in solchen Fällen an folgende Bedingungen zu knüpfen:
   a) Zuerkennung der Anstellungsfähigkeit als Pfarrer nach den Bestimmungen des Pfarrergesetzes der Vereinigten Kirche vom 14. Juni 1963, wobei mindestens die Ablegung eines theologischen Examens, das dem ersten oder zweiten landes-

kirchlichen Examen entspricht, und die Ausübung eines dem Vikariat entsprechenden Vorbereitungsdienstes zu fordern sind,

b) regelmäßige Ausübung von Rechten aus der Ordination im Universitätsgottesdienst oder in anderer mit der Landeskirche vereinbarten Weise,

c) Übernahme der gliedkirchlichen Bekenntnisverpflichtung in der die Ordination gewährenden Kirche (vgl. § 11 Abs. 3 des Pfarrergesetzes) und die Pflege dauernder Verbindung des Ordinierten mit der die Ordination gewährenden Kirche. Wo für die ordentlichen Professoren der Theologie in der Fakultätssatzung oder in anderen Rechtsvorschriften eine Verpflichtung auf das Bekenntnis vorgesehen ist, wird bei der Ordination von der erneuten Unterzeichnung einer Bekenntnisverpflichtung abgesehen.

4. Für die Ordination ist in erster Linie die Gliedkirche zuständig, in deren Bereich die betreffende Fakultät liegt. In besonderen Fällen, insbesondere im Hinblick auf die Bekenntnisbindung, kann auch die für den Bewerber persönlich zuständige Gliedkirche nach Verständigung mit der für die Fakultät zuständigen Gliedkirche die Ordination erteilen.

5. Ordinierte Hochschullehrer haben das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung. An die kirchlichen Ordnungen, auch hinsichtlich der Wahrung parochialer Zuständigkeiten (Abmelde- bzw. Entlassungsschein) sind sie gebunden. Die mit der Ordination begründeten Rechte gehen bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 13 des Pfarrergesetzes verloren.

6. Nichtordinierten Angehörigen einer theologischen Fakultät kann auf Antrag, der durch die Hand des Dekans gehen sollte, durch die Gliedkirche das Predigtrecht verliehen werden.

Hannover, den 6. Januar 1965

Der Leitende Bischof
D. Lilje

III. Mitteilungen

Nr. 42 Ausführung des Pfarrergesetzes

In diesem Stück des Amtsblattes sind, wie in der Mitteilung in Band II Stück 5 S. 68 angekündigt, die bisher in Ausführung des Pfarrergesetzes ergangenen Bestimmungen der Gliedkirchen abgedruckt.

Nr. 43 Druckfehlerberichtigung

In Band II Stück 7 des Amtsblattes sind zwei Druckfehler zu berichtigen.

Im Inhaltsverzeichnis Seite 118 muß die Bezeichnung des thür. Pastorinnengesetzes wie folgt lauten:

„Gesetz der Ev.-Luth. Kirche in Thüringen über die Ausbildung und die Anstellung von Theologinnen (Pastorinnengesetz)."

Das Datum der Bekanntmachung des Landeskirchenamtes Wolfenbüttel über die Einführung der Gottesdienstordnung auf Seite 125 linke Spalte ist in „28. August 1964" zu ändern.

V. Aus den Gliedkirchen

a) Verfassungs- und Organisationsrecht

b) Gemeindedienst

c) Personalrecht

Kirchengesetz
der Evang.-Luth. Kirche in Bayern
über die Anwendung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.

Vom 2. März 1964
(Nachdruck aus KABl. 1964 S. 34)

Die Landessynode hat gemäß §§ 103 und 104 des Pfarrergesetzes der Vereinigten Kirche vom 14. Juni 1963 das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind.

Art. 1

(1) Das Pfarrergesetz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 14. Juni 1963 (ABl. der Vereinigten Kirche Band II S. 14) tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1964 in der Fassung der Anlage an die Stelle des Kirchengesetzes über das Dienstverhältnis der Pfarrer (Pfarrergesetz), Teil C der Ordnung des geistlichen Amtes, vom 27. April 1939 (KABl. S. 78) in der Fassung der Kirchengesetze vom 30. September 1948 (KABl. S. 105), 27. Oktober 1952 (KABl. S. 128) und 10. Mai 1954 (KABl. S. 45). Die für die Evang.-Luth. Kirche in Bayern beschlossenen Ergänzungs- und Ausführungsbestimmungen sind in der Anlage mit Artikeln und Buchstaben gekennzeichnet.

(2) Art. 4 und Art. 5 des Kirchengesetzes über die Änderung des Pfarrergesetzes vom 30. September 1948 (KABl. S. 105) werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

(3) Das Kirchengesetz über das geistliche Amt, Teil B der Ordnung des geistlichen Amtes, vom 27. April 1939 (KABl. S. 77) wird mit Wirkung vom 1. Juli 1964 inso-

weit gegenstandslos, als das Pfarrergesetz der Vereinigten Kirche die Voraussetzungen für die Begründung des Dienstverhältnisses als Pfarrer und das Dienstverhältnis der Pfarrer regelt.

Art. 2

Soweit in Kirchengesetzen, kirchlichen Verordnungen und Bekanntmachungen auf gegenstandslos gewordene Bestimmungen der Teile B und C der Ordnung des geistlichen Amtes vom 27. April 1939 (KABl. S. 77 und 78) verwiesen wird, treten an deren Stelle die entsprechenden Bestimmungen des Pfarrergesetzes der Vereinigten Kirche mit den dazu erlassenen Durchführungs- und Ausführungsbestimmungen.

Art. 3

Die zur Durchführung des Pfarrergesetzes erforderlichen Verordnungen werden vom Landeskirchenrat mit Zustimmung des Landessynodalausschusses, Ausführungsbestimmungen werden vom Landeskirchenrat erlassen.

Art. 4

(1) Der Landeskirchenrat wird ermächtigt, mit Zustimmung des Landessynodalausschusses im Verordnungswege andere Kirchengesetze dem durch das Pfarrergesetz der Vereinigten Kirche geschaffenen Rechtszustand anzugleichen und in neuer Fassung bekannt zu geben, dabei nötigenfalls die Paragraphenfolge zu ändern und Unstimmigkeiten im Wortlaut auszugleichen.

(2) Bis zum Abschluß der Angleichung sind Kirchengesetze, kirchliche Verordnungen und Bekanntmachungen so anzuwenden, daß sie dem durch das Pfarrergesetz der Vereinigten Kirche geschaffenen Rechtszustand entsprechen.

München, den 2. März 1964

Der Landesbischof

D. Dietzfelbinger DD

Anlage

Pfarrergesetz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 14. Juni 1963 mit den Ergänzungs- und Ausführungsbestimmungen für die Evang.-Luth. Kirche in Bayern vom 2. März 1964 (Pfarrergesetz)

Übersicht

	§§	Artikel
I. Abschnitt		
Grundbestimmungen	1— 4	
II. Abschnitt		
Voraussetzung für die Begründung des Dienstverhältnisses als Pfarrer	5— 15	
Grundsätzliches	5	
1. Anstellungsfähigkeit	6— 10	
2. Ordination	11— 15	11a, 15a
III. Abschnitt		
Begründung des Dienstverhältnisses als Pfarrer	16— 22	16a, 19a
IV. Abschnitt		
Vom Dienst des Pfarrers	23— 30	
1. In der Gemeinde	23— 28	26a, 27a-d, 28a
2. In einer allgemeinkirchlichen Aufgabe	29	29a
3. In einem kirchenleitenden Amt	30	30a
V. Abschnitt		
Vom Verhalten des Pfarrers	31— 53	
1. in der Gemeinschaft der Ordinierten	31	
2. In Gemeinde und Kirche	32— 42	36a, 38a
3. In Ehe und Familie	43— 49	44a
4. In der Öffentlichkeit	50— 53	51a
VI. Abschnitt		
Visitation und Dienstaufsicht	54— 58	
1. Visitation	54	
2. Dienstaufsicht	55— 58	55a, b, 57a
VII. Abschnitt		
Verletzung der Lehrverpflichtung und der Amtspflicht	59— 61	
VIII. Abschnitt		
Schutz und Fürsorge	62— 68	66a, 68a
IX. Abschnitt		
Veränderung des Dienstverhältnisses als Pfarrer	69— 91	
1. Bewerbung, Übertragung einer anderen Stelle, Versetzung, Abordnung, Beurlaubung und Übernahme	69— 80	
a) Bewerbung	69	69a, b
b) Übertragung einer anderen Stelle an den Inhaber einer Pfarrstelle	70	70a
c) Versetzung des Inhabers einer Pfarrstelle	71— 76	72a
d) Versetzung eines Pfarrers mit allgemeinkirchlicher Aufgabe	77	77a
e) Abordnung	78	
f) Beurlaubung	79	
g) Übernahme	80	80a
2. Wartestand und Ruhestand	81— 91	
Allgemeines	81— 82	81a, 82a
a) Wartestand	83— 85	84a
b) Ruhestand	86— 91	87a, b, 91a
X. Abschnitt		
Beendigung des Dienstverhältnisses als Pfarrer	92— 99	
Allgemeines	92	
1. Entlassung aus dem Dienst	93— 96	95a
2. Ausscheiden aus dem Dienst	97— 98	
3. Entfernung aus dem Dienst	99	
XI. Abschnitt		
Schluß- und Übergangsbestimmungen	100—104	103a
XII. Abschnitt		
Ergänzende Bestimmungen für ordinierte Inhaber eines kirchenleitenden Amtes, für ordinierte Mitglieder eines kirchenleitenden Organs und für andere Pfarrer mit allgemeinkirchlichen Aufgaben		105a - 117a

	§§	Artikel
1. Allgemeines		105a - 106a
2. Begründung des Dienstverhältnisses		107a - 108a
3. Veränderung des Dienstverhältnisses		109a - 111a
4. Beendigung des Dienstverhältnisses		112a - 113a
5. Warte- und Ruhestand		114a - 117a
XIII. Abschnitt		
Mittelbares Dienstverhältnis		118a - 122a
Anlage zu § 67		
Ordnung für die Schlichtungsstelle	1— 9	

I. Abschnitt

Grundbestimmungen

§ 1

Dieses Gesetz regelt das Dienstverhältnis der in den Dienst der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands oder einer ihrer Gliedkirchen berufenen Pfarrer.

§ 2

(1) Der Pfarrer steht in einem Dienst, der bestimmt und begrenzt ist durch den Auftrag, den die Kirche von ihrem Herrn erhalten hat.

(2) Das Dienstverhältnis des Pfarrers ist ein kirchengesetzlich geregeltes Dienst- und Treueverhältnis zur Vereinigten Kirche oder zu einer ihrer Gliedkirchen.

(3) Es ist ein Dienstverhältnis auf Lebenszeit.

§ 3

(1) Der Pfarrer ist durch die Ordination verpflichtet, das Evangelium, das in der Heiligen Schrift gegeben und im Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche bezeugt ist, in ausschließlichem Gehorsam gegen Gott rein zu lehren und die Sakramente gemäß dem Evangelium zu verwalten.

(2) Die Agende, die kirchlichen Gesetze und die sonstigen kirchlichen Ordnungen sind für ihn verbindlich.

(3) Der Pfarrer ist verpflichtet, sich durch seinen Wandel des Amtes der Kirche würdig zu erweisen. Auch seine Pflichten als Glied der Gemeinde hat er gewissenhaft zu erfüllen.

(4) Der Pfarrer untersteht der Visitation, der Lehraufsicht und der Dienstaufsicht.

§ 4

Auf Grund des Dienst- und Treueverhältnisses hat der Pfarrer ein Recht auf Schutz in seinem Dienst und in seiner Stellung als Pfarrer sowie ein Recht auf Fürsorge für sich und seine Familie.

II. Abschnitt

Voraussetzung für die Begründung des Dienstverhältnisses als Pfarrer

Grundsätzliches

§ 5

In das Dienstverhältnis als Pfarrer kann nur berufen werden, wer die Anstellungsfähigkeit erworben hat und ordiniert ist.

1. Anstellungsfähigkeit

§ 6

(1) Bewerber, die innerhalb der Vereinigten Kirche die Kirchengliedschaft besitzen, können die Anstellungsfähigkeit erwerben, wenn sie

1. mindestens fünfundzwanzig Jahre alt sind,
2. frei von Krankheiten und Gebrechen sind, die die Ausübung des Dienstes wesentlich hindern,
3. ein Leben führen, wie es sich für einen Diener im Amt der Kirche geziemt, und
4. die vorgeschriebene wissenschaftliche und praktische Ausbildung für das Dienstverhältnis als Pfarrer erhalten und die erste und zweite theologische Prüfung, letztere in einer der Gliedkirchen der Vereinigten Kirche, bestanden haben.

(2) In besonderen Fällen sind Ausnahmen von den Erfordernissen des Absatzes 1 Nr. 1 und 2 zulässig. Ausnahmen von Absatz 1 Nr. 4 bedürfen, unbeschadet der Bestimmungen in § 7, der Regelung durch Kirchengesetz.

§ 7

(1) Bewerber evangelisch-lutherischen Bekenntnisses, die in einer nicht der Vereinigten Kirche angehörenden Gliedkirche des Lutherischen Weltbundes die Anstellungsfähigkeit erworben haben, können diese in der Vereinigten Kirche oder einer ihrer Gliedkirchen erwerben, wenn der Nachweis einer gleichwertigen Ausbildung erbracht oder die Gleichwertigkeit allgemein anerkannt ist und die übrigen Erfordernisse gegeben sind. Das gleiche gilt für Bewerber evangelisch-lutherischen Bekenntnisses aus einer nicht dem Lutherischen Weltbund angehörenden Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland.

(2) Die Anstellungsfähigkeit können auch erwerben:

a) Bewerber aus lutherischen Freikirchen,

b) Dozenten der Theologie,

c) ordinierte Missionare,

d) Theologen aus anderen evangelischen Kirchen,

e) Theologen, die aus einer nicht evangelischen Kirche zum evangelisch-lutherischen Bekenntnis übergetreten sind.

§ 8

(1) Die Anstellungsfähigkeit nach § 6 wird verliehen, soweit nicht in Gliedkirchen eine andere Regelung besteht. Sind seit dem Bestehen der zweiten theologischen Prüfung mehr als fünf Jahre verflossen, ohne daß ein Dienstverhältnis als Pfarrer begründet wurde, so kann die Verleihung oder das Fortbestehen der Anstellungsfähigkeit von dem Ausgang eines Kolloquiums abhängig gemacht werden. Das gleiche gilt, wenn ein Pfarrer mehr als fünf Jahre keinen kirchlichen Dienst ausgeübt hat.

(2) Die Anstellungsfähigkeit nach § 7 muß ausdrücklich verliehen werden. Die Entscheidung kann von einem Kolloquium abhängig gemacht werden. Im Falle des § 7 Abs. 2 Buchstabe d und e soll der Entscheidung ein Kolloquium und eine Fühlungnahme mit der Vereinigten Kirche vorausgehen.

(3) Die Verpflichtung nach § 11 Abs. 3 ist nachzuholen, falls der Bewerber sie bei seiner Ordination nicht geleistet hatte. Theologen, die aus einer nicht evangelischen Kirche übergetreten sind (§ 7 Abs. 2 Buchstabe e), sind zu ordinieren.

§ 9

(1) Die nach diesem Gesetz erworbene Anstellungsfähigkeit wird innerhalb der Vereinigten Kirche allgemein anerkannt.

(2) Die Anstellungsfähigkeit gibt kein Recht auf Begründung des Dienstverhältnisses als Pfarrer.

§ 10

(1) Die Anstellungsfähigkeit geht verloren, wenn ein Kandidat, der die zweite theologische Prüfung bestanden hat, aus dem Kandidatenstand ausscheidet, entlassen oder entfernt wird.

(2) Nach Wiederaufnahme in den Kandidatenstand kann die Anstellungsfähigkeit wieder beigelegt werden.

2. Ordination

§ 11

(1) Die Ordination setzt in der Regel voraus, daß ein Dienstverhältnis als Pfarrer begründet werden soll.

(2) Vor der Ordination führt der Ordinator mit dem Ordinanden ein Gespräch über die Bedeutung der Ordination und die inneren Voraussetzungen für die Übernahme des Amtes der Kirche.

(3) Der Ordinand verpflichtet sich schriftlich darauf, daß Inhalt und Maßstab seiner Verkündigung und Lehre „das Evangelium von Jesus Christus ist, wie es in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments gegeben und in den Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche, vornehmlich in der ungeänderten Augsburgischen Konfession von 1530 und im Kleinen Katechismus Martin Luthers bezeugt ist" (Artikel 1 Abs. 1 der Verfassung der Vereinigten Kirche). Der Wortlaut der Lehrverpflichtung wird in den Gliedkirchen besonders festgelegt.

(4) Die Ordination wird nach der Agende für evangelisch-lutherische Kirchen und Gemeinden, Vierter Band, vollzogen.

(5) Der Ordinierte erhält eine Ordinationsurkunde.

Art. 11 a

*) Der Ordinand trägt seinen Lebenslauf in das Ordinandenbuch ein und bestätigt sein Ordinationsgelübde mit seiner Unterschrift.

§ 12

Auf Grund des durch die Ordination erteilten Auftrages hat der Ordinierte das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung.

§ 13

(1) Das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung geht verloren,

a) wenn die Berufung in das Dienstverhältnis gemäß § 20 für nichtig erklärt oder gemäß § 21 zurückgenommen wird und dabei zugleich auf Verlust des Rechtes zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung erkannt wird (§ 22),

b) wenn das Dienstverhältnis des Pfarrers nach § 96 oder § 97 endet,

c) wenn der Pfarrer auf Grund eines Lehrverfahrens aus dem Dienst ausscheidet (§ 98),

d) wenn gegen den Pfarrer in einem Amtszuchtverfahren auf Entfernung aus dem Dienst erkannt wird (§ 99),

e) wenn nach § 94 Abs. 3 auf dieses Recht verzichtet wird.

(2) Über den Verlust des Rechtes zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung soll der ordinierte Inhaber eines kirchenleitenden Amtes mit dem Betroffenen ein Gespräch führen.

(3) Die Ordinationsurkunde ist zurückzugeben.

(4) Der Verlust ist der Vereinigten Kirche und den Gliedkirchen mitzuteilen.

§ 14

Wer das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung verloren hat, kann nicht in ein Dienstverhältnis als Pfarrer berufen werden.

§ 15

(1) Das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung kann wieder beigelegt werden.

(2) Zuständig ist die Kirche, die den Verlust dieses Rechtes ausgesprochen hat. Eine andere Kirche kann das Recht nach Absatz 1 wieder beilegen, wenn die zuständige Kirche nicht widerspricht; andernfalls ist die Zustimmung der Bischofskonferenz der Vereinigten Kirche erforderlich.

(3) Die Ordinationsurkunde ist wieder auszuhändigen oder in erneuerter Form auszustellen.

(4) Die Wiederbeilegung ist der Vereinigten Kirche und den Gliedkirchen mitzuteilen.

Art. 15 a

(1) Über die Zulassung zur Ordination entscheidet der Landeskirchenrat.

(2) Die Entscheidungen nach § 15 Abs. 2 trifft für die Evang.-Luth. Kirche in Bayern der Landeskirchenrat.

III. Abschnitt

Begründung des Dienstverhältnisses als Pfarrer

§ 16

(1) Das Dienstverhältnis wird durch die Berufung zum Pfarrer der Vereinigten Kirche oder einer ihrer Gliedkirchen begründet.

(2) Mit der Berufung ist

a) die Übertragung einer Pfarrstelle oder

b) die Übertragung einer allgemeinkirchlichen Aufgabe verbunden.

Art. 16 a

(1) Die Berufung zum Pfarrer unter Übertragung einer Pfarrstelle spricht der Landeskirchenrat aus.

(2) Soweit für die Übertragung ein besonderes Mitwirkungsrecht besteht, bleibt dieses unberührt.

(3) Für die Übertragung einer allgemeinkirchlichen Aufgabe gelten die Bestimmungen des XII. Abschnittes.

§ 17

Die Berufung zum Pfarrer wird, unbeschadet der Bestimmungen in § 18 Abs. 2, durch die Einführung in

*) Die mit der feinen Linie gekennzeichneten Bestimmungen sind Ergänzungs- und Ausführungsbestimmungen der Evang.-Luth. Kirche in Bayern zum Pfarrergesetz der Vereinigten Kirche vom 14. Juni 1963.

einem Gottesdienst nach der Agende für evangelisch-lutherische Kirchen und Gemeinden, Vierter Band, vollzogen.

§ 18

(1) Der Pfarrer erhält über die Berufung eine Urkunde, die in der Regel bei der Einführung ausgehändigt wird.

(2) Die Berufung wird zu dem in der Urkunde angegebenen Zeitpunkt rechtswirksam.

(3) Die Urkunde soll die Berufung zum Pfarrer ausdrücken und die dem Pfarrer übertragene Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe sowie den Dienstsitz und die Amtsbezeichnung angeben.

§ 19

(1) Der Pfarrer wird bei Begründung des Dienstverhältnisses auf die gewissenhafte Einhaltung der kirchlichen Ordnungen und die Erfüllung seiner Obliegenheiten verpflichtet. Über die Verpflichtung ist eine Niederschrift aufzunehmen.

(2) Ist die Verpflichtung unterblieben, so wird hierdurch die Verantwortlichkeit des Pfarrers für die Ausübung des Dienstes und für sein Verhalten innerhalb und außerhalb des Dienstes nicht berührt.

Art. 19 a

(1) Die Verpflichtung nimmt bei der Übertragung einer Pfarrstelle der Dekan, bei der Übertragung einer allgemeinkirchlichen Aufgabe der Landesbischof oder sein Beauftragter vor.

(2) Abschrift der Niederschrift ist vom Dekan dem Kreisdekan und dem Landeskirchenrat, von dem Beauftragten des Landesbischofs dem Landeskirchenrat vorzulegen.

§ 20

(1) Die Berufung ist nichtig, wenn sie von einer unzuständigen Stelle vorgenommen ist oder wenn der Berufene im Zeitpunkt der Berufung nach § 5 oder § 14 nicht in das Dienstverhältnis als Pfarrer berufen werden durfte oder entmündigt war.

(2) Sobald der Grund für die Nichtigkeit der Berufung nach Absatz 1 bekannt wird, ist die Nichtigkeit unverzüglich festzustellen und dem Berufenen zu eröffnen. Bereits gezahlte Dienstbezüge können belassen werden.

§ 21

(1) Die Berufung kann zurückgenommen werden, wenn sie durch Täuschung oder auf andere unredliche Weise herbeigeführt wurde. Die Möglichkeit, ein Amtszuchtverfahren einzuleiten, bleibt unberührt.

(2) Die Rücknahme muß innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Bekanntwerden des Rücknahmegrundes erklärt werden. Der Pfarrer ist hierzu zu hören.

(3) Vor der Rücknahme kann dem Pfarrer die Ausübung des Dienstes vorläufig untersagt werden; diese Anordnung unterliegt nicht der Nachprüfung nach § 67.

(4) Die Rücknahme hat die Wirkung, daß das Dienstverhältnis von Anfang an nichtig ist. Bereits gezahlte Dienstbezüge können belassen werden.

§ 22

(1) Bei der Feststellung der Nichtigkeit und bei der Rücknahme der Berufung kann auch entschieden werden, daß das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung verloren geht.

(2) Die Feststellung der Nichtigkeit oder die Rücknahme der Berufung hat auf die Gültigkeit der bis dahin vorgenommenen dienstlichen Handlungen des Berufenen keinen Einfluß.

IV. Abschnitt

Vom Dienst des Pfarrers

1. In der Gemeinde

§ 23

Der Pfarrer, dem eine Pfarrstelle übertragen ist, hat den Auftrag zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung in der Gemeinde, als deren Hirte er berufen ist.

§ 24

(1) Sein Auftrag verpflichtet den Pfarrer zur Leitung des Gottesdienstes, zur Vornahme der Amtshandlungen, zur christlichen Unterweisung und zur Seelsorge.

(2) Der Pfarrer soll sich mit der Gemeinde darum bemühen, die in ihr vorhandenen Gaben zu finden, Gemeindeglieder zur Mitarbeit zu gewinnen und zuzurüsten, damit sich ihr Dienst in rechtem Zusammenwirken mit dem der Kirchenältesten und der übrigen Mitarbeiter zum Aufbau der Gemeinde frei entfalten kann.

(3) Mit ihnen gemeinsam soll der Pfarrer dafür sorgen, daß in der Gemeinde der missionarische Wille und die ökumenische Verantwortung geweckt und daß Liebestätigkeit und christliche Haushalterschaft sowie die kirchlichen Werke gefördert werden.

(4) Die rechte Ausübung des Hirtenamtes schließt ungeistliches Handeln aus.

§ 25

Der Pfarrer hat die ihm obliegenden Aufgaben in der Verwaltung, der pfarramtlichen Geschäftsführung, der Kirchenbuchführung und in Vermögens- und Geldangelegenheiten gewissenhaft zu erfüllen.

§ 26

(1) Bestehen in einer Gemeinde mehrere Pfarrstellen, so sind die Pfarrer in der öffentlichen Wortverkündigung und der Sakramentsverwaltung einander gleichgestellt.

(2) Sie sollen ihren Dienst in brüderlicher Gemeinschaft tun und dafür Sorge tragen, daß der Zusammenhang der Gemeinde gewahrt und gestärkt wird. Die Verteilung der Aufgaben in der Gemeinde soll durch Dienstordnung geregelt werden.

Art. 26 a

(1) Die Dienstordnung besteht aus einem Dienstplan und einer Sprengelordnung, die der Genehmigung des Landeskirchenrates bedürfen.

(2) Bestehen in einer Gemeinde mehrere Pfarrstellen, so ist die Führung des Pfarramtes mit der ersten Pfarrstelle verbunden.

§ 27

(1) Dem Pfarrer ist der Dienst an allen Gliedern seiner Gemeinde aufgegeben.

(2) Amtshandlungen an Gliedern anderer Gemeinden darf der Pfarrer nur vornehmen, wenn ihm ein Abmelde- bzw. Entlassungsschein des zuständigen Pfarrers vorgelegt wird.

(3) Für Gottesdienste und Amtshandlungen im Bereich einer anderen Gemeinde bedarf es der vorherigen

Zustimmung des für diese Gemeinde zuständigen Pfarrers. Durch Kirchengesetz kann bestimmt werden, daß außerdem die Erlaubnis einer anderen kirchlichen Stelle erforderlich ist.

(4) In Notfällen, insbesondere bei Todesgefahr, ist jeder Pfarrer zu Amtshandlungen unmittelbar berechtigt und verpflichtet. Er hat darüber dem zuständigen Pfarrer alsbald Mitteilung zu machen.

(5) Wenn in einer Gemeinde mehrere Pfarrstellen bestehen, regelt sich die Anwendung der vorstehenden Bestimmungen im Verhältnis der einzelnen Pfarrer zueinander und zu ihrer Gemeinde nach dem Recht der Vereinigten Kirche und der Gliedkirchen.

Art. 27 a

(1) Der Vollzug des § 27 Abs. 2 richtet sich nach den Bestimmungen des Art. 9 Abs. II und III der Verfassung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern.

(2) Wenn in einer Gemeinde mehrere Pfarrstellen bestehen, so gelten die Bestimmungen des § 27 Absätze 1—4 entsprechend im Verhältnis der einzelnen Pfarrer und ihrer Sprengel zueinander.

(3) Die Zustimmung kann auf Beschwerde durch einen Entscheid des Dekans ersetzt werden; auf weitere Beschwerde entscheidet der Landeskirchenrat.

Art. 27 b

(1) Der vorherigen Zustimmung nach § 27 Abs. 3 Satz 1 bedarf es nicht,

1. wenn auswärts geborene Kinder an dem Geburtsort von dem Pfarrer dieser Gemeinde oder von dem Pfarrer der Wohnsitzgemeinde der Eltern getauft werden sollen;
2. wenn Gemeindeglieder in einer auswärtigen Gemeinde durch den Pfarrer dieser Gemeinde oder durch den Pfarrer der Wohnsitzgemeinde beerdigt werden sollen; entsprechendes gilt für die Feuerbestattung;
3. wenn Trauungen an dem Wohnsitz eines der Verlobten durch den Pfarrer der Wohnsitzgemeinde oder an dem künftigen Ehewohnsitz durch den Pfarrer dieser Gemeinde vorgenommen werden sollen.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 ist dem zuständigen Pfarrer von der Ausführung der Amtshandlung Mitteilung zu machen.

(3) Die Bestimmungen in § 27 Abs. 2 und Art. 27 a Abs. 1 bleiben unberührt.

Art. 27 c

Der Landeskirchenrat ist befugt, allgemeine Ausnahmen von der Bestimmung des § 27 Abs. 3 zu verfügen, wenn der kirchliche Dienst an den Gliedern einer Gemeinde infolge eines Notstandes oder wegen der örtlichen Lage eines Friedhofes im Bereich einer Nachbargemeinde erfolgen muß.

Art. 27 d

(1) Ein nicht der Vereinigten Evang.-Luth. Kirche Deutschlands oder einer ihrer Gliedkirchen angehörender Ordinierter bedarf für Gottesdienste und Amtshandlungen in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern neben der Zustimmung des Pfarrers noch der vorher einzuholenden Erlaubnis des Landeskirchenrates. Der Pfarrer ist verpflichtet, die Einhaltung dieser Vorschrift nachzuprüfen.

(2) In Notfällen genügt die nachträgliche Einholung der Erlaubnis.

§ 28

Der Leitende Bischof der Vereinigten Kirche und die Bischöfe der Gliedkirchen sind im Rahmen der geltenden besonderen Bestimmungen zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung in den Gemeinden berechtigt. Das gleiche gilt für diejenigen, denen in ihren Gliedkirchen eine solche Befugnis zusteht.

Art. 28 a

(1) Für den Landesbischof und die Kreisdekane gelten die Bestimmungen der Verfassung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern.

(2) Die Beschränkungen des § 27 gelten nicht für Pfarrer, die mit einem Sonderauftrag des Landeskirchenrates betraut sind, soweit sie in Ausführung dieses Auftrages tätig werden.

2. In einer allgemeinkirchlichen Aufgabe

§ 29

(1) Der Pfarrer, dem eine allgemeinkirchliche Aufgabe übertragen ist, hat den Auftrag zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung im Rahmen seiner besonderen Aufgabe.

(2) In der ihm übertragenen allgemeinkirchlichen Aufgabe soll der Pfarrer seinen Dienst ausrichten gleicherweise zum Aufbau der Kirche wie der einzelnen Gemeinde. Die ihm obliegende Verantwortung für Geld und Gut hat er gewissenhaft zu erfüllen. § 25 findet sinngemäß Anwendung.

(3) Dem Pfarrer kann ein gottesdienstlicher Auftrag in einer bestimmten Kirchengemeinde erteilt werden.

(4) Im übrigen gelten für Gottesdienste und Amtshandlungen des Pfarrers die Bestimmungen des § 27, soweit nicht § 28 Satz 2 auf ihn Anwendung findet.

Art. 29 a

Für Pfarrer mit allgemeinkirchlichen Aufgaben gelten ergänzend die besonderen Bestimmungen in Artikel 28 a, Art. 44 a, Art. 55 a, Abs. 1, § 77 und Art. 95 a Abs. 2 sowie des XII. Abschnittes.

3. In einem kirchenleitenden Amt

§ 30

(1) Der ordinierte Inhaber eines kirchenleitenden Amtes hat den Auftrag zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung im Rahmen seiner Aufgabe. Ihm obliegt die Sorge dafür, daß das Wort Gottes schrift- und bekenntnisgemäß verkündigt wird und die Sakramente recht verwaltet werden. Er hat über Ausbildung und Fortbildung, Amtsführung und Lebenswandel der Diener im Amt der Kirche zu wachen und die Gemeinden mit ihren Gliedern zu rechtem kirchlichen Leben anzuhalten. Er hat die Einheit, das Recht und das Ansehen der Kirche zu wahren und zu festigen.

(2) Die ordinierten Mitglieder kirchenleitender Organe tragen im Rahmen ihrer Aufgabe eine gleiche Verantwortung.

(3) Das Recht der Vereinigten Kirche und der Gliedkirchen bestimmt, wer ordinierter Inhaber eines kirchenleitenden Amtes und wer Mitglied eines kirchenleitenden Organs ist, welche Aufgaben ihnen zustehen und welche Rechtsstellung sie haben. Nach diesem Recht bestimmt sich auch, inwieweit und mit welchen Abwandlungen die Bestimmungen dieses Gesetzes auf sie Anwendung finden.

Art. 30 a

Für die ordinierten Inhaber eines kirchenleitenden Amtes und die ordinierten Mitglieder des Landeskirchenrates gelten ergänzend neben den Bestimmungen der Verfassung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern die besonderen Bestimmungen des XII. Abschnittes.

V. Abschnitt

Vom Verhalten des Pfarrers

1. In der Gemeinschaft der Ordinierten

§ 31

(1) Der Pfarrer steht in der Gemeinschaft derer, denen durch die Ordination das Amt der Kirche anvertraut ist.

(2) Er soll die Gemeinschaft mit seinen Amtsbrüdern pflegen. In Lehre, Dienst und Leben soll er bereit sein, brüderlich Rat und Ermahnung zu geben und anzunehmen.

(3) Der Pfarrer ist verpflichtet, sich regelmäßig mit seinen Amtsbrüdern im Pfarrkonvent oder in entsprechenden Einrichtungen zusammenzufinden und an dienstlichen Veranstaltungen, die der theologischen und praktischen Förderung dienen, teilzunehmen.

(4) Alle Pfarrer sollen einander Achtung und Ehre erweisen.

2. In Gemeinde und Kirche

§ 32

Der Pfarrer ist auf die Fürbitte, den Rat und die Hilfe der Gemeinde angewiesen.

§ 33

(1) Der Pfarrer ist verpflichtet, das Beichtgeheimnis gegenüber jedermann unverbrüchlich zu wahren.

(2) Ebenso hat der Pfarrer über alles, was ihm in seiner Eigenschaft als Seelsorger anvertraut worden oder bekannt geworden ist, zu schweigen. Wird er in Fällen, die nicht zur Beichte und zum Begehren der Absolution führen, von der Schweigepflicht durch denjenigen, der sich ihm anvertraut hat, entbunden, soll er gleichwohl sorgfältig prüfen, ob und inwieweit er Aussagen oder Mitteilungen verantworten kann.

(3) Der Pfarrer muß bereit sein, Nachteile, die sich aus dem Beichtgeheimnis und der Schweigepflicht nach Absatz 1 oder Absatz 2 ergeben, auf sich zu nehmen.

§ 34

Über alle Angelegenheiten, die dem Pfarrer sonst in Ausübung seines Dienstes bekannt geworden und die ihrer Natur nach oder infolge besonderer Anordnungen vertraulich sind, hat er Dienstverschwiegenheit zu bewahren. Über diese Angelegenheiten darf er ohne dienstliche Genehmigung weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben. Dies gilt auch, wenn ein Dienstverhältnis nicht mehr besteht.

§ 35

Der Pfarrer hat den dienstlichen Anordnungen nachzukommen, die die zur Leitung oder Aufsicht in der Kirche Berufenen im Rahmen ihres Auftrages erteilen.

§ 36

(1) Der Pfarrer ist verpflichtet, besondere kirchliche Aufgaben, die seiner Vorbildung und dem Amt entsprechen, zu übernehmen.

(2) Der Pfarrer ist zu vorübergehender Vertretung anderer Pfarrer, auch außerhalb seines Dienstbereiches, verpflichtet, insbesondere wenn diese erkrankt oder beurlaubt sind. Das gleiche gilt für die Vertretung in Vakanzfällen.

(3) Notwendige Barauslagen werden ersetzt. Es kann auch eine Entschädigung gewährt werden.

Art. 36 a

(1) Der Pfarrer ist zur Erteilung des Religionsunterrichtes nach Maßgabe der hierüber bestehenden Vorschriften verpflichtet.

(2) Der Dekan sorgt dafür, daß der Unterricht angemessen unter die Pfarrer verteilt wird. Die Verteilung ist dem Kreisdekan zur Genehmigung vorzulegen.

§ 37

(1) Der Pfarrer ist verpflichtet, am Dienstsitz zu wohnen. Eine für ihn bestimmte Dienstwohnung hat er zu beziehen. Ausnahmen können in besonders begründeten Fällen genehmigt werden.

(2) Der Pfarrer darf Teile seiner Dienstwohnung nur mit Genehmigung an Dritte überlassen. Ohne Genehmigung darf, auch von einer zu seinem Hausstand gehörenden Person, in der Dienstwohnung kein Gewerbe betrieben oder ein Beruf ausgeübt werden.

(3) Wird das Dienstverhältnis verändert oder beendet, so ist die Dienstwohnung freizumachen.

§ 38

Der Pfarrer hat sich in seinem Dienstbereich aufzuhalten. Unter welchen Voraussetzungen er sich außerhalb des Urlaubs aus seinem Dienstbereich entfernen darf, wird besonders geregelt.

Art. 38 a

Will sich der Pfarrer außerhalb eines genehmigten Urlaubs über den Zeitraum einer Nacht von seinem Dienstbereich entfernen, so hat er Anzeige an den Dekan zu erstatten; bei Abwesenheit von mehr als 24 Stunden bedarf es der Zustimmung des Dekans. Dauert die Abwesenheit länger als 1 Woche, so hat er die Zustimmung des Kreisdekans einzuholen. In Notfällen hat er von seiner Entfernung unverzüglich Anzeige an den Dekan zu erstatten und für die weitere Abwesenheit um Genehmigung nachzusuchen. In allen Fällen hat der Pfarrer im Einvernehmen mit dem Dekan für eine Stellvertretung zu sorgen.

§ 39

Verläßt ein Pfarrer ohne Urlaub schuldhaft seinen Dienst, so verliert er für die Dauer seiner Abwesenheit den Anspruch auf Dienstbezüge. Der Verlust der Dienstbezüge ist festzustellen und dem Pfarrer mitzuteilen. Die Möglichkeit, ein Amtszuchtverfahren einzuleiten, bleibt unberührt.

§ 40

Wird das Dienstverhältnis verändert oder beendet, so hat der Pfarrer die in seinem Besitz befindlichen amtlichen Schriftstücke und Gegenstände aller Art zu übergeben und über eine ihm anvertraute Vermögensverwaltung Rechenschaft abzulegen. Stirbt der Pfarrer, so hat der Vertreter oder Nachfolger sich diese Unterlagen aushändigen zu lassen.

§ 41

(1) In seinem Auftreten soll der Pfarrer stets die Würde des Amtes wahren.

(2) Bei Gottesdiensten und Amtshandlungen trägt er die vorgeschriebene Amtskleidung. Das gleiche gilt bei besonderen Anlässen, soweit es dem Herkommen entspricht oder angeordnet wird.

§ 42

Die Unabhängigkeit des Pfarrers und das Ansehen des Amtes darf durch Annahme von Geschenken nicht beeinträchtigt werden. Deshalb ist es dem Pfarrer nicht gestattet, Geldgeschenke für sich persönlich anzunehmen; das gleiche gilt für sonstige Geschenke, die das örtlich herkömmliche Maß überschreiten. Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse kann ausnahmsweise eine Genehmigung erteilt werden.

3. In Ehe und Familie

§ 43

(1) Der Pfarrer, der eine Ehe eingehen will, soll bedenken, daß die Pfarrfrau an seinem Dienst besonderen Anteil hat.

(2) Hat der Pfarrer ein Eheversprechen gegeben, so hat er dies alsbald mitzuteilen.

(3) Die erfolgte Eheschließung und kirchliche Trauung hat er anzuzeigen.

§ 44

(1) Bestehen gegen die beabsichtigte Eheschließung des Pfarrers Bedenken, so findet eine mündliche Aussprache statt. In ihr ist eine für den Pfarrer, die Gemeinde und die Kirche tragbare Lösung anzustreben; insbesondere kann dabei eine Veränderung des Dienstverhältnisses erwogen werden, wenn die rechte Ausübung des Dienstes des Pfarrers in seinem bisherigen Wirkungskreis durch die beabsichtigte eheliche Verbindung ernstlich gefährdet erscheint.

(2) Werden die Bedenken nicht behoben und ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Eheschließung dem Pfarrer die Ausübung des Dienstes unmöglich machen oder erheblich erschweren würde, so muß seiner Eheschließung widersprochen werden. Der Pfarrer, der Visitator und eine Vertretung der Pfarrerschaft sind vorher zu hören.

(3) Der Widerspruch ist mit Gründen zu versehen und dem Pfarrer unter Hinweis auf die Rechtsfolgen zuzustellen. Die Frau, mit der er die Ehe zu schließen beabsichtigt, ist über den Widerspruch und seine Rechtsfolgen zu unterrichten.

(4) Schließt der Pfarrer trotz des Widerspruchs die Ehe, so ist er in den Wartestand zu versetzen. Seine Ehefrau erwirbt keinen Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung; es können ihr aber widerruflich Unterhaltsbeiträge bis zur Höhe der gesetzlichen Hinterbliebenenbezüge gewährt werden.

(5) Die Möglichkeit, ein Amtszuchtverfahren einzuleiten, bleibt unberührt.

Art. 44 a

Visitator ist der Kreisdekan, bei Pfarrern mit allgemeinkirchlichen Aufgaben der Landesbischof oder der von ihm bestimmte Kreisdekan. Als Vertretung der Pfarrerschaft ist der Kapitelssenior zu hören; bei Pfarrern mit allgemeinkirchlichen Aufgaben entfällt die Anhörung.

§ 45

(1) Wird die beabsichtigte Eheschließung des Pfarrers nicht rechtzeitig bekannt, so können binnen drei Monaten nach Bekanntwerden Bedenken erhoben werden. § 44 findet sinngemäß Anwendung.

(2) Die Möglichkeit, ein Amtszuchtverfahren einzuleiten, bleibt unberührt.

§ 46

Der Pfarrer soll seine Ehe recht führen. Gemeinsam mit seiner Ehefrau soll er um ein christliches Familienleben in der Zucht und Freiheit des Evangeliums bemüht sein.

§ 47

Übt die Ehefrau einen Beruf aus, so hat der Pfarrer dies anzuzeigen. Er ist verpflichtet, auf Verlangen dahin zu wirken, daß die Ehefrau um seines Dienstes willen von der Ausübung ihres Berufes absieht.

§ 48

(1) Hält ein Pfarrer oder seine Ehefrau die Erhebung einer Ehescheidungsklage für unvermeidbar, so hat er den Bischof unverzüglich zu unterrichten. Dieser soll sich bemühen, die Ehegatten miteinander zu versöhnen.

(2) Wird eine Klage auf Ehescheidung erhoben, so hat der Pfarrer dies auf dem Dienstwege unverzüglich anzuzeigen. Er ist verpflichtet, auf Verlangen Abschriften der im Rechtsstreit gewechselten Schriftsätze, der Beweisaufnahmeprotokolle und der Urteile vorzulegen.

(3) Mit dem Tage der Rechtskraft des Scheidungsurteils kann der Pfarrer in den Wartestand versetzt werden. Ist die Wiederverwendung eines in den Wartestand versetzten Pfarrers binnen eines Jahres nicht möglich, so kann er in den Ruhestand versetzt werden.

(4) Die Möglichkeit, ein Amtszuchtverfahren einzuleiten, bleibt unberührt.

(5) Während des Ehescheidungsverfahrens sowie bis zur Entscheidung nach Absatz 3 kann dem Pfarrer die Ausübung des Dienstes vorläufig ganz oder teilweise untersagt werden. Ihm kann während dieser Zeit ein anderer angemessener Auftrag erteilt werden. Der Pfarrer ist vorher zu hören. Eine Nachprüfung nach § 67 hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 49

Wird die Auflösung einer Ehe im Wege der Nichtigkeits- oder Aufhebungsklage angestrebt oder durchgeführt, so gelten die Bestimmungen des § 48 Abs. 1 und Abs. 2 sinngemäß. Die Möglichkeit, ein Amtszuchtverfahren einzuleiten, bleibt unberührt.

4. In der Öffentlichkeit

§ 50

(1) Der Pfarrer darf ein Nebenamt oder eine Nebenbeschäftigung, die außerhalb seiner Dienstpflichten liegen, nur insoweit übernehmen, als sie mit der gewissenhaften Erfüllung der Dienstpflichten und der Würde des Amtes zu vereinbaren sind.

(2) Die Übernahme einer solchen Tätigkeit, gleichgültig ob ehrenamtlich oder gegen Entlohnung oder gegen Gewinnbeteiligung, bedarf der vorherigen Zustimmung, die jederzeit widerruflich ist. Darunter fällt auch die Übernahme einer Vormundschaft, Pflegschaft oder Testamentsvollstreckung.

(3) Eine schriftstellerische, wissenschaftliche, künstlerische oder Vortragstätigkeit bedarf der Zustimmung nicht. Das gleiche gilt von der Übernahme von Ehrenämtern in Körperschaften, Anstalten, Gesellschaften oder Vereinen, deren Bestrebungen kirchlichen, wohltätigen, künstlerischen, wissenschaftlichen, kulturellen

oder beruflichen Zwecken dienen. Die Übernahme solcher Ehrenämter ist jedoch anzuzeigen. Die Fortführung der Tätigkeit oder der Ehrenämter kann ganz oder teilweise untersagt werden, wenn sie dem Amt abträglich ist.

§ 51

(1) Der Pfarrer hat bei politischer Betätigung die Mäßigung und Zurückhaltung zu üben, die sich aus dem Amt und aus der Rücksicht auf Kirche und Gemeinde ergeben. Insbesondere soll er um der rechten Ausübung des Dienstes willen, den er allen ohne Ansehen ihrer parteipolitischen Einstellung schuldig ist, in der Öffentlichkeit nicht als Anhänger einer bestimmten politischen Partei oder eines bestimmten politischen Programms hervortreten.

(2) Will der Pfarrer sich bei der Wahl zu einer politischen Körperschaft als Kandidat aufstellen lassen, so hat er dies unverzüglich anzuzeigen.

(3) Ob und unter welchen Rechtsfolgen ein Pfarrer beurlaubt wird oder in den Warte- oder Ruhestand tritt, wenn er sich als Kandidat bei der Wahl zu einer politischen Körperschaft hat aufstellen lassen oder wenn er eine auf ihn fallende Wahl angenommen hat, ist durch Kirchengesetz zu regeln.

Art. 51 a

(1) Dem Pfarrer ist es mit Rücksicht auf seine Treuepflicht gegenüber der Evang.-Luth. Kirche in Bayern verboten, Körperschaften oder Personenvereinigungen anzugehören oder förderlich zu sein, deren Betätigung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern abträglich ist.

(2) Ob diese Voraussetzungen vorliegen, entscheidet der Landeskirchenrat. Seine Entscheidung ist für das Amtszuchtverfahren bindend.

§ 52

Die freiwillige Meldung eines Pfarrers zum Wehrdienst bedarf um der besonderen Verpflichtung des Amtes der Kirche willen der Genehmigung.

§ 53

Der Pfarrer bedarf zur Annahme staatlicher Orden und Ehrenzeichen der Genehmigung. Zur Amtstracht (Talar) darf er sie nicht tragen.

VI. Abschnitt

Visitation und Dienstaufsicht

1. Visitation

§ 54

(1) Der Pfarrer ist verpflichtet, sich visitieren zu lassen. Er hat Anspruch auf die Hilfe der Visitation.

(2) In der Visitation leistet die Kirche durch die Inhaber der geistlichen Leitungs- und Aufsichtsämter dem Pfarrer und der Gemeinde einen besonderen Dienst. Die Visitation erstreckt sich auf Amtsführung und Verhalten des Pfarrers und das Leben der Gemeinde. Sie soll dazu helfen, das geistliche Leben der besuchten Gemeinde zu fördern, den Pfarrer zu beraten und zu stärken, die kirchliche Ordnung zu sichern und die Einheit der Kirche zu festigen.

(3) Das Nähere über die Visitation bestimmt eine Visitationsordnung.

2. Dienstaufsicht

§ 55

Sinn und Zweck der Dienstaufsicht über den Pfarrer ist es, ihn bei Erfüllung der ihm obliegenden Aufgaben zu beraten, ihn anzuleiten, zu mahnen und notfalls zu rügen.

Art. 55 a

(1) Die Dienstaufsicht über die Pfarrer, die Inhaber einer Pfarrstelle sind, wird von dem Landeskirchenrat, den Kreisdekanen und den Dekanen, die Dienstaufsicht über die Pfarrer, denen allgemeinkirchliche Aufgaben übertragen sind, wird vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen des XII. Abschnittes von dem Landeskirchenrat oder der von ihm beauftragten Stelle ausgeübt.

(2) Die Dienstaufsicht über die nach § 79 beurlaubten Pfarrer und die Pfarrer im Warte- oder Ruhestand wird von dem Landeskirchenrat oder der von ihm beauftragten Stelle ausgeübt.

Art. 55 b

Die dienstliche Beurteilung der Pfarrer wird in regelmäßigen Zeiträumen vorgenommen.

§ 56

Einem Pfarrer, der in der Erledigung von Verwaltungsaufgaben säumig ist, kann nach vergeblicher Mahnung eine Hilfskraft beigegeben werden. Diese Aufgaben können auch durch einen Beauftragten ausgeführt werden. Entstehende Kosten können dem Pfarrer auferlegt werden.

§ 57

(1) Im Wege der Dienstaufsicht kann, wenn es um des Amtes willen aus zwingenden Gründen geboten erscheint, der Pfarrer bis zur Höchstdauer von drei Monaten ohne Kürzung seiner Bezüge beurlaubt und ihm hierbei die Ausübung des Dienstes ganz oder teilweise untersagt werden. Der Pfarrer ist vorher zu hören. Eine Nachprüfung nach § 67 hat keine aufschiebende Wirkung.

(2) Unberührt bleibt die Möglichkeit, auf Grund anderer gesetzlicher Bestimmungen die Ausübung des Dienstes zu untersagen.

Art. 57 a

Zuständig zu Anordnungen nach § 57 Abs. 1 Satz 1 ist der Landeskirchenrat. In dringenden Fällen kann eine solche Anordnung durch den Kreisdekan oder den Dekan getroffen werden. Gleichzeitig ist unter Vorlage eines Berichtes die Entscheidung des Landeskirchenrates herbeizuführen.

§ 58

(1) Fügt der Pfarrer in Ausübung des Dienstes dem kirchlichen Rechtsträger, dessen Aufgaben er wahrzunehmen hat, schuldhaft Schaden zu, so ist er verpflichtet, diesen zu ersetzen. Haben mehrere Pfarrer den Schaden gemeinsam verursacht, so haften sie als Gesamtschuldner.

(2) Hat der kirchliche Rechtsträger einem Dritten Ersatz des Schadens zu leisten, den der Pfarrer in Ausübung des Dienstes verursacht hat, so hat der Pfarrer dem kirchlichen Rechtsträger den Schaden nur insoweit zu ersetzen, als ihm Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.

(3) Die Ansprüche nach Absatz 1 können nur innerhalb von drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem

der kirchliche Rechtsträger von dem Schaden und der Person des Ersatzpflichtigen Kenntnis erlangt hat, ohne Rücksicht auf diese Kenntnis innerhalb von zehn Jahren von der Begehung der Handlung an, geltend gemacht werden. Für die Geltendmachung von Ansprüchen nach Absatz 2 beträgt die Frist drei Jahre von dem Zeitpunkt an, an dem der Ersatzanspruch des Dritten diesem gegenüber von dem kirchlichen Rechtsträger anerkannt oder ihm gegenüber rechtskräftig festgestellt ist und der kirchliche Rechtsträger von der Person des Ersatzpflichtigen Kenntnis erlangt hat.

(4) Leistet der Pfarrer dem kirchlichen Rechtsträger Ersatz und hat dieser einen Ersatzanspruch gegen den Dritten, so ist dem Pfarrer der Ersatzanspruch abzutreten.

VII. Abschnitt

Verletzung der Lehrverpflichtung und der Amtspflicht

§ 59

(1) Die Ordination zum Amt der Kirche verpflichtet den Pfarrer, das Evangelium rein zu verkündigen und die Sakramente recht zu verwalten; verstößt er gegen diesen Auftrag, so verletzt er die Lehrverpflichtung.

(2) Aus dem Amt der Kirche und dem Dienstverhältnis ergeben sich Pflichten für den Dienst und das Verhalten des Pfarrers; verstößt er schuldhaft gegen diese, so verletzt er die Amtspflicht.

§ 60

Die Lehrverpflichtung wird verletzt, wenn ein Pfarrer öffentlich durch Wort oder Schrift in der Darbietung der christlichen Lehre oder in seinem gottesdienstlichen Handeln in entscheidenden Punkten in Widerspruch zum Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche tritt. Das Verfahren und die Rechtsfolgen bei Verletzung der Lehrverpflichtung regelt die Lehrordnung der Vereinigten Kirche.

§ 61

Die Amtspflicht wird verletzt, wenn ein Pfarrer schuldhaft die Aufgaben vernachlässigt, die sich aus seinem Auftrag zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung ergeben, die Ordnungen und Anweisungen für sein Verhalten und für die Verwaltungsaufgaben nicht befolgt oder gegen die Verpflichtung zu einem dem Amt gemäßen Wandel verstößt. Das Verfahren und die Rechtsfolgen bei Verletzung der Amtspflicht werden durch besonderes Kirchengesetz geregelt.

VIII. Abschnitt

Schutz und Fürsorge

§ 62

Der Pfarrer ist gegen Behinderungen seines Dienstes und ungerechtfertigte Angriffe auf seine Person in Schutz zu nehmen.

§ 63

(1) Der Pfarrer hat Anspruch auf angemessenen Unterhalt für sich und seine Familie, insbesondere durch Gewährung von Besoldung und Versorgung.

(2) Die Besoldung und Versorgung des Pfarrers sowie die Versorgung seiner Hinterbliebenen sind in der Vereinigten Kirche und in den Gliedkirchen durch Kirchengesetz zu regeln.

(3) Der Pfarrer erhält Umzugskosten- und Reisekostenvergütungen nach den geltenden kirchlichen Bestimmungen. Krankheits- und Notstandsbeihilfen werden im Rahmen der allgemeinen Sorge für das Wohl des Pfarrers und seiner Familie gewährt.

§ 64

(1) Dem Pfarrer steht jährlich Erholungsurlaub unter Fortzahlung der Dienstbezüge zu.

(2) Dem Pfarrer kann aus wichtigen Gründen Sonderurlaub gewährt werden. Dabei können ihm die Dienstbezüge belassen werden, wenn ein besonderes dienstliches Interesse besteht.

§ 65

(1) In die Personalakten des Pfarrers dürfen ungünstige Tatsachen erst eingetragen werden, wenn der Pfarrer Gelegenheit gehabt hat, sich über sie zu äußern. Die Äußerung des Pfarrers ist in die Personalakten mit aufzunehmen. Dienstliche Beurteilungen werden hiervon nicht berührt.

(2) Ein Anspruch des Pfarrers auf Einsichtnahme in die Personalakten besteht nicht.

§ 66

(1) Der Pfarrer kann gegen die Entscheidung einer übergeordneten Dienststelle bei dieser Gegenvorstellung erheben. Sie ist auf dem Dienstwege vorzubringen. Unberührt bleiben besondere Bestimmungen, nach denen ein Rechtsmittel eingelegt werden kann.

(2) Dem Pfarrer bleibt es unbenommen, sich, wenn er der seelsorgerlichen Beratung bedarf, unmittelbar an den Bischof oder an einen anderen ordinierten Inhaber eines kirchenleitenden Amtes zu wenden.

Art. 66 a

Im Vertrauen auf die Schutz- und Fürsorgepflicht soll der Pfarrer persönliche Wünsche und Beschwerden unbeschadet des Rechtes der Gegenvorstellung sachlich und offen seiner vorgesetzten Behörde auf dem Dienstwege vorlegen.

§ 67

(1) Der Pfarrer kann letztinstanzliche Entscheidungen der kirchlichen Verwaltung, die seine dienstrechtliche Stellung betreffen, nachprüfen lassen.

(2) Die Nachprüfung erfolgt durch eine Schlichtungsstelle, wenn kein besonderes kirchliches Gericht besteht oder eingerichtet wird.

(3) Die für das Schlichtungsverfahren geltende Ordnung ist diesem Gesetz als Anlage beigefügt und bildet einen Bestandteil dieses Gesetzes. Die Nachprüfung durch die kirchlichen Gerichte wird nach den für diese erlassenen Bestimmungen vorgenommen.

§ 68

(1) Für die Klärung von vermögensrechtlichen Ansprüchen aus dem Dienstverhältnis kann die Schlichtungsstelle oder ein besonderes kirchliches Gericht (§ 67 Abs. 2) angerufen werden, wenn der Rechtsweg von den staatlichen Gerichten nicht gegeben ist.

(2) Bevor vermögensrechtliche Ansprüche aus dem Dienstverhältnis im Rechtsstreit verfolgt werden, ist eine Entscheidung des Organs einzuholen, das den kirchlichen Rechtsträger im Rechtsstreit zu vertreten hat; wird der Antrag innerhalb von drei Monaten nicht beschieden, so gilt er als abgelehnt.

Art. 68 a

Für den Rechtsweg wegen vermögensrechtlicher Ansprüche aus dem Dienstverhältnis werden für die Evang.-Luth. Kirche in Bayern die Bestimmungen des Kapitels II Abschnitt 2 des Beamtenrechtsrahmengesetzes vom 1. Juli 1957 (BGBl. I S. 667) für anwendbar erklärt. Die Entscheidung nach § 68 Abs. 2 trifft der Landeskirchenrat.

IX. Abschnitt

Veränderung des Dienstverhältnisses als Pfarrer

1. Bewerbung, Übertragung einer anderen Stelle, Versetzung, Abordnung, Beurlaubung und Übernahme

a) Bewerbung

§ 69

Der Pfarrer hat nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen das Recht, sich um eine andere Verwendung (Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe) zu bewerben.

Art. 69 a

(1) Freie Pfarrstellen werden durch den Landeskirchenrat im Amtsblatt der Evang.-Luth. Kirche in Bayern unter Festsetzung einer angemessenen Frist zur Bewerbung ausgeschrieben.

(2) Der Landeskirchenrat kann von der Ausschreibung absehen, wenn dem Inhaber der Pfarrstelle die Funktion des Dekans übertragen werden soll, wenn besondere Verhältnisse der Stelle es erfordern oder wenn auf Grund Gesetzes ein Pfarrer ohne Bewerbung auf eine andere Pfarrstelle versetzt oder ihm ohne Bewerbung eine Pfarrstelle verliehen werden soll. Er ist weiter befugt, die Bewerbung auf Pfarramtskandidaten oder auf Pfarrer zu beschränken.

Art. 69 b

(1) Zur Bewerbung sind nach näherer Bestimmung des Ausschreibens die Pfarramtskandidaten und Pfarrer der Evang.-Luth. Kirche in Bayern berechtigt.

(2) Die Bewerbung anderer Ordinierter kann zugelassen werden.

(3) Bewerbungen von Pfarrern, die nicht mindestens drei Jahre auf ihrer bisherigen Stelle zugebracht haben oder die das 60. Lebensjahr überschritten haben, werden nur beim Vorliegen besonderer Verhältnisse berücksichtigt.

b) Übertragung einer anderen Stelle an den Inhaber einer Pfarrstelle

§ 70

(1) Der Inhaber einer Pfarrstelle ist grundsätzlich unversetzbar. Ihm kann eine andere Pfarrstelle oder eine allgemeinkirchliche Aufgabe nur mit seiner Zustimmung übertragen werden. Das Weitere wird durch Kirchengesetz geregelt.

(2) Die Übertragung wird, unbeschadet der Bestimmung in Absatz 3 Satz 3, durch die Einführung in einem Gottesdienst nach der Agende für evangelisch-lutherische Kirchen und Gemeinden, Vierter Band, vollzogen.

(3) Der Pfarrer erhält hierüber eine Urkunde, die in der Regel bei der Einführung ausgehändigt wird. Sie soll die dem Pfarrer übertragene Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe sowie den Dienstsitz und die Amtsbezeichnung angeben. Die Übertragung wird zu dem in der Urkunde angegebenen Zeitpunkt rechtswirksam.

Art. 70 a

Für die Übertragung einer Pfarrstelle gilt die Bewerbung als Zustimmung.

c) Versetzung des Inhabers einer Pfarrstelle

§ 71

(1) Ohne seine Zustimmungen kann der Pfarrer, dem eine Pfarrstelle übertragen ist, vorbehaltlich weiterer kirchengesetzlicher Regelung versetzt werden,

a) wenn die Pfarrstelle aufgehoben wird oder unbesetzt bleiben soll,

b) wenn auf Grund eines Kirchengesetzes Pfarrer im kirchlichen Interesse planmäßig anders verwendet werden sollen,

c) wenn ein gedeihliches Wirken auf der bisherigen Pfarrstelle nicht mehr gewährleistet ist, wobei der Grund nicht in dem Verhalten des Pfarrers zu liegen braucht.

(2) Bei der Versetzung sollen die persönlichen Verhältnisse des Pfarrers berücksichtigt werden.

(3) Dem Pfarrer werden die Umzugskosten ersetzt.

§ 72

(1) Zur Feststellung des Sachverhaltes im Falle des § 71 Abs. 1 Buchstabe c sind die erforderlichen Erhebungen durchzuführen. Der Pfarrer, der Kirchenvorstand, der Visitator und eine Vertretung der Pfarrerschaft sind zu hören. Untersuchungen nach § 87 Abs. 3 können angeordnet werden.

(2) Ergeben die Erhebungen, daß die Voraussetzungen des § 71 Abs. 1 Buchstabe c gegeben sind, ist dem Pfarrer ein mit Gründen versehener Bescheid über die Notwendigkeit der Versetzung zuzustellen.

(3) Nach Einleitung eines Verfahrens kann dem Pfarrer die Ausübung des Dienstes vorläufig ganz oder teilweise untersagt werden, wenn dies dringend geboten erscheint. Ihm kann während dieser Zeit ein anderer angemessener Auftrag erteilt werden. Diese Anordnungen unterliegen nicht der Nachprüfung nach § 67.

(4) Liegt der Grund zu dem Verfahren nach § 71 Absatz 1 Buchstabe c in dem Verhalten des Pfarrers, so bleibt die Möglichkeit, ein Amtszuchtverfahren einzuleiten, unberührt.

Art. 72 a

Die Erhebungen nach § 72 Abs. 1 werden im Auftrage des Landeskirchenrates durch den Kreisdekan oder den Dekan vorgenommen. Dabei ist als Vertretung der Pfarrerschaft der Kapitelssenior zu hören. Der mit den Erhebungen Beauftragte legt die Verhandlungen mit einer gutachtlichen Äußerung dem Landeskirchenrat vor. Betrifft das Verfahren einen Dekan, so werden die Erhebungen durch einen besonderen Beauftragten des Landeskirchenrates gepflogen. Dabei ist auch der Bezirkssynodalausschuß zu hören.

§ 73

(1) Ist das Verfahren nach § 72 Abs. 1 abgeschlossen, so kann dem Pfarrer Gelegenheit gegeben werden, sich innerhalb einer bestimmten Frist um eine andere Pfarrstelle zu bewerben; dabei kann die Bewerbungsmöglichkeit beschränkt werden.

(2) Unterläßt der Pfarrer die Bewerbung oder führt sie in der gesetzten Frist nicht zum Ziele, so ist er auf

eine andere Pfarrstelle zu versetzen; es kann ihm auch eine geeignete allgemeinkirchliche Aufgabe übertragen werden.

§ 74

Wird in dem Verfahren nach § 72 Abs. 1 zugleich festgestellt, daß ein gedeihliches Wirken des Pfarrers auch in einer anderen Pfarrstelle oder in einer allgemeinkirchlichen Aufgabe zunächst nicht zu erwarten ist, so kann der Pfarrer in den Wartestand versetzt werden.

§ 75

(1) Weigert sich der Pfarrer, der Versetzung Folge zu leisten, so kann er in den Ruhestand versetzt werden. Die Möglichkeit, ein Amtszuchtverfahren einzuleiten, bleibt unberührt.

(2) Ist die Versetzung des Pfarrers aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, binnen Jahresfrist nicht durchführbar, so kann der Pfarrer in den Wartestand versetzt werden.

§ 76

(1) Über die Versetzung nach § 71 und über die Versetzung in den Warte- oder Ruhestand nach den §§ 74 und 75 ist dem Pfarrer ein schriftlicher Bescheid zuzustellen.

(2) Bei der Versetzung werden die Bestimmungen des § 70 Abs. 2 und 3 angewendet.

d) Versetzung eines Pfarrers mit allgemeinkirchlicher Aufgabe

§ 77

(1) Dem Pfarrer, dem eine allgemeinkirchliche Aufgabe übertragen ist, kann eine andere Aufgabe dieser Art oder eine freie Pfarrstelle übertragen werden, wenn dafür ein kirchliches Interesse besteht.

(2) Das Recht des Pfarrers, sich um eine Pfarrstelle zu bewerben, bleibt unberührt.

(3) Die Bestimmungen des § 70 Abs. 2 und 3, des § 71 Abs. 2 und 3 sowie der §§ 75 und 76 gelten entsprechend.

Art. 77 a

Die besonderen Bestimmungen des XII. Abschnittes bleiben unberührt.

e) Abordnung

§ 78

(1) Der Pfarrer kann zur vorübergehenden Beschäftigung oder zur Wahrnehmung besonderer kirchlicher Aufgaben unter Belassung seiner Dienstbezüge abgeordnet werden.

(2) Die Abordnung bedarf seiner Zustimmung, sofern ihre Dauer sechs Monate überschreitet. In diesem Falle ist, wenn der Pfarrer eine Pfarrstelle inne hat, zuvor der Kirchenvorstand zu hören.

f) Beurlaubung

§ 79

(1) Der Pfarrer kann auf seinen Antrag oder mit seiner Zustimmung zur Wahrnehmung eines anderen kirchlichen Dienstes sowie zur Übernahme von Aufgaben, die im kirchlichen Interesse liegen, beurlaubt werden. Die Beurlaubung kann befristet oder unbefristet ausgesprochen werden.

(2) Bei der Beurlaubung ist gleichzeitig zu entscheiden, ob der Pfarrer die von ihm bekleidete Stelle oder die ihm übertragene allgemeinkirchliche Aufgabe sowie für die Dauer der Beurlaubung die Dienstbezüge behält oder verliert. Die Rechte und Anwartschaften, die er im Zeitpunkt der Beurlaubung hatte, bleiben gewahrt.

(3) Bei Rückkehr wird der Pfarrer nach Möglichkeit seiner früheren Tätigkeit entsprechend verwendet. Die während der Beurlaubung geleistete Dienstzeit wird auf die Besoldung und Versorgung angerechnet.

(4) Der beurlaubte Pfarrer untersteht, unbeschadet seines neu eingegangenen Dienstverhältnisses, der Lehraufsicht und Amtszucht derjenigen Kirche, die ihn beurlaubt hat.

(5) Ist in Kirchengesetzen eine Freistellung vorgesehen, gilt diese als Beurlaubung, soweit nicht der Pfarrer nach §§ 93 bis 95 aus dem Dienst entlassen wird.

g) Übernahme

§ 80

(1) Der Pfarrer kann aus dem Dienst der Vereinigten Kirche oder einer ihrer Gliedkirchen in den Dienst einer anderen Gliedkirche oder der Vereinigten Kirche übernommen werden.

(2) Das Weitere wird durch Kirchengesetz und bis zu dessen Erlaß durch Vereinbarung zwischen den beteiligten Kirchen und dem Pfarrer geregelt. Durch die Übernahme soll der Pfarrer in seinen bisherigen Rechten nicht geschmälert werden.

(3) Im übrigen gelten die Bestimmungen des § 70 Absatz 2 und 3 entsprechend.

Art. 80 a

Zum Abschluß der Vereinbarung nach § 80 Abs. 2 ist für die Evang.-Luth. Kirche in Bayern der Landeskirchenrat zuständig.

2. Wartestand und Ruhestand

Allgemeines

§ 81

Der Pfarrer kann nur in den kirchengesetzlich vorgesehenen Fällen in den Warte- oder Ruhestand versetzt werden.

Art. 81 a

Der Pfarrer kann durch den Landeskirchenrat auch in den Wartestand versetzt werden, wenn für eine weitere Amtsführung infolge einer Änderung in der Organisation der kirchlichen Ämter keine Möglichkeit mehr gegeben ist. Die Möglichkeit, sich nach § 69 um eine andere Verwendung zu bewerben, bleibt unberührt.

§ 82

(1) Der Pfarrer erhält über die Versetzung in den Warte- oder Ruhestand eine Urkunde, in der bestimmt wird, von welchem Zeitpunkt an diese Versetzung wirksam wird; dieser Zeitpunkt darf nicht vor dem Zustellungstag liegen.

(2) Er führt seine bisherige Amtsbezeichnung mit dem Zusatz „im Wartestand“ (i. W.) oder „im Ruhestand“ (i. R.).

Art. 82 a

(1) Der Wartestand beginnt, wenn nicht der Landeskirchenrat etwas anderes bestimmt, mit dem Ablauf des Monats, in welchem dem Pfarrer die Versetzung in den Wartestand mitgeteilt wird. Die Ver-

fügung kann bis zum Beginn des Wartestandes zurückgenommen werden.

(2) Der Ruhestand beginnt, abgesehen von den Fällen der §§ 86 Abs. 1 und 3, 88 Abs. 5 und 89 Abs. 2 mit dem Ablauf der drei Monate, die auf den Monat folgen, in dem dem Pfarrer die Versetzung in den Ruhestand mitgeteilt worden ist. Bei der Mitteilung kann auf Antrag oder mit Zustimmung des Pfarrers ein früherer Zeitpunkt festgesetzt werden.

(3) Die Berechtigung zur Führung persönlicher Titel wird durch die Versetzung in den Warte- oder Ruhestand nicht berührt.

a) Wartestand

§ 83

(1) Das Dienstverhältnis des Pfarrers wird durch die Versetzung in den Wartestand nicht beendet. Der Pfarrer verliert jedoch mit dem Beginn des Wartestandes die von ihm bekleidete Stelle oder die ihm übertragene allgemeinkirchliche Aufgabe und, soweit nicht anders bestimmt wird, die ihm sonst übertragenen Aufgaben und Funktionen.

(2) Der in den Wartestand versetzte Pfarrer erhält Wartegeld.

§ 84

(1) Dem Pfarrer im Wartestand kann gestattet werden, sich um eine freie Pfarrstelle zu bewerben.

(2) Er ist verpflichtet, einen ihm angetragenen kirchlichen Dienst oder eine Aufgabe zu übernehmen, die seiner Vorbildung und dem Amt des Pfarrers entsprechen.

(3) Erfüllt der Pfarrer ohne hinreichende Gründe die ihm nach Absatz 2 obliegenden Verpflichtungen nicht, so kann er in den Ruhestand versetzt werden. Die Möglichkeit, ein Amtszuchtverfahren einzuleiten, bleibt unberührt.

Art. 84 a

Der Landeskirchenrat bestimmt, ob und in welchem Umfang dem Pfarrer im Falle des § 84 Abs. 2 eine Vergütung gewährt wird.

§ 85

Der Wartestand endet,

a) wenn dem Pfarrer wieder eine Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe übertragen wird,
b) wenn der Pfarrer in den Ruhestand versetzt wird,
c) wenn das Dienstverhältnis als Pfarrer beendet wird.

b) Ruhestand

§ 86

(1) Der Pfarrer tritt mit Ablauf des Monats, in dem er das achtundsechzigste Lebensjahr vollendet, in den Ruhestand.

(2) Der Pfarrer, der das fünfundsechzigste Lebensjahr vollendet hat, ist in den Ruhestand zu versetzen, wenn er es beantragt. Er kann auch von Amts wegen in den Ruhestand versetzt werden; zuvor ist er zu hören.

(3) Mit Zustimmung des Pfarrers kann der Eintritt in den Ruhestand bis zur Vollendung des siebzigsten Lebensjahres hinausgeschoben werden.

(4) Bei kirchlichem Notstand können die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Altersgrenzen zeitweilig hinaufgesetzt werden.

§ 87

(1) Der Pfarrer ist auf seinen Antrag oder von Amts wegen vorzeitig in den Ruhestand zu versetzen, wenn er infolge körperlicher Gebrechen oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zur Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig geworden ist.

(2) Als dauernd dienstunfähig kann der Pfarrer auch dann angesehen werden, wenn er infolge Erkrankung innerhalb von sechs Monaten mehr als drei Monate keinen Dienst getan hat und keine Aussicht besteht, daß er innerhalb weiterer sechs Monate wieder voll dienstfähig wird.

(3) Bestehen Zweifel über die Dienstunfähigkeit des Pfarrers, so ist er verpflichtet, sich nach Weisung ärztlich oder fachärztlich untersuchen und beobachten zu lassen und die Ärzte von ihrer Schweigepflicht zu entbinden. Die Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses kann gefordert werden. Die anordnende Stelle trägt die dadurch entstandenen Kosten.

Art. 87 a

(1) Ist der Pfarrer zeitlich dienstunfähig, so kann die Dauer des Ruhestandes auf die Dauer der voraussichtlichen Dienstunfähigkeit beschränkt werden (zeitlicher Ruhestand).

(2) Der zeitliche Ruhestand kann verlängert werden, jedoch nicht über 3 Jahre hinaus, gerechnet vom Tage des Eintritts in den Ruhestand.

Art. 87 b

(1) Beantragt der Pfarrer seine Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit, so wird die Dienstunfähigkeit in der Regel durch die Erklärung des Kreisdekans nachgewiesen, die dieser nach Anhörung des Dekans und des Seniors dahin abgibt, daß er nach pflichtmäßigem Ermessen die Voraussetzungen für die Versetzung in den Ruhestand für gegeben erachtet.

(2) Die Möglichkeit einer Anordnung nach § 87 Absatz 3 bleibt unberührt.

§ 88

(1) Soll der Pfarrer von Amts wegen nach § 87 in den Ruhestand versetzt werden, so muß er unter Angabe der Gründe schriftlich aufgefordert werden, etwaige Einwendungen innerhalb einer ihm gesetzten Frist von mindestens vier Wochen zu erheben.

(2) Werden Einwendungen fristgemäß nicht erhoben, so kann der Pfarrer in den Ruhestand versetzt werden. Werden Einwendungen fristgemäß erhoben, so werden die notwendigen Feststellungen in einem Verfahren getroffen, in dem ein amtsärztliches oder vertrauensärztliches Zeugnis eingeholt und dem Pfarrer Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden muß. Außerdem sind der Kirchenvorstand, der Visitator und eine Vertretung der Pfarrerschaft zu hören.

(3) Erscheint der Pfarrer zur Wahrnehmung seiner Rechte infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande, so wird ihm, nach Möglichkeit im Einvernehmen mit seiner Familie, ein Beistand für das Verfahren gestellt, solange kein gesetzlicher Vertreter oder Pfleger für ihn bestellt ist.

(4) Dem Pfarrer kann die Ausübung des Dienstes für die Dauer des Verfahrens ganz oder teilweise untersagt werden, wenn dies um des Amtes willen dringend geboten ist. Diese Anordnung unterliegt nicht der Nachprüfung nach § 67.

(5) Wird die Dienstfähigkeit des Pfarrers festgestellt, so ist das Verfahren einzustellen. Führt das Verfahren

innerhalb einer Frist von drei Monaten, gerechnet vom Ablauf der in Absatz 1 bezeichneten Frist, zur Versetzung in den Ruhestand, so beginnt der Ruhestand mit dem Ende der dreimonatigen Frist. Dauert das Verfahren länger, so beginnt der Ruhestand mit dem in der Verfügung bestimmten Zeitpunkt, spätestens mit dem Ende des Monats, in dem dem Pfarrer die Verfügung bekanntgegeben wird.

Art. 88 a

In dem Verfahren nach § 88 Abs. 2 ist vorbehaltlich der Bestimmungen in Art. 114 a Abs. 2 als Visitator der Kreisdekan und als Vertretung der Pfarrerschaft der Kapitelssenior zu hören.

§ 89

(1) Für den Pfarrer im Wartestand gelten die Bestimmungen der §§ 86 bis 88 entsprechend.

(2) Im übrigen kann er mit seiner Zustimmung jederzeit, nach fünfjähriger Wartestandszeit auch gegen seinen Willen, in den Ruhestand versetzt werden. Auf seinen Antrag ist er nach dreijähriger Wartestandszeit in den Ruhestand zu versetzen.

§ 90

(1) Mit dem Beginn des Ruhestandes ist der Pfarrer unter Aufrechterhaltung seines Dienstverhältnisses der Pflicht zur Dienstleistung enthoben. Im übrigen untersteht er weiter der Lehrverpflichtung und der Amtspflicht (§§ 59 bis 61) und damit der Lehraufsicht und Amtszucht.

(2) Dem Pfarrer im Ruhestand können Beschränkungen in der Ausübung des Rechtes zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung auferlegt werden, wenn die Rücksicht auf Amt und Gemeinde dies gebietet.

(3) Der Pfarrer im Ruhestand erhält Versorgungsbezüge.

§ 91

Dem Pfarrer im Ruhestand kann, wenn er dienstfähig ist, vor Vollendung des fünfundsechzigsten Lebensjahres jederzeit eine Pfarrstelle oder eine allgemeinkirchliche Aufgabe wieder übertragen werden. Er ist verpflichtet, dem Folge zu leisten. Er erhält mindestens die Besoldung aus seiner letzten Verwendung, wenn seine Versetzung in den Ruhestand ohne sein Verschulden veranlaßt war. Die Umzugskosten sind ihm zu vergüten.

Art. 91 a

Der Pfarrer im Ruhestand kann auf Ansuchen auch mit der Verwesung einer Pfarrstelle betraut werden; das Nähere regelt der Landeskirchenrat.

X. Abschnitt

Beendigung des Dienstverhältnisses als Pfarrer

Allgemeines

§ 92

Bei Lebzeiten wird das Dienstverhältnis als Pfarrer beendet:

1. durch Entlassung aus dem Dienst,
2. durch Ausscheiden aus dem Dienst,
3. durch Entfernung aus dem Dienst.

1. Entlassung aus dem Dienst

§ 93

(1) Der Pfarrer kann seine Entlassung aus dem Dienst beantragen. Der Antrag muß mit Gründen versehen sein. Er ist auf dem Dienstwege schriftlich einzureichen.

(2) Dem Antrag muß vorbehaltlich der Bestimmungen in § 97 entsprochen werden. Die Entlassung kann jedoch solange hinausgeschoben werden, bis die Dienstgeschäfte ordnungsgemäß übergeben sind und der Pfarrer über die Verwaltung ihm anvertrauten kirchlichen oder sonstigen öffentlichen Vermögens Rechenschaft abgelegt hat.

(3) Der Pfarrer erhält über die Entlassung eine Urkunde. Die Entlassung wird mit dem in der Urkunde angegebenen Zeitpunkt, jedoch frühestens mit der Zustellung, rechtswirksam. Zugleich sind dem Pfarrer die Rechtsfolgen der Entlassung mitzuteilen.

(4) Der Pfarrer kann den Antrag auf Entlassung zurücknehmen, solange ihm die Entlassungsurkunde noch nicht zugegangen ist.

§ 94

(1) Beantragt der Pfarrer seine Entlassung, um eine Pfarrstelle oder eine allgemeinkirchliche Aufgabe außerhalb der Vereinigten Kirche oder ihrer Gliedkirchen zu übernehmen oder um eine andere Aufgabe zu übernehmen, die ihn nicht von dem ihm in der Ordination erteilten Auftrag trennt, so kann ihm bei der Entlassung aus dem Dienst das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung belassen werden. Außerdem kann ihm gestattet werden, seine bisherige Amtsbezeichnung mit dem Zusatz „a. D." und etwaige kirchliche Titel weiterzuführen und kirchliche Amtstracht zu tragen.

(2) Behält der Pfarrer bei der Entlassung das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung, so untersteht er weiter der Lehrverpflichtung und der Amtspflicht (§§ 59 bis 61) und damit der bisherigen Lehraufsicht und Amtszucht. Dies gilt nicht, wenn er in dem neuen Dienstverhältnis auch der Lehraufsicht und Amtszucht nach kirchlichem Recht unterstellt ist.

(3) Verzichtet der Pfarrer nach seiner Entlassung auf das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung, so entfallen die Rechte und Pflichten nach Absatz 1 und 2. Der Verzicht ist schriftlich zu erklären und zu begründen. Er bedarf der Bestätigung durch ein kirchenleitendes Organ.

§ 95

(1) In den Fällen des § 94 verliert der Pfarrer mit der Entlassung für sich und seine Angehörigen alle in dem bisherigen Dienstverhältnis begründeten besoldungs- und versorgungsrechtlichen Ansprüche und Anwartschaften, soweit nicht durch Kirchengesetz etwas anderes bestimmt ist oder eine andere Regelung getroffen werden kann.

(2) Dem Pfarrer kann auf Antrag das Recht des Rücktritts in den Dienst vorbehalten werden. Dieses Recht kann befristet werden und setzt voraus, daß im Zeitpunkt der Rückkehr des Pfarrers die für die Übertragung des Dienstes erforderlichen persönlichen Voraussetzungen gegeben sind.

Art. 95 a

(1) Macht der Pfarrer von dem Rücktrittsrecht nach § 95 Abs. 2 Gebrauch, so soll ihm, soweit möglich, ein seiner früheren Tätigkeit entsprechender Dienst übertragen werden. Es bleiben ihm die besoldungsrecht-

lichen Ansprüche und die versorgungsrechtlichen Anwartschaften gewahrt, die er im Zeitpunkt der Entlassung aus dem Dienst hatte. Ausnahmsweise können die Dienst- und Versorgungsbezüge so festgesetzt werden, als ob eine Entlassung nicht stattgefunden hätte.

(2) War dem Pfarrer vor der Entlassung eine allgemeinkirchliche Aufgabe übertragen, so besteht kein Anspruch auf neuerliche Übertragung einer solchen Aufgabe.

(3) Für die Zuständigkeit gilt Art. 16 a entsprechend.

§ 96

(1) Beantragt der Pfarrer seine Entlassung aus dem Dienst, um Amt und Auftrag aufzugeben, so verliert er das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung sowie das Recht zur Führung der Amtsbezeichnung und etwaiger kirchlicher Titel und zum Tragen der Amtskleidung.

(2) Der Pfarrer verliert ferner für sich und seine Angehörigen alle in dem bisherigen Dienstverhältnis begründeten besoldungs- und versorgungsrechtlichen Ansprüche und Anwartschaften. Ein Unterhaltsbeitrag kann widerruflich gewährt werden.

2. Ausscheiden aus dem Dienst

§ 97

(1) Der Pfarrer scheidet aus dem Dienst aus,

a) wenn er die evangelisch-lutherische Kirche durch Austrittserklärung oder Übertritt zu einer anderen Religionsgemeinschaft verläßt,

b) wenn er auf das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung nach den Bestimmungen des § 94 Abs. 3 Satz 2 und Satz 3 verzichtet,

c) wenn er den Dienst unter Umständen aufgibt, aus denen zu entnehmen ist, daß er ihn nicht wieder aufnehmen will.

(2) Mit dem Ausscheiden aus dem Dienst nach Absatz 1 verliert der Pfarrer das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung. Er verliert ferner das Recht zur Führung der Amtsbezeichnung und etwaiger kirchlicher Titel, das Recht zum Tragen der Amtskleidung und für sich und seine Angehörigen alle in dem bisherigen Dienstverhältnis begründeten besoldungs- und versorgungsrechtlichen Ansprüche und Anwartschaften. Ein Unterhaltsbeitrag kann widerruflich gewährt werden.

(3) Das Ausscheiden ist in einem schriftlichen, mit Gründen versehenen Bescheid festzustellen. In diesem ist auch der Zeitpunkt des Ausscheidens zu bestimmen und auf die Rechtsfolgen hinzuweisen. Der Bescheid ist zuzustellen.

§ 98

Der Pfarrer scheidet ferner aus dem Dienst aus, wenn in einem Lehrverfahren die Feststellung getroffen wird, daß er nicht mehr fähig ist, eine amtliche Tätigkeit im kirchlichen Dienst auszuüben. Das Nähere regelt das Kirchengesetz über das Verfahren bei Lehrbeanstandungen.

3. Entfernung aus dem Dienst

§ 99

Die Entfernung aus dem Dienst wird durch das Recht der Amtszucht (§ 61) geregelt.

XI. Abschnitt

Schluß- und Übergangsbestimmungen

§ 100

(1) Dieses Kirchengesetz tritt ein Jahr nach seiner Verkündung in Kraft. Für den Erlaß der in diesem Gesetz vorgesehenen weiteren Bestimmungen der Vereinigten Kirche und der Gliedkirchen tritt das Gesetz bereits am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Das Gesetz findet auf die zur Zeit seines Inkrafttretens im Dienst, Warte- oder Ruhestand befindlichen Pfarrer der Gliedkirchen Anwendung.

§ 101

Soweit Pfarrer bisher auf Grund ihrer Verwendung Kirchenbeamte wurden, wird durch Kirchengesetz der Vereinigten Kirche oder der Gliedkirchen bestimmt, ob und inwieweit sie künftig Pfarrer mit allgemeinkirchlicher Aufgabe im Sinne dieses Gesetzes sind.

§ 102

(1) Besondere Bestimmungen in Verträgen mit dem Staat werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

(2) Soweit für ordinierte Inhaber von theologischen Lehrämtern an staatlichen Hochschulen oder für Pfarrer in einem staatlichen oder sonstigen öffentlichen Dienst besondere Rechtsverhältnisse bestehen, bleiben diese unberührt.

§ 103

(1) Die Vereinigte Kirche und die Gliedkirchen erlassen, soweit nichts anderes bestimmt ist, je für ihren Bereich die für die Anwendung dieses Kirchengesetzes erforderlichen Bestimmungen. Für die Vereinigte Kirche ist dafür die Kirchenleitung zuständig.

(2) Bestimmungen der Gliedkirchen, die sich mit dem Gegenstand dieses Gesetzes befassen, bleiben in Kraft, soweit sie die Bestimmungen dieses Gesetzes ergänzen; dies gilt insbesondere für die Regelung der Zuständigkeiten und des Verfahrens.

Art. 103 a

(1) Die nach diesem Gesetz zulässigen Entscheidungen, Anordnungen oder Maßnahmen trifft, soweit sich nicht aus der Verfassung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, dem XII. Abschnitt dieses Gesetzes oder aus sonstigen Kirchengesetzen etwas anderes ergibt, der Landeskirchenrat.

(2) Sind nach diesem Gesetz dem Pfarrer Entscheidungen bekanntzugeben, so ist nach § 79 des Kirchenbeamtengesetzes zu verfahren.

(3) Die in diesem Gesetz vorgeschriebenen Anzeigen sind auf dem Dienstwege der zur Entscheidung zuständigen Stelle vorzulegen.

§ 104

Bei Erlaß oder Änderung der in § 103 genannten Bestimmungen ist Rechtsgleichheit anzustreben. Die Gliedkirchen erlassen deshalb diese Bestimmungen nach vorheriger Fühlungnahme mit der Kirchenleitung der Vereinigten Kirche.

XII. Abschnitt

Ergänzende Bestimmungen für ordinierte Inhaber eines kirchenleitenden Amtes, für ordinierte Mitglieder eines kirchenleitenden Organs und für andere Pfarrer mit allgemeinkirchlichen Aufgaben

1. Allgemeines

Art. 105 a

(1) Zu den Pfarrern, denen allgemeinkirchliche Aufgaben übertragen sind (§§ 16 Abs. 2 und 29), gehören der Landesbischof, die geistlichen Mitglieder des Landeskirchenrates einschließlich der Kreisdekane, die Leiter der dem Landeskirchenrat unmittelbar nachgeordneten Stellen und Behörden, soweit sie ordiniert sind, sowie sonstige in der landeskirchlichen Verwaltung verwendete, nicht mit einer Pfarrstelle beliehene Pfarrer.

(2) Der Landesbischof und die Kreisdekane sind ordinierte Inhaber eines kirchenleitenden Amtes im Sinne des § 30 Abs. 1. Die geistlichen Mitglieder des Landeskirchenrates sind ordinierte Mitglieder eines kirchenleitenden Organs im Sinne des § 30 Abs. 2.

Art. 106 a

(1) Die Bestimmungen der vorhergehenden Abschnitte gelten auch für die Pfarrer mit allgemeinkirchlichen Aufgaben, soweit nicht in den nachfolgenden Bestimmungen eine besondere Regelung getroffen ist oder die besondere Natur des Dienstverhältnisses die Anwendbarkeit einzelner Vorschriften ausschließt.

(2) Die aus der Verfassung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern und anderen Kirchengesetzen sich ergebenden Aufgaben werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

2. Begründung des Dienstverhältnisses

Art. 107 a

(1) Der Landesbischof wird nach Art. 47 der Verfassung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern von der Landessynode gewählt.

(2) Die geistlichen Mitglieder des Landeskirchenrates einschließlich der Kreisdekane, der Rektor der Augustana-Hochschule in Neuendettelsau, der Rektor des Evang.-Luth. Pastoralkollegs in Neuendettelsau, die Rektoren der Predigerseminare und der Leiter des Landeskirchlichen Archivs in Nürnberg werden von dem Ausschuß nach Art. 53 der Verfassung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern ernannt.

(3) Die übrigen Pfarrer mit allgemeinkirchlichen Aufgaben werden vom Landeskirchenrat ernannt.

Art. 108 a

(1) Der Landesbischof wird nach der Agende für evangelisch-lutherische Kirchen und Gemeinden, Vierter Band, in einem öffentlichen Gottesdienst in sein Amt eingeführt. Er erhält bei der Einführung das Amtskreuz. Weitere Einzelheiten werden vom Landeskirchenrat im Einvernehmen mit dem Landessynodalausschuß festgelegt.

(2) Über die Einführung der geistlichen Mitglieder des Landeskirchenrates sowie der übrigen Pfarrer mit allgemeinkirchlichen Aufgaben können vom Landeskirchenrat im Einvernehmen mit dem Landessynodalausschuß Richtlinien erlassen werden. Die Einführung wird in einem öffentlichen Gottesdienst nach der Agende für evangelisch-lutherische Kirchen und Gemeinden, Vierter Band, vollzogen.

3. Veränderung des Dienstverhältnisses

Art. 109 a

(1) Der Landesbischof kann von seinem Amt zurücktreten, um einen anderen Dienst in der Landeskirche zu übernehmen.

(2) Der Rücktritt ist gegenüber dem Präsidenten der Landessynode zu erklären.

(3) Im Falle des Rücktritts hat der Landesbischof das Recht, innerhalb eines Jahres eine durch den Landeskirchenrat zu besetzende freie Pfarrstelle für sich vorzubehalten. In diesem Falle erhält der Landesbischof vom Ablauf des Monats an, in dem der Rücktritt erklärt wurde, bis zur Übernahme der Pfarrstelle seine bisherigen Dienstbezüge mit Ausnahme der Dienstaufwandsentschädigung. Nach der Übernahme einer Pfarrstelle erhält der Landesbischof neben den Dienstbezügen der neuen Stelle eine ruhegehaltsfähige Ausgleichszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen den Dienstbezügen der neuen Stelle und des ihm als Landesbischof am Tage des Übertritts zustehenden Ruhegehaltes.

(4) Sind die Voraussetzungen des Absatzes 3 nicht gegeben, so entscheidet die Landessynode über die Rechtsfolgen des Rücktritts.

Art. 110 a

(1) Hat der Landesbischof nach Art. 37 der Verfassung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern die Landessynode aufgelöst, so kann er vom Amt zurücktreten, wenn die neugebildete Landessynode in der gleichen Frage mit ihm nicht übereinstimmt.

(2) Art. 109 a Abs. 2 gilt entsprechend.

(3) Der Landesbischof tritt in diesem Falle mit dem Ablauf des Monats, in dem der Rücktritt erklärt wurde, in den Wartestand. Mit dem Ablauf des Monats, in dem eine zweijährige Wartestandszeit endet, tritt der Landesbischof in den Ruhestand über.

(4) Das Recht des Landesbischofs, nach Art. 109 a zurückzutreten, bleibt unberührt.

Art. 111 a

(1) Den geistlichen Mitgliedern des Landeskirchenrates kann ohne ihre Zustimmung eine andere allgemeinkirchliche Aufgabe nur übertragen werden, wenn sie damit ihre Eigenschaft als Mitglieder des Landeskirchenrates nicht verlieren und wenn die neue Aufgabe mit mindestens dem gleichen Endgrundgehalt verbunden ist, wie das bisherige.

(2) Bei den übrigen Pfarrern mit allgemeinkirchlichen Aufgaben ist die Übertragung einer anderen allgemeinkirchlichen Aufgabe oder einer freien Pfarrstelle nach § 77 Abs. 1 ohne ihre Zustimmung nur möglich, wenn die neue Stelle mit mindestens dem gleichen Endgrundgehalt verbunden ist wie die bisherige.

(3) Das Recht der in den Absätzen 1 und 2 genannten Pfarrer, sich nach § 77 Abs. 2 um eine Pfarrstelle zu bewerben, bleibt unberührt.

4. Beendigung des Dienstverhältnisses

Art. 112 a

(1) Die Entlassung aus dem Dienst (§§ 93 ff.) wird beim Landesbischof von der Landessynode, außerhalb ihrer Tagung durch den Landessynodalausschuß, bei den in Art. 107 a Abs. 2 genannten Pfarrern von dem Ausschuß nach Art. 53 der Verfassung für die Evang.-Luth. Kirche in Bayern, bei den übrigen Pfarrern mit

allgemeinkirchlichen Aufgaben durch den Landeskirchenrat verfügt.

(2) Für die Entscheidung, ob die Voraussetzungen des § 97 gegeben sind, gilt Art. 107 a entsprechend.

Art. 113 a

(1) Der Landesbischof kann von seinem Amt abberufen werden, wenn

1. seine Amtsführung unvereinbar mit dem Bekenntnis oder der Verfassung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern ist oder
2. seine Lebensführung die Würde des Amtes wesentlich verletzt hat.

(2) Zur Prüfung der Frage, ob die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen, tritt ein besonderer Ausschuß zusammen. Dem Ausschuß gehören an als Vorsitzender der Präsident der Landessynode, ferner das an Jahren älteste geistliche Mitglied des Landeskirchenrates, jedoch nicht der Stellvertreter des Landesbischofs, der Leiter der weltlichen Abteilung des Landeskirchenrates, der stellvertretende Vorsitzende des Landessynodalausschusses und drei von der Landessynode gewählte Mitglieder, die nicht selbst der Landessynode angehören müssen; von den letzteren soll einer Dekan, einer Pfarrer und einer Laie sein. Der Ausschuß muß durch den Vorsitzenden einberufen werden, wenn mindestens drei seiner Mitglieder es beantragen. Kommt der Ausschuß nach Abschluß der erforderlichen Erhebungen zu der Überzeugung, daß die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen, so entscheidet die Landessynode. Der Landesbischof wird von der Landessynode mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen abberufen. Die Rechtsfolgen der Abberufung werden durch die Landessynode bestimmt.

5. Warte- und Ruhestand

Art. 114 a

(1) Der Landesbischof tritt nur im Falle des Art. 110 a in den Wartestand.

(2) Bei den übrigen Pfarrern mit allgemeinkirchlichen Aufgaben bemißt sich die Zuständigkeit zur Versetzung in den Wartestand nach Art. 107 a Abs. 2 und 3. Die nach § 74 mit § 72 erforderlichen Erhebungen werden durch einen Beauftragten des Landeskirchenrates vorgenommen. Die Anhörung eines Kirchenvorstandes und einer Vertretung der Pfarrerschaft entfällt. Als Visitator gilt der Landesbischof oder der von ihm bestimmte Kreisdekan. Der Beauftragte hat die Rechte und Pflichten des Untersuchungsführers im Amtszuchtverfahren. Er legt die abgeschlossenen Verhandlungen mit einer gutachtlichen Äußerung der zur Entscheidung zuständigen Stelle vor.

Art. 115 a

(1) Der Landesbischof kann nach Art. 116 a in den Ruhestand treten oder nach Art. 117 a in den Ruhestand versetzt werden.

(2) Im übrigen gilt hinsichtlich der Versetzung in den Ruhestand nach §§ 86 ff. für die Zuständigkeit Art. 107 a Abs. 2 und 3 entsprechend.

Art. 116 a

(1) Der Landesbischof kann in den Ruhestand treten

1. wenn er das 65. Lebensjahr vollendet hat oder
2. wenn er infolge Nachlassens seiner Kräfte den Anforderungen seines Amtes nicht mehr gewachsen ist.

(2) Der Übertritt in den Ruhestand ist gegenüber dem Präsidenten der Landessynode zu erklären.

Art. 117 a

(1) Der Landesbischof kann in den Ruhestand versetzt werden, wenn er infolge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte nicht mehr fähig ist, sein Amt zu bekleiden.

(2) Für das Verfahren zur Prüfung der Frage, ob die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen, gelten die Bestimmungen in Art. 113 a Abs. 2 Satz 1 bis 3 entsprechend. Kommt der Ausschuß nach Abschluß der erforderlichen Erhebungen zu der Überzeugung, daß die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen, so soll er dem Landesbischof den Übertritt in den Ruhestand (Art. 116 a Abs. 1 Ziffer 2) empfehlen. Lehnt es der Landesbischof ab, in den Ruhestand zu treten, so kann sowohl der Landesbischof wie der Ausschuß die Landessynode um Entscheidung angehen. Der Landesbischof kann hierauf von der Landessynode mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen in den Ruhestand versetzt werden.

XIII. Abschnitt

Mittelbares Dienstverhältnis

Art. 118 a

(1) Pfarrer, die in einer mit der Evang.-Luth. Kirche in Bayern in Beziehung stehenden, kirchlichen Zwecken dienenden Einrichtung Dienst leisten oder in einem anderen vom Landeskirchenrat gebilligten hauptamtlichen Dienstverhältnis stehen, können, wenn sie die Voraussetzungen des § 5 erfüllen, auf Antrag in den mittelbaren Dienst der Evang.-Luth. Kirche in Bayern aufgenommen werden.

(2) Das Verhältnis des Pfarrers zu der Einrichtung, in der er Dienst leistet, oder zu einem anderen Dienstherrn im Sinne des Absatzes 1 wird hierdurch nicht berührt.

(3) Die Aufnahme in den mittelbaren Dienst begründet keine Besoldungs- und Versorgungsansprüche gegen die Evang.-Luth. Kirche in Bayern.

Art. 119 a

(1) Die Aufnahme wird durch den Landeskirchenrat ausgesprochen.

(2) Der Pfarrer erhält eine Urkunde; § 18 Abs. 1 und 2 sind sinngemäß anzuwenden.

(3) Der Pfarrer wird bei der Aufnahme erforderlichenfalls durch den Landeskirchenrat oder die von ihm bestimmte Stelle nach § 19 Abs. 1 verpflichtet; § 19 Abs. 2 ist sinngemäß anzuwenden.

Art. 120 a

(1) Der Pfarrer im mittelbaren Dienst bedarf der Zustimmung des Landeskirchenrates, wenn er in den Dienst einer anderen, den Voraussetzungen des Art. 118 a Abs. 1 entsprechenden Einrichtung treten will.

(2) Der gleichen Zustimmung bedarf es, wenn er von seinem unmittelbaren Dienstherrn vorübergehend zu einem anderen Dienst beurlaubt wird.

Art. 121 a

(1) Der Pfarrer im mittelbaren Dienst kann jederzeit seine Entlassung aus dem mittelbaren Dienst

verlagen. Das Verlangen ist dem Landeskirchenrat schriftlich zu erklären, dem Verlangen muß alsbald entsprochen werden.

(2) Der Pfarrer kann von dem Landeskirchenrat auch ohne Antrag aus dem mittelbaren Dienst entlassen werden.

(3) Mit der Entlassung erlöschen die mit der Aufnahme in den mittelbaren Dienst verbundenen Rechtswirkungen, soweit nichts anderes bestimmt wird.

Art. 122 a

(1) Für den Pfarrer im mittelbaren Dienst gelten die Bestimmungen in § 2 Abs. 1 und 2, §§ 3, 31 bis 35, 41, 43, 46, 48 Abs. 1 und 2, 49, 50, 51, Art. 51 a und § 90 Abs. 1 und 2 sinngemäß.

(2) Die Dienstaufsicht übt der Kreisdekan des Kirchenkreises aus, in dem der Pfarrer seinen Dienstsitz hat; er kann sie dem Dekan übertragen.

(3) Für die Verletzung der Lehrverpflichtung und der Amtspflicht gelten die Bestimmungen der §§ 59 bis 61.

Ordnung für die Schlichtungsstelle

Anlage zu § 67 Abs. 3 des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.

§ 1

(1) Der Antrag auf Nachprüfung durch die Schlichtungsstelle kann nur damit begründet werden, daß

a) eine Entscheidung den Pfarrer in seinem Recht verletzt
oder
b) eine Entscheidung unterlassen worden ist, auf die der Pfarrer ein Recht zu haben behauptet.

(2) Der Antrag nach Absatz 1 ist binnen eines Monats nach der Eröffnung oder der Unterlassung der Entscheidung zu stellen.

(3) Die Entscheidung gilt als unterlassen, wenn sie innerhalb von zwei Monaten nach Stellung des Antrags auf Entscheidung nicht ergangen ist und nach Wiederholung dieses Antrags zwei Monate ohne Entscheidung vergangen sind. Der Wiederholungsantrag muß binnen Jahresfrist nach dem ersten Antrag gestellt werden.

(4) Gegen die Versäumung der zur Stellung des Antrages auf Nachprüfung gesetzten Frist von einem Monat kann die Schlichtungsstelle Nachsicht gewähren, wenn die Ablehnung des Antrages wegen Fristversäumung eine unbillige Härte bedeuten würde. Nachsicht kann nicht mehr gewährt werden, wenn bei Stellung des Antrages vier Monate vergangen sind, seitdem die Frist zu laufen begonnen hat.

(5) Der Antrag auf Nachprüfung hat keine aufschiebende Wirkung. Die Schlichtungsstelle kann anordnen, daß der Vollzug der Entscheidung auszusetzen ist, wenn dies im Interesse des Pfarrers dringend geboten erscheint und nicht ein überwiegend kirchliches Interesse entgegensteht. Der Antragsteller und das Organ der kirchlichen Verwaltung, dessen Entscheidung nachgeprüft werden soll, sind vorher zu hören.

§ 2

(1) Der Schlichtungsstelle gehören an:

a) ein von einem obersten synodalen Organ bestimmter Obmann, der die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst haben soll oder der mit den kirchlichen Bestimmungen besonders vertraut ist,
b) ein von einem kirchenleitenden Organ bestellter Beisitzer und
c) ein Beisitzer, den die Vertretung der Pfarrerschaft aus ihrer Mitte bestellt.

(2) Die Mitglieder werden je auf die Dauer von sechs Jahren bestellt. Für die Mitglieder sind Stellvertreter zu bestellen.

§ 3

Die Mitglieder der Schlichtungsstelle entscheiden in richterlicher Unabhängigkeit und sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Sie werden nach ihrer Bestellung vom Bischof hierauf besonders hingewiesen und verpflichtet, ihr kirchliches Ehrenamt unparteiisch und gewissenhaft auszuüben.

§ 4

(1) Die Schlichtungsstelle hat das Verfahren mit Rücksicht auf Amt, Gemeinde und Kirche sowie die Person des Pfarrers beschleunigt durchzuführen.

(2) Sie klärt den Sachverhalt von Amts wegen. Die Beteiligten sind zu hören. Beteiligte im Sinne dieser Ordnung sind der Antragsteller und das Organ der kirchlichen Verwaltung, dessen Entscheidung nachgeprüft wird.

(3) Nach schriftlicher Vorbereitung sind vor der Entscheidung die Beteiligten zu einer mündlichen Aussprache zu laden und, wenn sie erschienen sind, zu hören.

(4) Im übrigen gestaltet die Schlichtungsstelle das Verfahren im Rahmen dieser Ordnung und der in § 9 vorbehaltenen Bestimmungen in Verantwortung für einen geordneten Ablauf und den geistlichen Charakter des Verfahrens selbst.

§ 5

Der Antragsteller kann sich eines Beistandes bedienen. Der Beistand muß als Pfarrer einer Gliedkirche der Vereinigten Kirche angehören oder ein in einer solchen zu kirchlichen Ehrenämtern wählbares Gemeindeglied sein; er kann zurückgewiesen werden, wenn er nicht die erforderliche Sachkenntnis oder Eignung besitzt.

§ 6

(1) Die Schlichtungsstelle entscheidet mit einfacher Mehrheit.

(2) Die Entscheidung ist schriftlich abzufassen und zu begründen; sie muß den Beteiligten binnen sechs Wochen nach dem Termin der mündlichen Aussprache zugestellt werden.

§ 7

Das Verfahren ist kosten- und gebührenfrei. Wird dem Antrag des Antragstellers ganz oder teilweise entsprochen, so kann in der Entscheidung festgelegt werden, daß dem Antragsteller die notwendigen Auslagen ganz oder teilweise zu erstatten sind.

§ 8

(1) Die Entscheidung ist endgültig, sofern nicht in ihr die Revision an das Verfassungs- und Verwaltungsgericht der Vereinigten Kirche für zulässig erklärt wird.

(2) Die Revision kann nur zugelassen werden, wenn eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung zu klären ist. Das Verfassungs- und Verwaltungsgericht ist auf die Nachprüfung dieser Frage beschränkt.

§ 9

Im übrigen kann das Verfahren im Rahmen der §§ 103 und 104 des Pfarrergesetzes durch Verordnung geregelt werden.

Verordnung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern zum Vollzuge der Ordnung für die Schlichtungsstelle

(Nachdruck aus KABl. 1964 S. 49)

Auf Grund des § 9 der Ordnung für die Schlichtungsstelle und der §§ 103 und 104 des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evang.-Luth. Kirche Deutschlands vom 14. Juni 1963 erläßt der Landeskirchenrat mit Zustimmung des Landessynodalausschusses folgende

Verordnung zum Vollzuge der Ordnung für die Schlichtungsstelle

§ 1

Nachprüfbare Entscheidungen

Als letztinstanzielle Entscheidungen der kirchlichen Verwaltung, die gemäß § 67 Abs. 1 des Pfarrergesetzes von der Schlichtungsstelle nachgeprüft werden können, gelten die Entscheidungen des Landeskirchenrates und des Ausschusses nach Art. 53 Abs. I der Kirchenverfassung, die die dienstrechtliche Stellung des Pfarrers betreffen.

§ 2

Bildung der Schlichtungsstelle

(1) Der Obmann, der die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst haben soll, wird vom Landessynodalausschuß, je ein Beisitzer werden vom Landeskirchenrat und vom Pfarrerverein in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern bestellt. Sie bestellen auch je zwei Stellvertreter.

(2) Die Mitglieder und Stellvertreter müssen der Evang.-Luth. Kirche in Bayern angehören und die allgemeinen Voraussetzungen der Wählbarkeit zum Kirchenvorstand erfüllen.

§ 3

Ausschluß von der Mitwirkung

Von der Mitwirkung in einem Verfahren sind ausgeschlossen:

1. wer mit dem Antragsteller in gerader Linie verwandt, verschwägert, durch Annahme an Kindes Statt verbunden, in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert ist, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht,
2. wer in dem Verfahren als Zeuge oder Sachverständiger gehört wird.

§ 4

Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit

(1) Die Beteiligten (§ 4 Abs. 2 Satz 2 der Ordnung für die Schlichtungsstelle) können ein Mitglied wegen Besorgnis der Befangenheit ablehnen, wenn ein Grund vorliegt, der geeignet ist, Mißtrauen gegen seine Unparteilichkeit zu rechtfertigen.

(2) Aus dem gleichen Grunde kann sich ein Mitglied selbst für befangen erklären.

§ 5

Zuständigkeit zu Entscheidungen nach §§ 3 und 4

Über den Ausschluß, die Ablehnung und die Befangenheitserklärung eines Mitgliedes entscheidet die Schlichtungsstelle; dabei wirkt an Stelle dieses Mitgliedes ein Stellvertreter mit. Der Beschluß unterliegt nicht der Nachprüfung.

§ 6

Ende der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft endet,

a) wenn die rechtlichen Voraussetzungen der Bestellung weggefallen sind (§ 2 Abs. 2 dieser Verordnung) oder

b) wenn ein Mitglied sein Amt niederlegt.

(2) Die Schlichtungsstelle stellt fest, daß die Mitgliedschaft beendet ist; § 5 Satz 1 zweiter Halbsatz dieser Verordnung findet Anwendung.

(3) Ist die Mitgliedschaft beendet, so rückt der nächste Stellvertreter für den Rest der Amtszeit (§ 2 Abs. 2 der Ordnung für die Schlichtungsstelle) nach.

§ 7

Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

München, den 2. März 1964

Der Landesbischof

D. Dietzfelbinger DD.

Verordnung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern über die Angleichung von Kirchengesetzen und kirchlichen Verordnungen an das Pfarrergesetz der Vereinigten Kirche.

Vom 26. Juni 1964

(Nachdruck aus KABl. 1964 S. 111)

Auf Grund des Art. 4 Abs. 1 des Kirchengesetzes über die Anwendung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evang.-Luth. Kirche Deutschlands in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern vom 2. März 1964 (KABl. S. 34) und des Art. 50 der Kirchenverfassung erläßt der Landeskirchenrat mit Zustimmung des Landessynodalausschusses folgende

Verordnung über die Angleichung von Kirchengesetzen und kirchlichen Verordnungen an das Pfarrergesetz der Vereinigten Kirche

§ 1

Wo in Kirchengesetzen und kirchlichen Verordnungen die Bezeichnung „Pfarrer mit allgemeinen kirchlichen Aufgaben" verwendet wird, tritt an deren Stelle die Bezeichnung „Pfarrer mit allgemeinkirchlichen Aufgaben".

§ 2

Das Vikarinnengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juni 1954 (KABl. S. 66) und der Kirchengesetze vom 31. März 1955 (KABl. S. 38), 1. Dezember 1959 (KABl. S. 132) und 15. März 1963 (KABl. S. 49) wird wie folgt geändert:

1. In § 13 treten

a) in Abs. 3 Satz 2 an die Stelle der Worte „für Pfarrvikarinnen § 35 Abs. II des Pfarrergesetzes" die Worte „für Pfarrvikarinnen Art. 38 a des Pfarrergesetzes",

b) in Abs. 6 an die Stelle der Worte „gilt § 43 Abs. III des Pfarrergesetzes" die Worte „gilt § 50 Abs. 3 des Pfarrergesetzes",

c) in Abs. 9 an die Stelle der Worte „die Bestimmungen der §§ 30, 31, 32, 36, 38, 39, 40 und 42 des

Pfarrergesetzes" die Worte „die Bestimmungen der §§ 2 Abs. 2, 3 Abs. 3, 33 Abs. 2 und 3, 34—36, 39 und 40, 42, des Art. 51, des § 57 und des Art. 57 a des Pfarrergesetzes".

2. In § 14 treten an die Stelle der Worte „gilt § 45 Abs. I und § 47 entsprechend" die Worte „gelten die Bestimmungen der §§ 4, 62, 63 Abs. 1, 65, 66, des Art. 66 a, des § 68 Abs. 2 und des Art. 68 a, für Pfarrvikarinnen auch § 67 des Pfarrergesetzes entsprechend".

3. In § 20 treten an die Stelle der Worte „die §§ 49 ff. des Pfarrergesetzes" die Worte „die §§ 81 ff. des Pfarrergesetzes".

4. In § 24 erhält Satz 2 folgende Fassung: „Hierfür gilt § 93 des Pfarrergesetzes entsprechend".

5. In § 25 treten

   a) an die Stelle der Worte „des § 90 des Pfarrergesetzes" die Worte „des Art. 118 a des Pfarrergesetzes",

   b) an die Stelle der Worte „gelten die Bestimmungen der §§ 91—96 des Pfarrergesetzes entsprechend" die Worte „gelten die Bestimmungen der Art. 119 a—121 a und des Art. 122 a Abs. 2 und 3 und der §§ 2 Abs. 2, 3 Abs. 3, 33 Abs. 2 und 3, 34, 35, 43 Abs. 2 und 3 und 50 sowie des Art. 51 a des Pfarrergesetzes entsprechend".

§ 3

§ 9 des Pfarrverwaltergesetzes vom 23. September 1950 (KABl. S. 113) in der Fassung der Kirchengesetze vom 31. März 1955 (KABl. S. 38), 29. März 1956 (KABl. S. 40) und 15. März 1963 (KABl. S. 49) erhält folgende Fassung:

„Im übrigen gelten die Bestimmungen des Abschnittes I, des Abschnittes II § 11 ff. und der Abschnitte III bis X des Pfarrergesetzes entsprechend".

§ 4

Das Pfarrbesoldungsgesetz vom 15. März 1963 (KABl. S. 49) wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 1 treten an die Stelle der Worte „Pfarrstelleninhaber (§ 3 Abs. I des Pfarrergesetzes)" die Worte „Pfarrstelleninhaber (§ 16 Abs. 2 Buchst. a des Pfarrergesetzes)".

2. In § 8 treten an die Stelle der Worte „die übrigen Pfarrer, denen allgemeine kirchliche Aufgaben übertragen sind (§ 3 Abs. II des Pfarrergesetzes)" die Worte „die übrigen Pfarrer, denen eine allgemeinkirchliche Aufgabe übertragen ist (§ 16 Abs. 2 Buchstabe b des Pfarrergesetzes)".

3. An die Stelle von § 17 Abs. 3 Satz 1 tritt § 37 Abs. 2 des Pfarrergesetzes.

4. § 41 (Nachsitz) wird durch § 37 Abs. 3 des Pfarrergesetzes nicht berührt.

5. In § 38 treten an die Stelle der Worte „nach § 20 des Pfarrergesetzes" die Worte „nach § 79 des Pfarrergesetzes".

6. § 60 Buchstabe d ist gegenstandslos geworden (siehe § 84 des Pfarrergesetzes der Vereinigten Kirche).

§ 5

Für die Pfarrer im Sinne des Pfarrergesetzes gilt anstelle des Absatzes 1 der Präambel des Kirchengesetzes über die politische Betätigung der Pfarrer, Kandidaten und Vikarinnen vom 23. September 1950 (KABl. S. 115) § 51 Abs. 1 des Pfarrergesetzes.

§ 6

In dem Kirchengesetz über die Übernahme von Brasilienpfarrern vom 17. Oktober 1959 (KABl. S. 107) werden in § 1 Abs. 2 Satz 3 die Worte „(§ 3 des Pfarrergesetzes)" ersetzt durch die Worte „(§ 16 des Pfarrergesetzes)".

§ 7

Die Verordnung zum Vollzuge des § 33 des Pfarrergesetzes vom 6. Dezember 1962 (KABl. S. 147) wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift und der Vorspruch der Verordnung erhalten folgende Fassung:

„Verordnung zum Vollzuge des § 26 und des Art. 26 a des Pfarrergesetzes

Das Pfarrergesetz bestimmt:

,§ 26

(1) Bestehen in einer Gemeinde mehrere Pfarrstellen, so sind die Pfarrer in der öffentlichen Wortverkündigung und der Sakramentsverwaltung einander gleichgestellt.

(2) Sie sollen ihren Dienst in brüderlicher Gemeinschaft tun und dafür Sorge tragen, daß der Zusammenhang der Gemeinde gewahrt und gestärkt wird. Die Verteilung der Aufgaben in der Gemeinde soll durch Dienstordnung geregelt werden.

Art. 26 a

(1) Die Dienstordnung besteht aus einem Dienstplan und einer Sprengelordnung, die der Genehmigung des Landeskirchenrates bedürfen.

(2) Bestehen in einer Gemeinde mehrere Pfarrstellen, so ist die Führung des Pfarramtes mit der ersten Pfarrstelle verbunden.'

Zum Vollzuge dieser Vorschriften wird folgendes bestimmt:"

2. In der Überschrift des 1. Abschnittes wird der Hinweis auf § 33 Abs. II des Pfarrergesetzes ersetzt durch den Hinweis auf § 26 des Pfarrergesetzes.

3. § 1 erhält folgende Fassung:

„§ 1

(1) Der Dienst an Wort und Sakrament sowie die geistliche Gemeindeleitung stehen nach Art. 8 Abs. I der Kirchenverfassung den zum Dienst an der Gemeinde berufenen Pfarrern zu.

(2) Im einzelnen wird dazu verwiesen auf Teil A der Ordnung des geistlichen Amtes, insbesondere auf Abschnitt I über „Das Amt als Wortverkündigung" und Abschnitt II „Das Amt als Gemeindeleitung", sowie die §§ 23 und 24 des Pfarrergesetzes."

4. § 2 wird wie folgt geändert:

   a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Bestehen in einer Gemeinde mehrere Pfarrstellen, so sind die Pfarrer in der öffentlichen Wortverkündigung und der Sakramentsverwaltung und den sich daraus ergebenden Aufgaben einander gleichgestellt (§ 26 Abs. 1 mit §§ 23 und 24 des Pfarrergesetzes). Jedem von ihnen steht das Parochialrecht zu mit der Folge, daß auch im Verhältnis mehrerer Pfarrer und ihrer Sprengel zueinander die Bestimmungen des § 27 Abs. 1 bis 4 und der Art. 27 a und 27 b des Pfarrergesetzes zu beachten sind. Amtshandlungen an Gliedern eines anderen Sprengels darf der Pfarrer somit nur vornehmen, wenn ihm ein Abmeldeschein des für diesen Sprengel zuständigen Pfarrers vorgelegt wird; für

Amtshandlungen im Bereich eines anderen Sprengels bedarf es der vorherigen Zustimmung des für diesen Sprengel zuständigen Pfarrers, soweit nicht eine der Voraussetzungen des Art. 27 b des Pfarrergesetzes gegeben ist (§ 27 Abs. 2 und 3 und Art. 27 a des Pfarrergesetzes)."

b) An Abs. 2 wird hinter den Worten „daß der Zusammenhang der Gemeinde gewahrt und gestärkt wird" eingefügt „(§ 26 Abs. 2 Satz 1 des Pfarrergesetzes)".

5. In der Überschrift des Abschnittes II wird der Hinweis auf § 33 Abs. II des Pfarrergesetzes ersetzt durch den Hinweis auf Art. 26 a Abs. 2 des Pfarrergesetzes.

6. § 13 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Der Pfarramtsvorstand ist Vorsitzer des Kirchenvorstandes (§ 35 Abs. 1 Satz 1 der Kirchengemeindeordnung vom 2. März 1964, KABl. S. 19)".

b) In Abs. 2 werden am Anfang die Worte „des Kirchenvorstandsgesetzes" ersetzt durch die Worte „der Kirchengemeindeordnung".

c) In Buchstabe a werden die Worte „wobei für die Vorbereitung der Sitzungen § 12 dieser Verordnung zu beachten ist" ersetzt durch die Worte „wobei für die Vorbereitung der Sitzungen unbeschadet der Bestimmungen in § 38 und § 39 Abs. 1 der Kirchengemeindeordnung § 12 dieser Verordnung zu beachten ist".

§ 8

Die Verordnung über das Verfahren bei der Besetzung von Pfarrstellen vom 25. März 1952 (KABl. S. 50) wird wie folgt geändert:

1. Im Vorspruch der Verordnung werden die Worte „§§ 5, 10—15, 79—81 des Kirchengesetzes vom 27. April 1939 über das Dienstverhältnis der Pfarrer — Pfarrergesetz — (KABl. S. 78)" ersetzt durch die Worte „Art. 16 a, §§ 69—73, 76, Art. 109 a und 111 a des Pfarrergesetzes (KABl. 1964 S. 34)".

2. In § 7 werden die Worte „und § 2 Abs. 3 des Kirchengesetzes vom 22. Juli 1946 über den Kirchenvorstand (KABl. S. 86)" ersetzt durch die Worte „und § 42 Abs. 2 Satz 2 der Kirchengemeindeordnung vom 2. März 1964 (KABl. S. 19)".

§ 9

In der Verordnung über das Regelstundenmaß im Religionsunterricht vom 16. Juni 1951 (KABl. S. 77) in der Fassung des Kirchengesetzes vom 15. März 1963 (KABl. S. 6) werden in Nr. 7 die Worte „die Bestimmung des § 37 Abs. II des Pfarrergesetzes" ersetzt durch die Worte „die Bestimmung des Art. 36 a des Pfarrergesetzes".

§ 10

Die Verordnung über die Umzugskosten der Geistlichen vom 4. Mai 1962 (KABl. S. 57) in der Fassung der Verordnung vom 31. Mai 1963 (KABl. S. 94) wird wie folgt geändert:

In § 7 werden

1. in Buchstabe a die Worte „Versetzung nach § 14 Abs. 2 oder § 75 des Pfarrergesetzes" ersetzt durch die Worte „Versetzung nach Art. 69 a Abs. 2 und Art. 107 a des Pfarrergesetzes",

2. die Buchstaben b und c gestrichen,

3. die Worte „Buchstabe d" ersetzt durch die Worte „Buchstabe b".

§ 11

Die Verordnung tritt hinsichtlich der Bestimmungen in § 7 Nr. 6 und § 8 Nr. 2 mit Wirkung vom 1. Dezember 1964, im übrigen mit Wirkung vom 1. Juli 1964 in Kraft.

München, den 26. Juni 1964

Der Landesbischof

D. Dietzfelbinger DD

Bekanntmachung der Evang.-Luth. Kirche in Bayern über die Angleichung kirchlicher Bekanntmachungen an das Pfarrergesetz der Vereinigten Kirche und an die Kirchengemeindeordnung.

Vom 17. September 1964

(Nachdruck aus KABl. 1964 S. 177)

§ 1

Wo in kirchlichen Bekanntmachungen die Worte „Pfarrer mit allgemeinen kirchlichen Aufgaben" gebraucht werden, treten an deren Stelle die Worte „Pfarrer mit allgemeinkirchlichen Aufgaben". An die Stelle der Worte „allgemeine kirchliche Aufgaben" treten die Worte „allgemeinkirchliche Aufgaben".

§ 2

Die Bekanntmachung über Seniorat und Senioratswahlen vom 19. August 1958 (KABl. S. 94) wird wie folgt geändert:

1. In Abschnitt I erhält Nr. 2 Satz 2 folgende Fassung:

„Er wirkt in gleicher Eigenschaft auch mit in den durch die Ordnungen für die Evang.-Luth. Kirche in Bayern bestimmten Fällen; vergl. dazu vor allem die Artikel 44 a, 72 a, 87 b Abs. 1 und 88 a des Pfarrergesetzes, §§ 14 ff. der Beförderungsordnung für die Geistlichen der Evang.-Luth. Kirche in Bayern vom 6. Dezember 1927 (KABl. S. 123), § 12 der Beihilfenverordnung vom 26. Juni 1964 (KABl. S. 114) und Nr. 4 der Vollzugsbekanntmachung dazu vom 22. Juli 1964 (KABl. S. 137), Nr. 10 der Bekanntmachung über die Personalakten von Geistlichen vom 26. Dezember 1949 (KABl. S. 134) sowie die Bestimmungen über die Beurteilung der Prediger- und Seminararbeiten".

2. In Abschnitt II treten

a) in Nr. 1 und 2 Abs. 1 an die Stelle der Worte „im Sinne des § 3 Abs. I des Pfarrergesetzes" die Worte „im Sinne des § 16 Abs. 2 Buchst. a des Pfarrergesetzes",

b) in Nr. 2 Abs. 2

an Stelle der Worte „gemäß § 20 des Pfarrergesetzes" die Worte „gemäß § 79 des Pfarrergesetzes",

an Stelle der Worte „Pfarrer, denen gemäß § 3 Abs. II und §§ 75 ff. des Pfarrergesetzes allgemeine kirchliche Aufgaben übertragen sind" die Worte „Pfarrer, denen gemäß § 16 Abs. 2 Buchstabe b und Art. 105 a ff. des Pfarrergesetzes allgemeinkirchliche Aufgaben übertragen sind" und

an Stelle der Worte „nach Maßgabe der §§ 90 ff. des Pfarrergesetzes" die Worte „nach Maßgabe der Art. 118 a ff. des Pfarrergesetzes".

§ 3

Die Bekanntmachung über die Personalakten vom 26. November 1949 (KABl. S. 134) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. April 1961 (KABl. S. 40) wird wie folgt geändert:

1. In Nr. 1 werden die Worte „denen dort gemäß § 3 Abs. II und § 75 des Pfarrergesetzes allgemeine kirchliche Aufgaben übertragen sind" ersetzt durch die Worte „denen dort gemäß § 16 Abs. 2 Buchst. b und Art. 105 a des Pfarrergesetzes allgemeinkirchliche Aufgaben übertragen sind".
2. In Nr. 2 wird in Abs. 3 der Hinweis auf § 47 Abs. II ersetzt durch den Hinweis auf § 65 Abs. 1 des Pfarrergesetzes.
3. In Nr. 3 erhält Satz 5 folgende Fassung: „Ein Anspruch auf Einsichtnahme in die Personalakten besteht nicht (§ 65 Abs. 2 des Pfarrergesetzes)".

§ 4

Die Bekanntmachung über das Verlöbnis der Pfarrer und Kandidaten vom 30. Oktober 1950 (KABl. S. 125) erhält folgende Fassung:

„1. Hat der Pfarrer ein Eheversprechen abgegeben (Verlöbnis), so hat er dies gemäß § 43 Abs. 2 des Pfarrergesetzes alsbald auf dem Dienstwege dem Landeskirchenrat mitzuteilen. Dabei sind folgende Beilagen für die Braut vorzulegen:
   1. Selbstgeschriebener Lebenslauf,
   2. Taufzeugnis,
   3. Konfirmationszeugnis,
   4. pfarramtliches Zeugnis über Würdigkeit und Eignung zur Pfarrfrau (in verschlossenem Umschlag).
2. Eheschließung und kirchliche Trauung hat der Pfarrer gemäß § 43 Abs. 3 des Pfarrergesetzes auf dem Dienstwege dem Landeskirchenrat anzuzeigen.
3. Für Predigtamts- und Pfarramtskandidaten, die gemäß § 18 Abs. I des Kandidatengesetzes die Eingehung eines Verlöbnisses anzuzeigen haben, gilt Nr. 1 entsprechend. Die Erlaubnis des Landeskirchenrates zur Eingehung der Ehe ist rechtzeitig auf dem Dienstweg einzuholen (vergl. § 18 Abs. II und § 21 Abs. III des Kandidatengesetzes)".

§ 5

Die Bekanntmachung über Urlaub, Dienstbefreiung und Dienstbehinderung bei Erkrankung von Pfarrern, Kandidaten, (Pfarr-)Vikarinnen und Pfarrverwaltern vom 17. August 1955 (KABl. S. 90) wird wie folgt geändert:

1. Im Vorspruch wird der Hinweis auf §§ 39 und 48 des Pfarrergesetzes durch den Hinweis auf §§ 36 Abs. 2 und 64 Abs. 1 des Pfarrergesetzes und der Hinweis auf § 101 Abs. I des Pfarrergesetzes ersetzt durch den Hinweis auf Art. 3 des Kirchengesetzes über die Anwendung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Kirche in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern.
2. § 11 erhält folgenden 2. Absatz: „Wenn ein besonderes dienstliches Interesse vorliegt, können dem Pfarrer die Dienstbezüge belassen werden (§ 64 Abs. 2 des Pfarrergesetzes)."
3. In § 13 Abs. 3 Buchst. a zweiter Unterabsatz wird der Hinweis auf § 35 Abs. II des Pfarrergesetzes ersetzt durch den Hinweis auf Art. 38 a des Pfarrergesetzes.

   Satz 2 erhält folgende Fassung:

   „Bei Pfarrern, denen allgemeinkirchliche Aufgaben übertragen sind, ist gemäß Art. 55 a Abs. 1 des Pfarrergesetzes der Landeskirchenrat oder die von ihm beauftragte Stelle, bei (Pfarr-)Vikarinnen, die im allgemeinkirchlichen Dienst verwendet werden, ist gemäß § 9 des Vikarinnengesetzes der Leiter der betreffenden Stelle zuständig".
4. § 19 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 erhält Satz 2 folgende Fassung: „Dabei kann bei auswärtigen Dienstgeschäften für Wegstrecken von insgesamt mehr als 6 Kilometer für Hin- und Rückweg, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden, eine Kilometervergütung von 15 Dpf. für den Kilometer vergütet werden; für Fahrten mit dem Kraftrad oder dem Kraftwagen gelten die Bestimmungen der Kraftfahrzeug-Verordnung vom 6. Juni 1963 (KABl. S. 102)".
   b) In § 19 Abs. 2 werden die Worte „die Kirchengemeinde (Kirchengesetz vom 12. April 1939 über die Erweiterung der ortskirchengemeindlichen Verpflichtungen, KABl. S. 59)" ersetzt durch die Worte „die Kirchengemeinde (Kirchenstiftung) gemäß §§ 77 Abs. 2 und 78 Abs. 1 der Kirchengemeindeordnung".

§ 6

Die Ausführungsbestimmungen zum Pfarrbesoldungsgesetz über die Dienstwohnungen vom 16. Mai 1956 (KABl. S. 56) i. d. F. der Bekanntmachung vom 31. Oktober 1959 (KABl. S. 121), 6. Mai 1963 (KABl. S. 77) und 23. Juli 1963 (KABl. S. 149) werden wie folgt geändert:

1. In Nr. 1 Abs. 1 wird in Satz 2 hinter den Worten „oder in den Ruhestand treten" eingefügt „(vergl. § 37 Abs. 3 des Pfarrergesetzes)".
2. In Nr. 3 Abs. 1 werden die Worte „gemäß § 17 Abs. 3 Satz 2 dieses Gesetzes" ersetzt durch die Worte „gemäß § 17 Absatz 3 Satz 2 des Pfarrbesoldungsgesetzes".
3. Nr. 5 wird wie folgt geändert:
   a) Die Absätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:
      „(1) Nach § 37 Abs. 2 des Pfarrergesetzes darf der Pfarrer Teile seiner Dienstwohnung nur mit Genehmigung an Dritte überlassen. Ohne Genehmigung darf, auch von einer zu seinem Hausstand gehörenden Person, in der Dienstwohnung kein Gewerbe betrieben oder ein Beruf ausgeübt werden.

      (2) Die Genehmigung erteilt nach Art. 103 a Abs. 1 des Pfarrergesetzes der Landeskirchenrat".
   b) Die Worte „die kirchliche Oberbehörde" in Absatz 3 und „der kirchlichen Oberbehörde" in Absatz 4 werden ersetzt durch die Worte „der Landeskirchenrat" und „dem Landeskirchenrat".
4. Nr. 6 Abs. 2 Buchst. e erhält folgende Fassung:

   „Bei Beschlüssen des Kirchenvorstandes, die zum Vollzug dieser Ausführungsbestimmungen ergehen, ist § 42 Abs. 1 der Kirchengemeindeordnung zu beachten. Danach dürfen an der Beratung und Abstimmung Kirchenvorstandsmitglieder nicht teilnehmen, wenn der Beschluß ihnen selbst oder ihren nächsten Angehörigen (Eltern, Ehegatten, Kinder und Geschwister) einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann oder sie persönlich berührt.

Handelt es sich dabei um den Vorsitzenden des Kirchenvorstandes, so tritt an seine Stelle sein Stellvertreter (vergl. § 35 Abs. 2 und 3 der Kirchengemeindeordnung)".

§ 7

In der Bekanntmachung über das Kirchliche Amtsblatt vom 22. Dezember 1951 (KABl. 1952 S. 1) erhält in Absatz 1 die in Klammern stehende Verweisung folgende Fassung: „(vergl. Abschnitt III der Grundsätze über das geistliche Amt und Abschnitt III des Kirchengesetzes über das geistliche Amt vom 27. April 1939, KABl. S. 73 und 77, sowie § 3 Abs. 2 des Pfarrergesetzes, KABl. 1964 S. 34)".

§ 8

In der Bekanntmachung über die Männerarbeit in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern vom 24. November 1962 (KABl. S. 149) wird der Hinweis auf § 33 Abs. II des Pfarrergesetzes ersetzt durch den Hinweis auf § 26 und Art. 26 a des Pfarrergesetzes.

§ 9

Die Bekanntmachung tritt hinsichtlich der Bestimmungen in § 5 Nr. 4 Buchst. a und § 6 Nr. 4 mit Wirkung vom 1. Dezember 1964, im übrigen mit der Verkündung in Kraft.

München, den 17. September 1964

I. V.: D. W. Schmidt

Kirchengesetz
der Ev.-Luth. Landeskirche Braunschweigs über die Anwendung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

vom 14. Juni 1963.

Vom 5. Mai 1964
(Nachdruck aus KA 1964 S. 21)

Die Landessynode hat das folgende Kirchengesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

Artikel I

Es wird festgestellt, daß das Pfarrergesetz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 14. Juni 1963 (Amtsblatt der VELKD Bd. II Stück 2 S. 14) mit Wirkung vom 1. Juli 1964 für die Braunschweigische evangelisch-lutherische Landeskirche in Geltung ist.

Artikel II

Für die Anwendung des Pfarrergesetzes in der Braunschweigischen evangelisch-lutherischen Landeskirche werden gemäß § 103 des Gesetzes folgende Bestimmungen getroffen:

§ 1

Bestimmungen der Landeskirche, die Gegenstände des Pfarrergesetzes betreffen, bleiben in Kraft, soweit sie die Bestimmungen des Pfarrergesetzes ergänzen; im übrigen werden sie gegenstandslos. Dies gilt insbesondere für das Kirchengesetz, die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und anderer Kirchendiener der evangelisch-lutherischen Landeskirche betreffend, vom 27. Dezember 1922 (Amtsblatt 1922 S. 131) in der Fassung der Änderungsgesetze vom 14. April 1931 (Amtsblatt 1931 S. 58), vom 26. Juni 1933 (Amtsblatt 1933 S. 23), vom 19. Januar 1934 (Amtsblatt 1934 S. 1), vom 17. Januar 1961 (Amtsblatt 1961 S. 6), soweit dessen Vorschriften auf Geistliche anzuwenden waren und nicht Zuständigkeits- und Verfahrensregeln betreffen.

§ 2

Bestimmungen der Landeskirche, die ergänzend fortgelten, sind sinngemäß anzuwenden, soweit ihr Wortlaut eine unmittelbare Anwendung nicht zuläßt.

Soweit in Kirchengesetzen, Verordnungen oder Bekanntmachungen auf gegenstandslos gewordene Bestimmungen verwiesen wird, treten an ihre Stelle die entsprechenden Vorschriften des Pfarrergesetzes. Die Verweisungen sind sinngemäß anzuwenden.

§ 3

Verletzungen der Amtspflicht eines Pfarrers im Sinne der Bestimmungen der §§ 59 Abs. 2 und 61 Satz 1 des Pfarrergesetzes sind als Dienstvergehen nach der Disziplinarordnung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 13. April 1939 (Amtsblatt 1939 S. 7) mit den Änderungen der Verordnung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 15. Dezember 1939 (Amtsblatt 1939 S. 59) und der Verordnung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 2. Mai 1946 (Verordnungs- und Nachrichtenblatt der EKD 1946 Nr. 16) zu verfolgen.

§ 4

Gemäß § 86 Abs. 4 des Pfarrergesetzes wird bis zum 30. Juni 1969 die in § 86 Abs. 1 des Pfarrergesetzes bestimmte Altersgrenze auf das 70. Lebensjahr festgesetzt.

§ 5

Der Erlaß weiterer Ergänzungs- und Ausführungsbestimmungen bleibt innerhalb der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten landeskirchlicher Regelung vorbehalten.

Artikel III

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1964 in Kraft.

Wolfenbüttel, den 5. Mai 1964

Die Braunschweigische
evangelisch-lutherische Landeskirche
— Die Kirchenregierung —

D. Erdmann Rauls Jürgens Dr. Knost
Petersen Gutmann Dr. Bluhm

Gesetz
der Ev.-Luth. Kirche im Hamburgischen Staate über die Anwendung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.

Vom 11. Mai 1964
(Nachdruck aus GVM 1964 S. 25)

Der Kirchenrat verkündet hiermit das von der Synode in ihrer Sitzung vom 7. bis 9. Mai 1964 gemäß § 103 des Pfarrergesetzes beschlossene Gesetz:

Art. I

Das Pfarrergesetz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 14. Juni 1963 — Amts-

blatt der Vereinigten Kirche S. 14 — ist vom 1. Juli 1964 an im Bereich der Evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate nach Maßgabe folgender Bestimmungen geltendes Recht:

1. Pfarrer, die im Dienste der Evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate stehen, führen die Amtsbezeichnung „Pastor".

2. Zu §§ 11 (3) und 19 (1)
Die §§ 11 (3) und 19 (1) werden dadurch erfüllt, daß der Pastor die in Hamburg übliche Unterschrift unter das Concordienbuch leistet und bestätigt, die Verfassung der Hamburgischen Landeskirche und die Gesetze und Vereinbarungen des Geistlichen Ministeriums empfangen zu haben.

3. Zu § 24 (2)
Kirchenälteste sind die Laienmitglieder des Kirchenvorstandes.

4. Zu § 26 (1)
Die Rechte und Pflichten der Hauptpastoren bleiben unberührt.

5. Zu § 27 (2)
Das bisher gültige Verfahren bleibt bis zu einer gemeinsamen Regelung im nordelbischen Raum in Kraft.

6. Zu §§ 44 (2), 72 (1) und 88 (2)
Als „Vertretung der Pfarrerschaft" gilt der Ältestenrat des Geistlichen Ministeriums.

7. Zu § 44 (2)
Zuständig für den Widerspruch ist der Bischof.

8. Zu § 50
Zuständig ist der Kirchenrat.

9. Zu §§ 59—61
Soweit die Vorschriften die Geltung der Lehrordnung voraussetzen, finden sie erst nach Inkrafttreten des Ausführungsgesetzes zur Lehrordnung Anwendung.

10. Zu § 65 (2)
Auf Antrag kann ihm vom Bischof die Einsichtnahme gewährt werden.

11. Zu § 67 (2)
Für die Evangelisch-lutherische Kirche im Hamburgischen Staate wird eine Schlichtungsstelle geschaffen. Sie besteht aus einem von der Synode auf die Dauer von 6 Jahren zu wählenden Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt haben muß, aber der Synode nicht anzugehören braucht, und aus je einem vom Kirchenrat und vom Ständigen Ausschuß des Geistlichen Ministeriums für die Dauer von 6 Jahren zu wählenden Beisitzer. Der vom Kirchenrat zu benennende Beisitzer soll ein Laie sein.

12. Zu § 86 (1)
Artikel 36 Satz 1 der Verfassung bleibt unberührt. Die theologischen Mitglieder des Landeskirchenamtes treten mit Ablauf des Monats, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden, in den Ruhestand.

13. Zu § 86 (4)
Der kirchliche Notstand wird durch Beschluß der Synode festgestellt.

Art. II

Der Kirchenrat erläßt die zur Durchführung des Pfarrergesetzes erforderlichen Verordnungen.

Art. III

Dieses Gesetz tritt zugleich mit dem Pfarrergesetz am 1. Juli 1964 in Kraft.

Gleichzeitig treten alle Vorschriften, die den Bestimmungen des Pfarrergesetzes und dieses Gesetzes widersprechen, außer Kraft.

Hamburg, den 11. Mai 1964

Der Kirchenrat

Dr. Wölber

Kirchengesetz der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers zur Ergänzung und Ausführung des Pfarrergesetzes (Ergänzungsgesetz)

Vom 2. April 1965

(Nachdruck aus KABl. 1965 S. 156)

Kirchensenat und Landessynode haben gemäß §§ 103 und 104 des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 14. Juni 1963 (Amtsblatt der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands Band II S. 14) folgendes Kirchengesetz zur Ergänzung und Ausführung des Pfarrergesetzes beschlossen:

Artikel 1

Ergänzung des Pfarrergesetzes

§ 1
(zu § 1 PfG)

Der Pfarrer führt weiterhin die Amtsbezeichnung Pastor.

§ 2
(zu § 5 PfG)

Durch Rechtsverordnung kann bestimmt werden, daß der Pfarrer nach dem Erwerb der Anstellungsfähigkeit eine begrenzte Zeit, höchstens jedoch drei Jahre, als Hilfspfarrer in der Landeskirche tätig gewesen sein muß, bevor er in das Dienstverhältnis als Pfarrer berufen werden kann.

§ 3
(zu §§ 6 bis 8 PfG)

(1) Die Anstellungsfähigkeit nach §§ 6 und 7 des Pfarrergesetzes wird vom Landeskirchenamt verliehen.

(2) Das Landeskirchenamt kann die Anstellungsfähigkeit auch an Lehrkräfte, die die wissenschaftliche und pädagogische Staatsprüfung für das höhere Lehramt bestanden haben und die Lehrbefähigung für evangelische Religion als Hauptfach besitzen, verleihen.

(3) Das Landeskirchenamt entscheidet darüber, ob gemäß § 8 des Pfarrergesetzes ein Kolloquium erforderlich ist, und hält das Kolloquium ab. Das gleiche gilt für die Verleihung der Anstellungsfähigkeit an Lehrkräfte gemäß Absatz 2.

§ 4
(zu § 15 PfG)

Hat der Pfarrer das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung gemäß § 13 Absatz 1 Buchstabe d des Pfarrergesetzes verloren, so ist für die Wiederbeilegung der Kirchensenat zuständig.

§ 5
(zu § 21 PfG)

Dem Pfarrer kann gemäß § 21 Absatz 3 des Pfarrergesetzes die Ausübung des Dienstes nur dann vorläufig untersagt werden, wenn der Landesbischof zustimmt.

§ 6
(zu § 27 Absatz 2 PfG)

(1) Will ein Pfarrer Amtshandlungen an Gliedern einer anderen Gemeinde gemäß § 27 Absatz 2 des Pfarrergesetzes vornehmen, so bedarf es der Vorlage eines Entlassungsscheines (Dimissoriale). Der Pfarrer darf den Entlassungsschein nicht ausstellen, wenn die Amtshandlung nach der geltenden Ordnung unzulässig ist. In den Fällen, in denen die Gewährung oder Versagung einer Amtshandlung dem Ermessen des zuständigen Pfarrers unterliegt, darf er die Ausstellung nur ablehnen, wenn er die Amtshandlung aus kirchengesetzlich zulässigen Gründen würde verweigern können. Vor einer Ablehnung soll er sich mit dem Pfarrer in Verbindung setzen, der die Amtshandlung vornehmen will, und sich mit einem vom Pfarrkonvent für solche Fälle bestimmten Pfarrer beraten.

(2) Gegen die Ablehnung des Entlassungsscheines sind diejenigen Rechtsbehelfe zulässig, die im Falle der Verweigerung einer Amtshandlung durch den zuständigen Pfarrer nach dem in der Landeskirche geltenden Recht dem Gemeindeglied und dem zuständigen Pfarrer zustehen.

§ 7

(zu § 27 Absätze 2 und 3 PfG)

(1) Die Pfarrer haben die Bestimmungen über die Zuständigkeit weitherzig auszulegen.

(2) Die in § 27 Absatz 3 des Pfarrergesetzes vorgesehene Zustimmung zu Amtshandlungen soll der Pfarrer nur aus ernsten kirchlichen Gründen versagen.

(3) Die in § 27 Absatz 3 des Pfarrergesetzes vorgesehene Zustimmung zu Gottesdiensten, die ein Pfarrer im Rahmen seines landeskirchlichen Auftrages halten will, soll der zuständige Pfarrer nach Beratung im Kirchenvorstand nur versagen, wenn der Gottesdienst zur Störung des Gemeindelebens führen würde. § 8 Absatz 2 der Kirchengemeindeordnung bleibt unberührt.

(4) Gottesdienste, die in kirchlichen Ausbildungs- und Tagungsstätten, Heimen und ähnlichen Einrichtungen für einen bestimmten Personenkreis gehalten werden und zu denen nicht öffentlich eingeladen wird, unterliegen nicht der Zustimmung gemäß § 27 Absatz 3 des Pfarrergesetzes. Die Abhaltung solcher Gottesdienste ist dem zuständigen Pfarrer allgemein oder im Einzelfall vorher mitzuteilen.

(5) Inwieweit Geistliche, die mit pfarramtlichen Aufgaben in Krankenhäusern, Pflegeheimen und ähnlichen Einrichtungen beauftragt worden sind, im Rahmen ihres Auftrages eines Entlassungsscheines oder einer Zustimmung gemäß § 27 des Pfarrergesetzes nicht bedürfen, richtet sich nach deren Dienstordnung. Vor Erlaß der Dienstordnung ist der Superintendent des Kirchenkreises, in dem die Einrichtung liegt, zu hören.

§ 8
(zu § 27 Absatz 5 PfG)

Erklärt ein Pfarrer einer Gemeinde mit mehreren Pfarrstellen sich bereit, eine Amtshandlung an einem Gemeindeglied vorzunehmen, das in dem Bezirk eines anderen Pfarrers wohnt, so hat er dies unverzüglich dem anderen Pfarrer mitzuteilen. Eines Entlassungsscheines gemäß § 27 Absatz 2 des Pfarrergesetzes bedarf es nicht.

§ 9
(zu § 29 PfG)

(1) Ein Pfarrer kann als Pfarrer der Landeskirche mit besonderem Auftrag für einen Dienst innerhalb oder außerhalb einer Kirchengemeinde angestellt werden.

(2) Mit einem Dienst innerhalb einer Kirchengemeinde kann ein Pfarrer der Landeskirche nur beauftragt werden, wenn in dieser Kirchengemeinde eine zur Versorgung ausreichende Zahl von Pfarrstellen noch nicht besteht oder wenn der Inhaber einer Pfarrstelle an der Ausübung seines Dienstes auf längere Zeit verhindert ist. Der Kirchenvorstand ist vorher zu hören.

§ 10
(zu § 41 Absatz 2 PfG)

Das Nähere über die Amtskleidung wird durch Rechtsverordnung nach Anhörung des Pfarrerausschusses geregelt.

Die §§ 43 bis 47 des Pfarrergesetzes werden in der Landeskirche in der Weise angewendet, wie es dem Herkommen entspricht.

§ 12
(zu §§ 48, 49 PfG)

(1) Hat der Pfarrer oder seine Ehefrau Ehescheidungsklage, Ehenichtigkeitsklage oder Eheaufhebungsklage erhoben, so hat dies der Pfarrer auf dem Dienstwege über den Landessuperintendenten dem Landeskirchenamt unverzüglich gemäß §§ 48 Absatz 2 und 49 des Pfarrergesetzes anzuzeigen. Das Landeskirchenamt unterrichtet den Landesbischof von der Anzeige.

(2) Das Landeskirchenamt kann den Pfarrer, sofern er nicht nach Artikel 1 § 16 Absatz 1 Buchstabe e dieses Kirchengesetzes versetzt wird, mit dem Tage der Rechtskraft des Ehescheidungsurteils gemäß § 48 Absatz 3 des Pfarrergesetzes in den Wartestand und danach in den Ruhestand versetzen. Der Pfarrer, der Superintendent, der Landessuperintendent und der Pfarrerausschuß sind vorher zu hören. Das Landeskirchenamt unterrichtet den Landesbischof über die getroffene Entscheidung.

(3) Die Bescheide des Landeskirchenamtes sind mit Gründen zu versehen und dem Pfarrer zuzustellen.

(4) Die vorläufige Untersagung der Dienstausübung nach § 48 Absatz 5 des Pfarrergesetzes bedarf der Zustimmung des Landesbischofs.

§ 13
(zu § 50 PfG)

(1) Die Übernahme einer Nebentätigkeit gemäß § 50 Absätze 1 und 2 des Pfarrergesetzes bedarf der Zustimmung des Landeskirchenamtes. Die Zustimmung kann unter Auflagen erteilt oder befristet werden.

(2) Das Landeskirchenamt bestimmt, ob und in welcher Höhe eine dem Pfarrer aus einer Nebentätigkeit gewährte Vergütung auf die Gehaltsbezüge des Pfarrers anzurechnen ist.

§ 14
(zu § 57 PfG)

(1) Für die Beurlaubung und Untersagung der Dienstausübung gemäß § 57 des Pfarrergesetzes ist das Landeskirchenamt zuständig. Es bedarf zu seiner Entscheidung der Zustimmung des Landesbischofs.

(2) Bei Gefahr im Verzuge kann der Landessuperintendent dem Pfarrer die Dienstausübung unter gleichzeitigem Bericht an das Landeskirchenamt vorläufig untersagen.

§ 15
(zu § 67 PfG)

Für die Nachprüfung der letztinstanzlichen Entscheidungen ist der Rechtshof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers als kirchliches Verwaltungsgericht zuständig.

§ 16
(zu § 71 PfG)

(1) Ein Pfarrer, dem eine Pfarrstelle übertragen ist, kann ohne seine Zustimmung außer den in § 71 Absatz 1 des Pfarrergesetzes genannten Gründen aus folgenden weiteren Gründen versetzt werden:

a) wenn die Versetzung des Pfarrers wegen Verbindung der Pfarrstelle mit einer Nachbargemeinde erforderlich wird,

b) wenn der bei Dienstantritt übertragene Umfang des Pfarrdienstes sich so verringert hat, daß die Kräfte des Pfarrers durch die Versehung des Amtes nicht mehr voll in Anspruch genommen werden,

c) wenn dem Pfarrer eine Pfarrstelle unter der Voraussetzung der Übernahme eines zusätzlichen Auftrages, eines Nebenamtes oder einer Nebenbeschäftigung übertragen ist und der Auftrag aufgehoben oder die Zustimmung zum Nebenamt oder zur Nebenbeschäftigung widerrufen wird oder die Tätigkeit sonst beendet ist,

d) wenn der Pfarrer wegen seines Gesundheitszustandes in der Führung seines Amtes erheblich behindert ist,

e) wenn die Ehe des Pfarrers rechtskräftig geschieden worden ist oder die Eheleute dauernd getrennt leben.

(2) Auf die Versetzung gemäß Absatz 1 Buchstabe a, b und c sind die Bestimmungen der §§ 71, 72 Absätze 1 und 2, 73, 75 und 76 des Pfarrergesetzes mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, daß eine Versetzung des Pfarrers auf eine andere Pfarrstelle erst möglich ist, wenn dem Pfarrer Gelegenheit gegeben worden ist, sich innerhalb einer bestimmten Frist um eine andere Pfarrstelle zu bewerben.

(3) Auf die Versetzung gemäß Absatz 1 Buchstabe d sind die Bestimmungen der §§ 71, 72 Absätze 1 und 2, 73, 74, 75 und 76 des Pfarrergesetzes entsprechend anzuwenden.

(4) Auf die Versetzung gemäß Absatz 1 Buchstabe e sind die Bestimmungen der §§ 71 Absatz 2, 72, 73, 75 und 76 des Pfarrergesetzes mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, daß im Falle des § 75 Absatz 2 der Pfarrer auch in den Ruhestand versetzt werden kann.

§ 17
(zu § 71 PfG)

(1) Ein Pfarrer, dem eine Pfarrstelle übertragen ist und dessen Berufung zum Pfarrer nicht länger als acht Jahre zurückliegt, kann ferner ohne seine Zustimmung versetzt werden, wenn eine andere Pfarrstelle länger als ein Jahr unbesetzt gewesen und ihre alsbaldige Besetzung mit einem Pfarrer dringend erforderlich ist. Ein Pfarrer darf nach dieser Vorschrift nur einmal versetzt werden.

(2) Die Vorschritfen der §§ 71, 72 Absätze 1 und 2, 73 und 76 des Pfarrergesetzes sind entsprechend anzuwenden. Die Bewerbungsmöglichkeit gemäß § 73 Absatz 1 des Pfarrergesetzes ist auf Pfarrstellen zu beschränken, die gemäß Absatz 1 zu besetzen sind. Die Bewerbungsmöglichkeit kann auf eine bestimmte Pfarrstelle beschränkt werden, wenn diese Pfarrstelle länger als zwei Jahre unbesetzt gewesen ist. Weigert sich der Pfarrer, der Versetzung Folge zu leisten, so ist § 75 Absatz 1 des Pfarrergesetzes mit der Maßgabe anzuwenden, daß an die Stelle des Ruhestandes der Wartestand tritt.

§ 18
(zu § 71 PfG)

(1) Der Inhaber einer Pfarrstellen, die mit einem kirchlichen Aufsichts- oder Lehramt verbunden ist, kann auf eine andere Pfarrstelle versetzt werden.

a) wenn das kirchliche Aufsichts- oder Lehramt mit dieser anderen Pfarrstelle verbunden oder

b) wenn das kirchliche Aufsichts- oder Lehramt aufgehoben wird.

(2) Auf die Versetzung gemäß Absatz 1 sind die Bestimmungen der §§ 71 Abs. 3, 72 Abs. 2, 75 und 76, im Falle des Buchstabens b außerdem die Bestimmungen des § 71 Abs. 1 und 2 und § 73 entsprechend anzuwenden. Ist die Pfarrstelle mit einem kirchlichen Aufsichtsamt verbunden, so kann der Pfarrer gegen seinen Willen nur in ein entsprechendes Amt versetzt werden.

(3) Die Bestimmungen des Artikels 1 §§ 19 Abs. 2 und 4 und 20 Abs. 2 dieses Kirchengesetzes sind anzuwenden. Die Bestimmungen über die Besetzung einer Pfarrstelle, die mit einem kirchlichen Aufsichts- oder Lehramt verbunden ist, bleiben unberührt.

§ 19
(zu § 71 PfG)

(1) Die zur Feststellung des Sachverhalts in einem Versetzungsverfahren gemäß § 71 des Pfarrergesetzes oder in einem Verfahren gemäß Artikel 1 §§ 16 und 17 dieses Kirchengesetzes erforderlichen Erhebungen führt das Landeskirchenamt. Es hat dabei insbesondere den Pfarrer, den Kirchenvorstand, den Superintendenten, den Landessuperintendenten und den Pfarrerausschuß zu hören. Der Landesbischof ist über die Einleitung, die Durchführung und den Ausgang des Verfahrens zu unterrichten.

(2) Die Versetzung geschieht nach den Bestimmungen über die Besetzung der Pfarrstellen. Das Landeskirchenamt kann, wenn eine Versetzung gemäß § 71 des Pfarrergesetzes oder gemäß Artikel 1 §§ 16 und 17 dieses Kirchengesetzes ausgesprochen worden ist, nach Anhörung des zuständigen Kirchenvorstandes eine durch Gemeindewahl zu besetzende Pfarrstelle zur Besetzung durch den Landesbischof in Anspruch nehmen. Macht das Landeskirchenamt von diesem Recht Gebrauch, so wird in den beiden nächsten Besetzungsfällen die Pfarrstelle durch Gemeindewahl besetzt. Auf den Umstand, daß ein Pfarrer gemäß § 71 des Pfarrergesetzes oder gemäß Artikel 1 §§ 16 und 17 dieses Kirchengesetzes versetzt worden ist, sowie auf die für die Versetzung maßgebend gewesenen Gründe kann ein Einspruch im Vokations- und Wahlverfahren nicht gestützt werden.

(3) Eine Minderung des Diensteinkommens darf mit der Versetzung nicht verbunden sein; dabei gelten ruhegehaltsfähige Zulagen als Bestandteil des Diensteinkommens.

(4) Soweit Umzugskosten gemäß § 71 Absatz 3 des Pfarrergesetzes zu zahlen sind, sind die Bestimmungen des Kirchengesetzes über die Umzugskosten der Geistlichen vom 21. Juni 1958 (Kirchl. Amtsbl. S. 142) anzuwenden.

§ 20
(zu §§ 72 und 76 PfG)

(1) Die Untersagung der Dienstausübung gemäß § 72 Absatz 3 des Pfarrergesetzes bedarf der Zustimmung des Landesbischofs.

(2) Die Bescheide des Landeskirchenamtes gemäß § 76 des Pfarrergesetzes sind mit Gründen zu versehen. Dies gilt auch für Bescheide, die gemäß Artikel 1 §§ 16 und 17 dieses Kirchengesetzes ergehen.

§ 21
(zu § 78 PfG)

(1) Die Abordnung eines Pfarrers gemäß § 78 des Pfarrergesetzes ist nur aus wichtigem Grund zulässig. Der Superintendent und der Landessuperintendent sind zu hören. Ist die Abordnung für eine längere Zeit als drei Monate vorgesehen, so ist auch der Kirchenvorstand zu hören und die Zustimmung des Landesbischofs einzuholen.

(2) Der abgeordnete Pfarrer hat am Beschäftigungsort seinen ständigen Aufenthalt zu nehmen. Außnahmen können zugelassen werden. Ist der Pfarrer zum Dienst in einer Gemeinde abgeordnet, so hat er die Stellung eines Hauptvertreters.

(3) Der abgeordnete Pfarrer erhält seine bisherige Besoldung weiter; ihm wird für die Zeit der getrennten Haushaltsführung eine angemessene Trennungsentschädigung gewährt. Bei der Abordnung zum Dienst in einer Gemeinde hat diese für die Unterbringung des Pfarrers zu sorgen. Der Pfarrer erhält die Fahrtkosten für Hin- und Rückfahrt und bei längerer Abordnung in der Regel die Kosten für eine Reise im Monat zu seinem Heimatort erstattet.

(4) Die Besoldung des abgeordneten Pfarrers trägt die bisher zuständige Stelle weiter. Die Trennungsentschädigung und die Fahrtkosten gemäß Absatz 3 sowie die Kosten, die in der Heimatgemeinde des Pfarrers durch die Abordnung entstehen, sind bei der Abordnung zum Dienst in einer Gemeinde aus deren Pfarrkasse zu zahlen. Soweit die Kosten der Abordnung nicht durch die Pfarrkasseneinkünfte gedeckt sind, werden sie von der Landeskirche getragen.

§ 22
(zu § 79 PfG)

(1) Ein Pfarrer, der Inhaber einer Pfarrstelle oder als Pfarrer der Landeskirche nach Artikel 38 der Kirchenverfassung angestellt ist, kann auf seinen Antrag oder mit seiner Zustimmung vom Landeskirchenamt zur Wahrnehmung eines anderen kirchlichen Dienstes sowie zur Übernahme von Aufgaben, die im kirchlichen Interesse liegen, mit oder ohne Dienstbezüge beurlaubt werden. Artikel 1 § 21 Absatz 1 Sätze 2 und 3 dieses Kirchengesetzes finden entsprechende Anwendung.

(2) Das Landeskirchenamt kann mit Zustimmung des Landesbischofs und des beurlaubten Pfarrers anordnen, daß der Pfarrer die von ihm bekleidete Pfarrstelle oder die ihm nach Artikel 38 Absatz 1 der Kirchenverfassung übertragenen Aufgaben verliert. Mit der Zustellung der Anordnung an den Pfarrer wird die Pfarrstelle frei, die übertragene Aufgabe erlischt. Der beurlaubte Pfarrer erhält die Rechtsstellung eines Pfarrers der Landeskirche gemäß Artikel 38 Absatz 1 der Kirchenverfassung. Solange er nicht im Gebiet der Landeskirche tätig ist, ist er für die Wahlen zur Landessynode nicht wahlberechtigt und kann als Synodaler nicht gewählt oder berufen werden.

(3) Eine Anordnung gemäß Absatz 2 soll getroffen werden, wenn die Beurlaubung auf eine längere Zeit als sechs Monate vorgesehen ist.

§ 23
(zu § 82 PfG)

(1) Der in den Wartestand oder in den Ruhestand versetzte Pfarrer behält das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung, einschließlich des Rechts zur Vornahme von Amtshandlungen, sowie das Recht, seine bisherige Amtsbezeichnung zu führen und die Amtstracht eines Pfarrers zu tragen. Das Landeskirchenamt kann ihm jedoch mit Zustimmung des Landesbischofs die Ausübung aller oder einzelner ihm zustehender Befugnisse mit Ausnahme der Befugnis, die Amtsbezeichnung zu führen, für den Einzelfall oder auf Zeit untersagen, wenn die Rücksicht auf Amt und Gemeinde dies gebietet.

(2) Absatz 1 ist entsprechend auf Pfarrer, die mit der Dienststrafe der Entfernung aus dem Amt oder der Entfernung aus dem Dienst bestraft worden sind, anzuwenden, wenn die Gründe zur Untersagung nach Rechtskraft des Disziplinarurteils eingetreten sind.

(3) Vor der Entscheidung sind der Pfarrer, der Superintendent, der Landessuperintendent und der Pfarrerausschuß zu hören. Zuständig sind der Superintendent und der Landessuperintendent, deren Aufsicht der Pfarrer untersteht oder in deren Aufsichtsbezirk der Pfarrer wohnt. Es ist auch der Landessuperintendent zu hören, in dessen Sprengel der Pfarrer zuletzt ein Pfarramt bekleidet hat.

(4) Die Entscheidungen des Landeskirchenamtes gemäß Absätze 1 und 2 ergehen durch Beschluß. Sie sind mit Gründen zu versehen und dem Pfarrer zuzustellen.

(5) Bei Gefahr im Verzuge kann das Landeskirchenamt mit Zustimmung des Landesbischofs die Ausübung der in Absatz 1 Satz 1 genannten Rechte mit Ausnahme der Befugnis, die Amtsbezeichnung zu führen, ganz oder teilweise bis zur Entscheidung des Rechtshofes vorläufig untersagen. Eine Nachprüfung nach § 67 des Pfarrergesetzes hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 24
(zu § 83 PfG)

(1) Das Wartegeld gemäß § 83 Absatz 2 des Pfarrergesetzes ist auf den Betrag festzusetzen, den der Pfarrer im Zeitpunkt der Versetzung in den Wartestand als Ruhegehalt erdient hat, wenn die Versetzung des Pfarrers in den Wartestand auf Grund der §§ 44 Absatz 4 Satz 1, 48 Absatz 3 Satz 1 oder 74 des Pfarrergesetzes erfolgt.

(2) Das Landeskirchenamt kann bestimmen, daß der in den Wartestand versetzte Pfarrer bis auf die Dauer eines Jahres ein Wartegeld bis zur Höhe seiner bisherigen Dienstbezüge erhält.

§ 25
(zu § 84 PfG)

(1) Der Pfarrer im Wartestand wird einem Kirchenkreis zugewiesen. Hat er seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt außerhalb des Gebiets der Landeskirche, so bestimmt das Landeskirchenamt, in welcher Weise die Aufsicht wahrzunehmen ist.

(2) Beauftragt das Landeskirchenamt den Pfarrer gemäß § 84 Absatz 2 des Pfarrergesetzes widerruflich mit der Verwaltung einer Pfarrstelle, so hat es die Zustimmung des Landesbischofs einzuholen.

(3) Solange ein Pfarrer mit der Verwaltung einer Pfarrstelle beauftragt ist, erhält er die Dienstbezüge, die er erhielte, wenn er in dieser Pfarrstelle angestellt wäre. Einem Pfarrer, der mit einem sonstigen kirchlichen Dienst oder einer Aufgabe beauftragt ist, können Dienstbezüge bis zur Höhe der Bezüge gewährt werden, die er erhielte, wenn er nicht in den Wartestand versetzt worden wäre.

§ 26
(zu § 84 PfG)

(1) Die Bewerbung eines Pfarrers im Wartestand um eine Pfarrstelle, die durch Wahl oder Präsentation besetzt wird, oder die Ernennung auf eine Pfarrstelle bedarf der Zustimmung des Landeskirchenamtes.

(2) Das Landeskirchenamt kann dem Pfarrer aufgeben, sich innerhalb einer angemessenen Frist um eine zu besetzende Pfarrstelle zu bewerben. Dabei kann die Bewerbungsmöglichkeit beschränkt werden.

(3) Unterläßt der Pfarrer die Bewerbung oder führt sie in der gesetzten Frist nicht zum Ziele, so kann er unbeschadet des § 84 Absatz 3 des Pfarrergesetzes von dem Landesbischof zum Pfarrer der Landeskirche nach Artikel 38 Absatz 1 der Kirchenverfassung oder auf eine Pfarrstelle ernannt werden. Im Falle der Ernennung auf eine Pfarrstelle ist Artikel 1 § 19 Absatz 2 dieses Kirchengesetzes entsprechend anzuwenden.

§ 27
(zu § 84 Absatz 3 PfG)

Den Bescheid des Landeskirchenamtes, durch den der Pfarrer im Wartestand gemäß § 84 Absatz 3 des Pfarrergesetzes in den Ruhestand versetzt wird, ist mit Gründen zu versehen und dem Pfarrer zuzustellen.

§ 28
(zu § 86 PfG)

Den Eintritt in den Ruhestand, die Versetzung in den Ruhestand und das Hinausschieben des Ruhestandes gemäß § 86 Absätze 1 bis 3 des Pfarrergesetzes gibt das Landeskirchenamt dem Pfarrer durch eine schriftliche Verfügung bekannt. Die Verfügung muß den Zeitpunkt, in dem der Ruhestand beginnt, enthalten.

§ 29
(zu § 86 Absatz 4 PfG)

Soll die Altersgrenze bei kirchlichem Notstand gemäß § 86 Absatz 4 des Pfarrergesetzes hinaufgesetzt werden, so bedarf es eines Kirchengesetzes.

§ 30
(zu § 88 PfG)

(1) Der Bescheid des Landeskirchenamtes an den Pfarrer gemäß § 88 Absatz 1 des Pfarrergesetzes hat auch eine Mitteilung über das dem Pfarrer zustehende Ruhegehalt zu enthalten. Der Bescheid ist dem Pfarrer zuzustellen.

(2) Erhebt der Pfarrer gegen seine beabsichtigte Versetzung in den Ruhestand keine Einwendungen, so sind in dem Bescheid über die Versetzung in den Ruhestand die Gründe für die Versetzung in den Ruhestand nicht aufzunehmen.

(3) Erhebt der Pfarrer gegen seine beabsichtigte Versetzung in den Ruhestand Einwendungen, so hat das Landeskirchenamt die notwendigen Feststellungen zu treffen. Der Pfarrer, der Kirchenvorstand, der Superintendent und der Landessuperintendent sowie der Pfarrerausschuß sind zu hören.

(4) Die Anordnung des Landeskirchenamtes gemäß § 88 Absatz 4 des Pfarrergesetzes bedarf der Zustimmung des Landesbischofs.

(5) Die Bescheide des Landeskirchenamtes gemäß § 88 Absatz 5 des Pfarrergesetzes sind mit Gründen zu versehen und dem Pfarrer zuzustellen.

§ 31
(zu § 91 PfG)

(1) Der Pfarrer im Ruhestand kann gemäß § 91 des Pfarrergesetzes den Antrag stellen, ihm wieder eine Pfarrstelle oder eine allgemeinkirchliche Aufgabe zu übertragen oder ihm die Meldung auf eine durch Wahl oder Präsentation zu besetzende Pfarrstelle zu gestatten. Lehnt das Landeskirchenamt diesen Antrag ab, so ist der Bescheid zu begründen und dem Pfarrer zuzustellen.

(2) Er kann frühestens ein Jahr, nachdem sein Antrag durch das Landeskirchenamt abgelehnt worden ist, einen neuen Antrag stellen.

§ 32
(zu § 97 PfG)

Die Verordnung des Leiters der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei über den Verlust der Rechte des geistlichen Standes vom 14. April 1944 (Gesetzblatt der Deutschen Evangelischen Kirche S. 3) findet keine Anwendung, soweit das Pfarrergesetz anzuwenden ist.

§ 33

Für die nach dem Pfarrergesetz und nach diesem Kirchengesetz erforderlichen Entscheidungen, Genehmigungen, Mitteilungen und sonstigen Maßnahmen sowie für die Entgegennahme von Erklärungen ist das Landeskirchenamt zuständig, soweit nichts anderes bestimmt ist.

§ 34

Das Landeskirchenamt ist verpflichtet, bei seinen dienstrechtlichen Entscheidungen die Erfordernisse des Amtes und die persönlichen Verhältnisse des Pfarrers zu berücksichtigen.

§ 35

Zustellungen von Bescheiden, die nach dem Pfarrergesetz oder diesem Kirchengesetz erforderlich sind, geschehen:

a) durch Übergabe des Schriftstückes an den Empfänger gegen Empfangsschein; verweigert der Empfänger die Annahme des Schriftstückes oder die Ausstellung des Empfangsscheines, so gilt das Schriftstück mit der Weigerung als zugestellt, wenn eine Niederschrift über den Vorgang zu den Akten gebracht ist;

b) durch Einschreibebrief mit Rückschein;

c) nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung;

d) durch Bekanntgabe im Kirchlichen Amtsblatt oder im Amtsblatt der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands oder im Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland, wenn der Aufenthalt des Empfängers nicht zu ermitteln ist.

Artikel 2

§ 1

(1) Ein Kandidat des Predigtamtes kann zum Hilfspfarrer in der Landeskirche ernannt werden, wenn er die Anstellungsfähigkeit gemäß dem Pfarrergesetz erworben hat; er ist zu ordinieren.

(2) Der Hilfspfarrer wird mit pfarramtlicher Hilfeleistung oder mit der Versehung vakanter Pfarrstellen, ausnahmsweise mit besonderen kirchlichen Aufgaben außerhalb einer Gemeinde beauftragt.

(3) Die Amtsbezeichnung des Hilfspfarrers ist Pastor.

§ 2

(1) Der Auftrag des Hilfspfarrers kann jederzeit geändert oder aufgehoben werden. Der Hilfspfarrer kann aus wichtigem Grunde entlassen werden.

(2) Ernennung, Beauftragung und Entlassung von Hilfspfarrern werden vom Landeskirchenamt ausgesprochen.

(3) Hilfspfarrer erhalten über ihre Ernennung, Beauftragung und Entlassung Urkunden. Ernennung, Beauftragung und Entlassung werden zu dem Zeitpunkt rechtswirksam, der in der Urkunde angegeben ist.

(4) Der mit dem Dienst in einer Gemeinde beauftragte Hilfspfarrer ist bei Antritt seines Dienstes im Hauptgottesdienst eines Sonn- oder Festtages der Gemeinde vorzustellen.

§ 3

(1) Der Hilfspfarrer hat Anspruch auf angemessenen Unterhalt für sich und seine Familie. Das Nähere wird durch Rechtsverordnung geregelt.

(2) Den Hinterbliebenen eines Hilfspfarrers sowie einem ehemaligen Hilfspfarrer und dessen Hinterbliebenen kann das Landeskirchenamt einen widerruflichen Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe der für einen auf Lebenszeit angestellten Pfarrer und dessen Hinterbliebene vorgesehenen Versorgung bewilligen.

§ 4

Auf das Dienstverhältnis des Hilfspfarrers finden im übrigen die Bestimmungen des Pfarrergesetzes und die dazu ergangenen landeskirchlichen Bestimmungen mit Ausnahme des § 2 Absatz 3, der §§ 69 bis 78 und §§ 81 bis 91 des Pfarrergesetzes entsprechende Anwendung. Soweit im Pfarrergesetz als Maßnahmen die Versetzung in den Wartestand oder in den Ruhestand vorgesehen sind, tritt dafür die Maßnahme der Entlassung als Hilfspfarrer.

Artikel 3

Das Kirchengesetz über die Besetzung der Pfarrstellen (Pfarrbestellungsgesetz) vom 8. Februar 1951 (Kirchl. Amtsbl. S. 9) wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Absatz 2 ist hinter dem 1. Satz folgender 2. Satz einzufügen:

   „Etwaige besondere Besetzungsrechte gemäß Absatz 1 Buchstabe d sowie etwaige damit in Verbindung stehende Lasten ruhen für die Dauer der Verbindung."

   Der bisherige 2. Satz wird 3. Satz.

2. In § 3 wird der 2. Satz gestrichen.

3. Dem § 10 wird folgender 2. Absatz angefügt:

   „(2) Die Anstellungsfähigkeit eines Pfarrers, die er in einer anderen Gliedkirche der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands besitzt, wird innerhalb der Landeskirche anerkannt. Er kann jedoch nur ernannt, gewählt oder präsentiert werden, wenn das Landeskirchenamt durch eine schriftliche Erklärung ihn in den Dienst der Landeskirche übernommen hat oder ihm die Übernahme für den Fall der Ernennung, der Wahl oder der Präsentation fest in Aussicht gestellt hat."

4. § 15 erhält folgende Fassung:

   „Falls ein Pfarrer auf eine andere Pfarrstelle seiner bisherigen Gemeinde ernannt oder präsentiert wird, entfällt das Vokationsverfahren."

5. § 19 erhält folgende Fassung:

   „Hat der Kirchenvorstand die im § 18 Absatz 3 gesetzte Frist verstreichen lassen, ohne ihre Verlängerung zu beantragen, so ist das Landeskirchenamt berechtigt, die Zustimmung der Kirchengemeinde zu der beabsichtigten Besetzung der Pfarrstelle anzunehmen und die Einweisung in die Pfarrstelle zu veranlassen."

6. In § 24 ist folgender Absatz 3 anzufügen:

   „(3) Wenn ein Pfarrer auf eine andere Pfarrstelle seiner bisherigen Gemeinde gemäß Absatz 1 gewählt ist, findet Absatz 2 keine Anwendung."

7. § 30 erhält folgende Fassung:

   „(1) Nach Abschluß des Verfahrens in der Gemeinde ordnet das Landeskirchenamt die Einweisung des Pfarrers in die Pfarrstelle zu dem in der Berufungsurkunde angegebenen Zeitpunkt und die Einführung des Pfarrers in einem Gottesdienst an. Mit dem in der Berufungsurkunde angegebenen Zeitpunkt ist der Pfarrer gemäß § 18 Absatz 2 des Pfarrergesetzes Inhaber der Pfarrstelle mit den mit dieser Stelle verbundenen Pflichten und Rechten. Die Berufung ist gemäß § 17 des Pfarrergesetzes durch die Einführung in einem Gottesdienst abzuschließen.

   (2) Wird die Berufung eines Pfarrers auf die Pfarrstelle nicht gemäß Absatz 1 durch Einführung abgeschlossen, so gilt die Besetzung der Pfarrstelle hinsichtlich des Wechsels der Besetzungsweise im Sinne des § 1 als nicht erfolgt.

   (3) In den Fällen des § 15 und des § 24 Absatz 3 wird die gottesdienstliche Einführung vom Landeskirchenamt besonders geordnet."

Artikel 4

§ 20 des Kirchengesetzes betreffend die Besoldung und Versorgung der Geistlichen der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers in der Fassung vom 2. Juli 1964 (Kirchl. Amtsbl. S. 97) erhält folgende Fassung:

„§ 20

(1) Die Festsetzung der Dienstwohnung und jede Änderung ihres Umfanges und eines dazu gehörenden Hausgartens durch den Kirchenvorstand bedarf der Zustimmung des Landeskirchenamtes.

(2) Die Überlassung von Teilen der Dienstwohnung durch den Pfarrer gemäß § 37 Absatz 2 des Pfarrergesetzes an Dritte und die Ausübung eines Gewerbes oder Berufes durch Dritte innerhalb der Dienstwohnung bedarf des Einverständnisses des Kirchenvorstandes und der Genehmigung des Kirchenkreisvorstandes nach vorheriger Zustimmung des Landeskirchenamtes."

Artikel 5

§ 8 der Verordnung über die Errichtung von Anstaltsgemeinden vom 25. März 1944 (Kirchl. Amtsbl. S. 30) erhält folgende Fassung:

„§ 8

(1) Der Pfarrer einer Anstaltsgemeinde tritt mit Ablauf des Monats, in dem er das 68. Lebensjahr vollendet hat, in den Ruhestand. Der Pfarrer, der das 65. Lebensjahr vollendet hat, ist in den Ruhestand zu versetzen, wenn er es beantragt. Er kann auch von Amts wegen in den Ruhestand versetzt werden, wenn der Anstaltsvorstand zustimmt; der Pfarrer ist zuvor zu hören.

(2) Mit Zustimmung des Pfarrers und des Anstaltsvorstandes kann der Eintritt in den Ruhestand bis zur Vollendung des 70. Lebensjahres hinausgeschoben werden.

(3) Im übrigen sind die Bestimmungen des Pfarrergesetzes über die Versetzung eines Pfarrers in den Ruhestand und die dazu ergangenen landeskirchlichen Bestimmungen auch auf Pfarrer einer Anstaltsgemeinde anzuwenden."

Artikel 6

Das Kirchengesetz über die Errichtung eines Rechtshofes der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers vom 30. November 1954 (Kirchl. Amtsbl. S. 129) wird wie folgt geändert:

1. In § 6 Absatz 1 Satz 1 wird nach Buchstabe b als neuer Buchstabe c eingefügt:

   „c) über das Bestehen oder Nichtbestehen eines öffentlichen Rechtsverhältnisses, das auf dem in der Landeskirche geltenden Recht beruht, oder über die Nichtigkeit eines Verwaltungsaktes (Feststellungsklage)."

   Der bisherige Buchstabe c wird Buchstabe d.

2. In § 8

   a) erhält Absatz 2 folgende Fassung:

      „(2) Soweit die kirchliche Amtsstelle ermächtigt ist, nach ihrem Ermessen zu handeln, prüft der Rechtshof auch, ob der Verwaltungsakt oder die Ablehnung oder Unterlassung des Verwaltungsaktes rechtswidrig ist, weil die gesetzlichen Grenzen des Ermessens überschritten sind oder von dem Ermessen in einer dem Zweck der Ermächtigung nicht entsprechenden Weise Gebrauch gemacht ist."

   b) wird folgender Absatz 4 angefügt:

      „(4) Die Feststellungsklage steht nur demjenigen zu, der ein berechtigtes Interesse an der baldigen Feststellung hat. Die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines öffentlichen Rechtsverhältnisses kann nicht begehrt werden, wenn der Kläger seine Rechte durch Anfechtungs- oder Untätigkeitsklage verfolgen kann oder hätte verfolgen können."

3. § 24 erhält folgende Fassung:
   „Auf das Verfahren vor dem Rechtshof sind, soweit die Bestimmungen dieses Kirchengesetzes nicht entgegenstehen, die im Land Niedersachsen allgemein geltenden verwaltungsgerichtlichen Verfahrensvorschriften sinngemäß anzuwenden."

Artikel 7

Die Disziplinarordnung in der nach dem Kirchengesetz vom 26. November 1959 geltenden Fassung (Kirchl. Amtsbl. 1960 S. 28) wird wie folgt geändert:

1. Absatz 5 des § 8 a erhält folgende Fassung:

   „(5) Das Landeskirchenamt ist verpflichtet, bei seinen Entscheidungen gemäß Absätze 1 bis 4 die Erfordernisse des Amtes und die persönlichen Verhältnisse des Geistlichen zu berücksichtigen. Die Entscheidungen sind mit Gründen zu versehen und dem Geistlichen zuzustellen. Gegen die Entscheidungen steht dem Geistlichen das Recht auf Nachprüfung durch den Rechtshof der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers zu. Die Nachprüfung einer Entscheidung nach Absatz 4 hat keine aufschiebende Wirkung."

2. § 61 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

   „(3) Das Verfahren ist einzustellen, wenn eine Voraussetzung des § 40 Absatz 1 vorliegt."

Artikel 8

Das Kirchengesetz betreffend die Zugehörigkeit von Geistlichen, Kirchenbeamten und kirchlichen Angestellten zu politischen Körperschaften vom 19. Dezember 1955 (Kirchl. Amtsbl. S. 129) wird wie folgt geändert:

1. § 3 Absatz 1 Satz 2 wird gestrichen.

2. § 4 Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
   „Im übrigen finden § 84 Absätze 2 und 3 und § 89 des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 14. Juni 1963 (Amtsblatt der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands Band II S. 14) und Artikel 1 §§ 25 und 26 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 des Kirchengesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Pfarrergesetzes (Ergänzungsgesetz) vom 2. April 1965 (Kirchl. Amtsbl. S. 156) mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle der in § 89 Absatz 2 Satz 1 genannten fünfjährigen Frist eine Frist von zwei Jahren nach Erlöschen des Mandats tritt."

Artikel 9

Das Kirchengesetz über die Bildung eines Pfarrerausschusses vom 23. Dezember 1925 (Kirchl. Amtsbl. 1926 S. 1) wird wie folgt geändert:

1. § 3 Absatz 3 Satz 1 wird gestrichen.

2. § 3 wird folgender Absatz 4 hinzufügt:
   „Die Mitglieder werden für sechs Jahre gewählt; ihre Mitgliedschaft erlischt jedoch erst mit der Neuwahl."

Artikel 10

Das Kirchengesetz über die Anstellungsfähigkeit der Geistlichen vom 31. Oktober 1928 (Kirchl. Amtsbl. S. 82) wird wie folgt geändert:

§§ 1 bis 8, 13 bis 16 und 18, Satz 2 werden gestrichen

Artikel 11

Die Verordnung vom 28. Juli 1945 zur Durchführung der Verordnung des Leiters der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei über den Verlust der Rechte des geistlichen Standes vom 14. April 1944 (Kirchl. Amtsbl. 1945 S. 26) wird wie folgt geändert:

Die Artikel 3 bis 7 werden gestrichen.

Artikel 12

Das Kirchengesetz betreffend Versetzung der Geistlichen in den Ruhestand vom 16. Juni 1952 (Kirchl. Amtsbl. S. 57),

das Kirchengesetz über die Versetzung eines Geistlichen vom 16. Juni 1952 (Kirchl. Amtsbl. S. 65) und

das Kirchengesetz betreffend Heranziehung von Pfarrern zu Vertretungen in Kirchengemeinden (Vertretungsgesetz) vom 19. Dezember 1955 (Kirchl. Amtsbl. S. 127) werden aufgehoben.

Artikel 13

Das Landeskirchenamt wird mit der Ausführung des Pfarrergesetzes und dieses Kirchengesetzes beauftragt. Es wird ermächtigt, das Kirchengesetz über die Beset-

zung der Pfarrstellen (Pfarrbestellungsgesetz) vom 8. Februar 1951 (Kirchl. Amtsbl. S. 9), das Kirchengesetz über die Errichtung eines Rechtshofes der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers vom 30. November 1954 (Kirchl. Amtsbl. S. 129) und das Kirchengesetz betreffend die Zugehörigkeit von Geistlichen, Kirchenbeamten und kirchlichen Angestellten zu politischen Körperschaften vom 19. Dezember 1955 (Kirchl. Amtsbl. S. 129) in der nunmehr geltenden Fassung unter neuem Datum bekannt zu machen.

Unter Bezugnahme auf den Beschluß der 16. Ordentlichen Landessynode vollzogen.

Hannover, den 2. April 1965

Der Kirchensenat
der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers

D. Lilje.

Kirchengesetz der Ev.-Luth. Kirche in Lübeck über die Anwendung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.

Vom 20. November 1964
(Nachdruck aus KABl. 1964 S. 129)

Kirchenleitung und Synode haben gemäß Artikel 99 der Kirchenverfassung als verfassungsänderndes Kirchengesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Pfarrergesetz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 14. Juni 1963 — Amtsblatt der Vereinigten Kirche S. 14 — gilt im Bereich der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

§ 1

Die Pfarrer der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck führen die Amtsbezeichnung „Pastor".

§ 2

(1) Der § 2 des Kirchengesetzes über die Besetzung der Pfarrstellen vom 2. November 1955 — Kirchl. Amtsbl. S. 17 — tritt insoweit außer Kraft, als er von den Bestimmungen der §§ 6 bis 8 des Pfarrergesetzes abweicht.

(2) Die Bestimmung, daß Kandidaten der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck in eine Pfarrstelle erst berufen werden können, wenn sie ihrer Hilfsdienstpflicht gemäß § 2 des Kirchengesetzes über die Rechtsverhältnisse der Hilfsprediger vom 21. Dezember 1955 — Kirchl. Amtsbl. S. 2 — genügt haben, bleibt in Geltung.

(3) § 1 Abs. 2 des Kirchengesetzes über die Rechtsverhältnisse der Hilfsprediger bleibt unberührt.

§ 3

Die Lehrverpflichtung nach § 11 Abs. 3 des Pfarrergesetzes ist im Sinne von Artikel 2 der Kirchenverfassung auszulegen.

§ 4

Vor der Entscheidung über die Wiederbeilegung des Rechtes zur öffentlichen Wortverkündigung nach § 15 des Pfarrergesetzes ist das Geistliche Ministerium zu hören.

§ 5

Für den Erlaß einer Dienstordnung nach § 26 Abs. 2 des Pfarrergesetzes ist in sinngemäßer Anwendung von Artikel 10 Abs. 2 der Kirchenverfassung der Kirchenvorstand zuständig. Die Dienstordnung bedarf der Genehmigung durch die Kirchenleitung.

§ 6

Bei der Vornahme von Amtshandlungen an Gliedern anderer Gemeinden gilt hinsichtlich des § 27 Abs. 2 des Pfarrergesetzes bis auf weiteres die Regelung, daß gemäß Artikel 14 Abs. 2 der Kirchenverfassung der zuständige Pastor zu verständigen ist; die Verständigung soll vorher erfolgen.

§ 7

Pfarrer, denen im Sinne von § 29 des Pfarrergesetzes eine allgemein-kirchliche Aufgabe übertragen ist, sind die Inhaber landeskirchlicher Pfarrstellen. Artikel 45 Abs. 2 der Kirchenverfassung bleibt unberührt.

§ 8

Pfarrer im leitenden kirchlichen Amt im Sinne von § 30 des Pfarrergesetzes sind der Bischof und der Senior. Für ihre Rechtsstellung gelten die besonderen Bestimmungen der Artikel 63, 64 und 89 Abs. 5 bis 8 der Kirchenverfassung.

§ 9

Das Recht, dienstliche Anordnungen im Sinne von § 35 des Pfarrergesetzes zu erlassen, wird durch Artikel 5 Abs. 1 und 2 der Kirchenverfassung begrenzt.

§ 10

Zu § 38 des Pfarrergesetzes gilt ergänzend § 1 der Urlaubsordnung vom 27. Juli 1960 — Kirchl. Amtsbl. S. 59 —.

§ 11

Für die Durchführung von Kirchenvisitationen im Sinne von § 54 des Pfarrergesetzes bleiben die Richtlinien zur Durchführung von Kirchenvisitationen vom 16. Dezember 1949 — Kirchl. Amtsbl. 1950 S. 2 — bis auf weiteres in Geltung.

§ 12

Für Anordnungen nach § 57 des Pfarrergesetzes ist die Erweiterte Kirchenleitung zuständig. Vorher ist in allen Fällen die Vertretung der Pfarrerschaft zu hören.

§ 13

Der Anspruch nach § 58 Absatz 1 des Pfarrergesetzes soll nur geltend gemacht werden, wenn dem Pastor Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.

§ 14

Die in § 60 des Pfarrergesetzes genannte Lehrordnung der Vereinigten Kirche vom 16. Juni 1956 gilt im Bereich der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck nach Maßgabe eines noch zu erlassenden Kirchengesetzes.

§ 15

Für das Verfahren bei Verletzung der Amtspflicht nach § 61 des Pfarrergesetzes bleibt bis auf weiteres auf Grund des Kirchengesetzes vom 11. April 1956 — Kirchl. Amtsbl. S. 25 — das Disziplinargesetz der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 11. März 1955 maßgebend.

§ 16

Anträgen auf Einsichtnahme in die Personalakten soll stattgegeben werden.

§ 17

Bleibt bei Entscheidungen einer übergeordneten Dienststelle die Gegenvorstellung des Pastors nach § 66 des Pfarrergesetzes erfolglos, so kann er eine Entscheidung der Erweiterten Kirchenleitung verlangen.

§ 18

Die in § 67 vorgesehene Nachprüfung von Verwaltungsentscheidungen, die die dienstrechtliche Stellung der Pastoren betreffen, erfolgt nach den Vorschriften des Kirchengesetzes über die Einrichtung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 11. April 1956 — Kirchl. Amtsbl. S. 44 —.

§ 19

Für die Verfolgung vermögensrechtlicher Ansprüche im Sinne von § 68 des Pfarrergesetzes bleibt der Rechtsweg von den staatlichen Gerichten offen.

§ 20

Die Versetzung eines Gemeindepastors in ein anderes Amt gemäß Artikel 52 Abs. 1 der Kirchenverfassung ist nur nach den Bestimmungen der §§ 71 bis 76 des Pfarrergesetzes zulässig.

§ 21

Die Versetzung eines Inhabers einer landeskirchlichen Pfarrstelle im Sinne von § 77 des Pfarrergesetzes ist gemäß Artikel 52 Abs. 1 der Kirchenverfassung nur zulässig, wenn dies aus dringenden kirchlichen Gründen notwendig ist. Die §§ 70 Abs. 2 und 3, 71 Abs. 2 und 3, 72 bis 76 des Pfarrergesetzes gelten sinngemäß.

§ 22

(1) Artikel 53 Abs. 1 der Kirchenverfassung ist nur in den Grenzen des § 81 des Pfarrergesetzes anwendbar.

(2) Eine Versetzung in den Wartestand ist nur nach Maßgabe der §§ 44 Abs. 4, 48 Abs. 3, 51 Abs. 3, 74 und 75 Abs. 2 des Pfarrergesetzes zulässig.

(3) Eine Versetzung in den Ruhestand ist nur nach Maßgabe der §§ 48 Abs. 3, 51 Abs. 3, 75 Abs. 1, 84 Abs. 3, 86 Abs. 2, 87 und 89 Abs. 2 des Pfarrergesetzes zulässig.

(4) Bei der Versetzung in den Ruhestand nach § 89 Abs. 2 Satz 1 des Pfarrergesetzes sind der Pastor und die Vertretung der Pfarrerschaft vorher zu hören.

§ 23

Die Vertretung der Pfarrerschaft im Sinne der §§ 44 Abs. 2, 72 Abs. 1 und 88 Abs. 2 des Pfarrergesetzes und der §§ 12 und 22 dieses Gesetzes besteht aus drei Pastoren, die vom Geistlichen Ministerium aus seiner Mitte jeweils für drei Jahre gewählt werden.

§ 24

Zuständig für alle Beschlüsse, Maßnahmen und Entscheidungen, die im Rahmen des Pfarrergesetzes zu treffen sind, ist nach Artikel 84 Abs. 2 der Kirchenverfassung die Kirchenleitung, soweit keine anderen Zuständigkeiten gegeben sind.

§ 25

Für Pastorinnen gelten die Bestimmungen des Pfarrergesetzes und dieses Gesetzes sinngemäß. § 2 Abs. 2 des Kirchengesetzes vom 2. Juli 1958 (Kirchl. Amtsbl. 1958, S. 13) bleibt bis auf weiteres in Geltung.

§ 26

Im übrigen bleibt die Kirchenverfassung der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck unberührt.

Artikel 2

(1) Dieses Kirchengesetz tritt am 1. Juli 1964 in Kraft.

(2) Die Kirchenleitung erläßt, soweit es nicht eines Kirchengesetzes bedarf, die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

Das vorstehende von der Synode am 24. Juni 1964 und von der Kirchenleitung am 20. November 1964 beschlossene Kirchengesetz wird verkündet.

Lübeck, den 1. Dezember 1964

Die Kirchenleitung

Göbel

Bekanntmachung der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs über die Anwendung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.

Vom 9. Juni 1964

(Nachdruck aus KABl. 1964 S. 49)

Am 1. Juli 1964 tritt für die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs das von den in der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zusammengeschlossenen Landeskirchen gemeinsam erarbeitete Pfarrergesetz in Kraft. Sein Wortlaut wird nachstehend veröffentlicht.

Das Pfarrergesetz ordnet den Dienst der Pastoren in rechtlicher Hinsicht. Alle Bestimmungen dieses Gesetzes sollen zu der rechten Ausübung des einen Amtes der Kirche, des ministerium ecclesiasticum, Anleitung und Hilfe geben, das in Artikel V des Augsburgischen Bekenntnisses als Amt der Evangeliumsverkündigung und Sakramentsverwaltung beschrieben wird.

Da die Kirche nur vom Verkündigen und Hören des Wortes Gottes sowie von der Spendung und dem Empfang der Sakramente lebt, ist es natürlich, daß das Recht des ministerium ecclesiasticum und der mit dem Dienst in diesem Amt beauftragten innerhalb der kirchlichen Ordnungen an bedeutsamer Stelle steht. Nunmehr sind die in den verschiedenen Kirchengesetzen und kirchlichen Ordnungen enthaltenen Bestimmungen über Dienst- und Rechtsstellung der Pastoren durch das Pfarrergesetz abgelöst. Es tritt an ihre Stelle. Nur soweit die landeskirchlichen Regelungen die Bestimmungen des Pfarrergesetzes ergänzen, gelten sie nach § 103 (2) weiter. Das gilt insbesondere für die Ordnungen, welche innerhalb der Landeskirche die Zuständigkeit für die im Pfarrergesetz vorgesehenen geistlichen Handlungen, Verwaltungsakte und Entscheidungen regeln. Die Landeskirche handelt, indem sie das Pfarrerrecht erneuert, nach ihrer Verfassung, insbesondere deren §§ 1 und 2. Sie ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig und verfährt dabei im Rahmen der für alle geltenden Gesetze. Nach diesem Grundsatz ist auch das Pfarrergesetz anzuwenden und auszulegen. Der Pastor stellt sein Leben ganz in den Dienst des Herrn Jesus Christus, der gekommen war, nicht daß er sich dienen lasse, sondern daß er diene. Hierdurch werden die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten des Pastors nicht ausgeschaltet. Die Landessynode hat das für das Amtszuchtgesetz bereits in dessen § 61 Buchstabe a zum Ausdruck gebracht. Ferner hat die Landes-

synode in § 67 (3) des Amtszuchtgesetzes die von der Landeskirche übernommene Pflicht zur lebenslänglichen Versorgung des Pastors und seiner unterhaltsberechtigten Angehörigen auf den Fall ausgedehnt, daß der Pastor wegen einer schweren Verletzung der Amtspflicht aus dem Dienst entfernt werden muß. Hier soll der Pastor ebenso gestellt sein, als wäre er während der im kirchlichen Dienst verbrachten Zeit in der Sozialversicherung pflichtversichert gewesen. Der gleiche Grundsatz muß erst recht für die weit minder belastenden Fälle der Entlassung und des Ausscheidens aus dem Dienst gelten, die im X. Abschnitt des Pfarrergesetzes unter Ziffer 1 und 2 geregelt sind. Die in § 2 besonders betonte Pflicht der Landeskirche zur Fürsorge für die Pastoren schließt es in sich ein, die den wirtschaftlichen Schutz der Bürger gewährleistenden Bestimmungen zu beachten, wie z. B. die Verordnung über die Pfändung des Arbeitseinkommens bei Geldansprüchen, die einem kirchlichen Dienstträger gegenüber einem seiner Pastoren erwachsen könnten. Sie findet gegenüber § 37 (3) ihren Ausdruck darin, daß die Räumung von Dienstwohnungen nach feststehender Übung in der Landeskirche erst dann verlangt wird, wenn eine andere angemessene Wohnung vorhanden ist.

Die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten bilden insbesondere den Rahmen, innerhalb dessen die §§ 50 bis 52 anzuwenden sind. Der Oberkirchenrat wird davon Abstand nehmen, der Landessynode zu § 51 (3) ein Kirchengesetz vorzulegen, welches für den Fall, daß ein Pastor Abgeordneter in einer politischen Körperschaft wurde, besondere Maßnahmen vorsieht. Bei § 47 Satz 2 ist das allgemeine Recht auf Arbeit zu beachten. Zu § 34 wird erläuternd bemerkt, daß § 48 der Strafprozeßordnung die Geistlichen berechtigt, die Aussage über das zu verweigern, was ihnen bei der Ausübung des Dienstes anvertraut ist. Sind die Pastoren insoweit auch von der Zeugenpflicht befreit, so besteht jedoch die Pflicht, zur Anzeige von Vorhaben von Kapitalverbrechen und Staatsverbrechen, wie sie insbesondere durch § 139 des Strafgesetzbuches und § 26 des Strafrechtsergänzungsgesetzes gegeben ist.

Das Pfarrergesetz löst eine umfangreiche Arbeit auf dem Gebiet der landeskirchlichen Ordnungen aus, welche die nächsten Jahre ausfüllen wird. In der damit hervorgerufenen Neubesinnung auf Auftrag und Verantwortung der Kirche, das Wesen und die Gestaltung des Amtes, die Bedeutung der Ordination und die Stellung der Pastoren als Diener im Amt möge der Herr die sich abzeichnenden Aufgaben zum Segen seiner Kirche gelingen lassen.

Schwerin, den 9. Juni 1964

Der Oberkirchenrat
Beste

Dimissoriale — Bestimmungen der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs.

Vom 14. April 1964
(Nachdruck aus KABl. 1964 S. 40)

Vornahme von Amtshandlungen der Pastoren an Gliedern anderer Kirchgemeinden sowie außerhalb der eigenen Kirchgemeinde (Dimissoriale-Bestimmungen)

I. Der Pastor und die Glieder einer Kirchgemeinde sind aneinander gewiesen. Der Pastor ist der berufene Seelsorger seiner Gemeinde. Er allein hat das Recht zur öffentlichen Wortkündigung und Sakramentsverwaltung sowie zur Vornahme von Amtshandlungen innerhalb der Kirchgemeinde, als deren Hirte er berufen ist. Von den Gemeindegliedern wird erwartet, daß sie sich an ihren Pastor halten.

Für die Zugehörigkeit zu einer Kirchgemeinde läßt § 5 Abs. 1 der Verfassung der Landeskirche den Wohnsitz maßgebend sein: „Die Kirchgemeinden des Landes bestehen aus den Angehörigen des evangelisch-lutherischen Bekenntnisses, welche in dem Kirchspiel ihren Wohnsitz haben und aus der Kirche nicht ausgetreten sind." (Der Begriff des Wohnsitzes ist § 7 (1) des Bürgerlichen Gesetzbuches entnommen: „Wer sich an einem Orte ständig niederläßt, begründet an diesem Orte seinen Wohnsitz.") Dabei begründet auch ein ohne den Willen ständiger Niederlassung genommener Aufenthalt die Verantwortlichkeit der Kirchgemeinde des Aufenthaltsortes. Das ist zum Beispiel bei Schülern, Studenten, für längere Zeit abgeordneten Werktätigen, Kranken in Sanatorien usw. der Fall. Auch wenn diese Gemeindeglieder an ihren bisherigen Wohnsitz zurückzukehren beabsichtigen, können sie doch den Dienst der Kirche am Ort ihres Aufenthalts in Anspruch nehmen.

Am 1. Juli 1964 tritt § 27 des Pfarrergesetzes in Kraft. Er lautet:

„(1) Dem Pfarrer ist der Dienst an allen Gliedern seiner Gemeinde aufgegeben.

(2) Amtshandlungen an Gliedern anderer Gemeinden darf der Pfarrer nur vornehmen, wenn ihm ein Abmelde- bzw. Entlassungsschein des zuständigen Pfarrers vorgelegt wird.

(3) Für Gottesdienste und Amtshandlungen im Bereich einer anderen Gemeinde bedarf es der vorherigen Zustimmung des für diese Gemeinde zuständigen Pfarrers. Durch Kirchengesetz kann bestimmt werden, daß außerdem die Erlaubnis einer anderen kirchlichen Stelle erforderlich ist.

(4) In Notfällen, insbesondere bei Todesgefahr, ist jeder Pfarrer zu Amtshandlungen unmittelbar berechtigt und verpflichtet. Er hat darüber dem zuständigen Pfarrer alsbald Mitteilung zu machen.

(5) Wenn in einer Gemeinde mehrere Pfarrstellen bestehen, regelt sich die Anwendung der vorstehenden Bestimmungen im Verhältnis der einzelnen Pfarrer zueinander und zu ihrer Gemeinde nach dem Recht der Vereinigten Kirche und der Gliedkirchen."

Zuständig für alle Amtshandlungen ist grundsätzlich der Gemeindepastor. In Kirchgemeinden mit mehreren Pfarrstellen entscheidet in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs über die Zuständigkeit die örtliche Regelung.

II. Ein Pastor muß, wenn er Amtshandlungen an Gliedern anderer Gemeinden vornehmen will, eine Erlaubnis (Dimissoriale) des zuständigen Pastors besitzen. Diese aus altem kirchlichen Recht stammende Regelung enthält sowohl eine Vollmacht des zuständigen Pastors an den Erwählten, in seinem Namen tätig werden zu können als auch eine Erlaubnis an das Gemeindeglied, sich an den erwählten Pastor wenden zu dürfen. Das Dimissoriale gewährleistet zugleich die Nachprüfung, ob die be-

gehrten Amtshandlungen nach der geltenden kirchlichen Ordnung gewährt werden können oder ob sie versagt werden müssen. Gemeindeglieder, die eine Amtshandlung durch einen von ihnen erwählten Pastor vornehmen lassen wollen, müssen sich daher zunächst an ihren örtlich zuständigen Pastor wenden und einen Abmelde- oder Entlassungsschein (Dimissoriale) erbitten.

Das Dimissoriale wird in der Form eines Abmelde- oder Erlaubnisscheines erteilt, wenn der erwählte Pastor die Amtshandlung innerhalb seines Kirchspiels vornehmen will. Beabsichtigt der erwählte Pastor, die Amtshandlung außerhalb seines Kirchspiels vorzunehmen, ist außerdem noch die Zustimmung des für den Ort der Amtshandlung zuständigen Pastors erforderlich. Gemeindeglieder, die ein Dimissoriale begehren, müssen dem zuständigen Pastor die notwendigen Unterlagen vorlegen. Der zuständige Pastor ist verpflichtet, vor der Erteilung des Dimissoriales zu prüfen, ob die gewünschte Amtshandlung nach der Ordnung der Kirche und den staatlichen Gesetzen zulässig ist, ob nicht Gründe der Kirchenzucht entgegenstehen oder sonstige berechtigte Bedenken vorliegen. Fehlsame Entscheidungen wird der Pastor dann vermeiden, wenn er beachtet, daß er für Amtshandlungen, die er selbst nicht vollziehen dürfte, auch kein Dimissoriale geben kann. Durch das Dimissoriale erteilt er dem von dem Gemeindeglied erwählten Pastor nicht nur die Erlaubnis, an seiner Stelle zu amtieren, das Dimissoriale stellt vielmehr zugleich auch eine Vollmacht an den erwählten Pastor dar. Der zuständige Pastor als Vollmachtgeber kann aber nicht mehr Vollmacht übertragen, als er selbst besitzt. Die von dem zuständigen Pastor vorzunehmende Prüfung muß sich auch darauf erstrecken, ob nach der Ordnung der Kirche der von dem Gemeindemitglied in Aussicht genommene Amtsträger die vorgesehene Amtshandlung vollziehen kann. Das Dimissoriale ist schriftlich zu erteilen und von dem ausstellenden Pastor unter Angabe der Amtsbezeichnung zu unterzeichnen und mit dem Kirchensiegel zu versehen. Damit stellt das Dimissoriale eine kirchliche Urkunde dar. In dem Dimissoriale sind der Antragsteller, die begehrte Amtshandlung und, wenn irgend möglich, auch der erwählte Pastor anzugeben. Ferner muß in dem Dimissoriale eine Mitteilung darüber enthalten sein, ob der zuständige Pastor vor der Ausstellung bereits die Bestimmung der Lebensordnung beachtet hat, die zu der Amtshandlung gehört (zum Beispiel Traugespräch).

Liegen Gründe vor, die es notwendig machen, das Dimissoriale abzulehnen, sind sie dem Gemeindeglied bekanntzugeben und dem Pastor, der für die Amtshandlung vorgesehen war, unverzüglich mitzuteilen. Gegen die Versagung ist ein Einspruch bei dem Landessuperintendenten möglich. Dieser entscheidet endgültig.

Dem erwählten Pastor obliegen folgende Pflichten: Er darf die Amtshandlung, von Notfällen abgesehen, nur vornehmen, wenn ihm das Dimissoriale vorliegt. Andererseits wird der erwählte Pastor durch das Dimissoriale nicht verpflichtet, die Amtshandlung vorzunehmen. Es steht in seiner pflichtgemäßen Entscheidung, ob er dem an ihn herangetragenem Wunsch stattgeben kann und will. Dabei muß er ernstlich prüfen, ob er aus Rücksicht auf den Pastor und die Kirchgemeinde dem Antragsteller nicht raten muß, sich an seinen zuständigen Pastor zu halten.

Das Dimissoriale bildet für den erwählten Pastor die Unterlage dafür, daß die begehrte Amtshandlung zulässig ist. Er kann sich grundsätzlich darauf verlassen, daß der zuständige Pastor die erforderlichen persönlichen und sachlichen Prüfungen durchgeführt hat. Erlangt er jedoch davon Kenntnis, daß Bestimmungen der Lebensordnung der begehrten Amtshandlung entgegenstehen, so darf er sie unbeachtet des Dimissoriale nicht vollziehen. In diesem Fall hat er dem zuständigen Pastor sofort Mitteilung zu machen.

Ein Dimissoriale ist auch dann zu verlangen, wenn Angehörige einer anderen evangelischen Kirche von einem Pastor der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs eine Amtshandlung begehren. Ebenso bedürfen die Pastoren anderer Landeskirchen eines Dimissoriales, wenn sie an Gliedern der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs Amtshandlungen vollziehen wollen.

III. Für die einzelnen Amtshandlungen ist zu beachten: Für die *Taufe* ist nach I, 6 der Lebensordnung vom 2. Dezember 1955 — Kirchliches Amtsblatt 1956 Nr. 5/6 — der Pastor zuständig, in dessen Gemeinde die Eltern (Mutter) wohnen. Das gilt auch bei Taufen in Krankenhäusern, Kinderheimen o. ä. Die Bestimmung ist sinngemäß für die Taufe Erwachsener anzuwenden.

Für alle auswertigen Paten muß der die Amtshandlung vollziehende Pastor sich Patenbescheinigungen vorlegen lassen. Falls von einem Pastor Patenbescheinigungen erbeten werden, darf er solche nur auf Grund der Nachprüfung der wirklichen Verhältnisse ausfertigen. Er muß sie mit seiner Unterschrift und dem Kirchensiegel versehen.

Für die *Konfirmation* und den ihr vorangehenden Konfirmandenunterricht sieht II, 5 der Lebensordnung den Pastor vor, in dessen Kirchgemeinde die Eltern oder die Erziehungsberechtigten oder das Kind wohnen.

Für die *Trauung* erklärt Ziffer 3 der Handreichung zu Abschnitt VII, 3 der Lebensordnung die Kirchgemeinden für zuständig, in denen die Brautleute wohnen. Die Landeskirchenordnung sieht ferner den Pastor für zuständig an, in dessen Kirchgemeinde das Ehepaar seinen Wohnsitz nimmt. Auch am Wohnsitz der Eltern des Brautpaares ist üblicherweise eine kirchliche Zuständigkeit für die Trauung gegeben. Unter allen diesen Pastoren können die Brautleute wählen, ohne ein Dimissoriale zu benötigen.

Der Pastor, für welchen das Brautpaar sich entscheidet, hat den für den Wohnsitz des anderen Verlobten zuständigen Pastor — gegebenenfalls die für die Wohnsitze beider Brautleute zuständigen Pastoren — von der Anmeldung der Trauung zu unterrichten, verbunden mit dem Ersuchen, ihm etwa bestehende Trauhindernisse unverzüglich mitzuteilen.

Bei Trauungen muß der erwählte Pastor, wenn die Verlobten verschiedenen Kirchgemeinden angehören, von jedem der beiden Heimatpastoren ein Dimissoriale erhalten. Auch muß sich der erwählte Pastor gemäß Ziffer 2 der Handreichung zum Abschnitt VII der Lebensordnung von einer Trauung nachweisen lassen, daß die bürgerliche Eheschließung stattgefunden hat.

Für die *kirchliche Bestattung* ist nach Ziffer 2 der Handreichung zum Abschnitt VIII der Lebensordnung der Pastor des Bestattungsortes zuständig. Außerdem sind die Pastoren des Wohnsitzes und des Sterbeortes zuständig. Werden die Pastoren des Sterbeortes oder des Bestattungsortes in Anspruch genommen, haben sie bei dem Pastor des Wohnsitzes festzustellen, ob kirchliches Geleit gewährt werden kann.

Die *Wiederaufnahme in die Kirche* erfolgt nach Abschnitt XI, 3 der Lebensordnung in der Kirchgemeinde des Wohnsitzes. Will ein Getaufter, der einem anderen christlichen Bekenntnis angehört, zur evangelisch-lutherischen Kirche *übertreten,* so wendet er sich an den Pastor, in dessen Gemeinde er wohnt, wie Abschnitt XI, 1 der Lebensordnung bestimmt.

Wer den Wiedereintritt oder den Übertritt in einer Kirchgemeinde nachsucht, in der er sich vorübergehend aufhält — etwa bei einer Kur, bei Heilstättenbehandlung, Arbeitsauftrag o. a. m. — kann nicht aufgenommen werden, bevor sich nicht der Pastor des Aufenthaltsortes mit dem Pastor des Heimatortes in Verbindung gesetzt und dessen Zustimmung — beim Wiedereintritt auch die des Kirchgemeinderates — eingeholt hat.

Vom Einhalten der vorstehenden Bestimmungen kann abgesehen werden in dringenden Notfällen. Ein dringender Notfall liegt vor etwa für die Taufe bei Lebensgefahr des Kindes, für die Trauung bei Lebensgefahr eines der Verlobten. Bei Begräbnissen ist ein dringender Notstand etwa dann gegeben, wenn jemand in weiter Entfernung von seinem Heimatort stirbt, nicht übergeführt werden kann und der für den Heimatort zuständige Pastor auch telefonisch oder telegraphisch nicht um seine Zustimmung gebeten werden kann.

IV. Alle Amtshandlungen sind in das Kirchenbuch der Kirche einzutragen, in deren Kirchspiel sie vollzogen wurden, und zwar auch dann, wenn ein auswärtiger Pastor sie auf Grund eines Dimissoriale vorgenommen hat. Findet die Amtshandlung außerhalb der Wohnsitzgemeinde statt, wird sie in deren Kirchenbuch ohne Nummer eingetragen. Der Pastor, der auf Grund eines Dimissoriale eine Amtshandlung vollzogen hat, hat diese dem zuständigen Pastor unverzüglich anzuzeigen, bei der Trauung von Verlobten aus verschiedenen Gemeinden den Pastoren beider Heimatkirchen sowie dem Pastor der Gemeinde, in welchem das Ehepaar seinen Wohnsitz nimmt.

Die kirchlichen Gebühren stehen bei Amtshandlungen, die außerhalb der Heimatgemeinde vollzogen werden, der in Anspruch genommenen örtlichen Kirche zu.

V. Nimmt ein unzuständiger Pastor eine Amtshandlung vor, ohne daß ein dringender Notstand besteht oder ein Dimissoriale erteilt ist, so wird die Amtshandlung dadurch nicht ungültig. Der Pastor verletzt jedoch seine Amtspflicht und kann auf Grund der für einen solchen Fall geltenden kirchlichen Ordnung zur Verantwortung gezogen werden.

Schwerin, den 14. April 1964

Der Oberkirchenrat

Beste

Kirchengesetz der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs über die Vertretung der Pastorenschaft.

Vom 3. April 1964

(Nachdruck aus KABl. 1964 S. 45)

Die Landessynode hat das folgende Kirchengesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Die Pastoren, denen eine Pfarrstelle oder eine allgemeinkirchliche Aufgabe in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs übertragen ist, wählen zur Wahrnehmung ihrer kirchenordnungsmäßigen Rechte eine Vertretung der Pastorenschaft. Diese Vertretung wirkt bei den ihr durch Kirchengesetz übertragenen Aufgaben mit.

§ 2

(1) In jedem Kirchenkreis werden ein Mitglied der Vertretung und drei Stellvertreter auf sechs Jahre gewählt.

(2) Die in eine allgemeinkirchliche Aufgabe berufenen Pastoren wählen im Kirchenkreis ihres Dienstsitzes gemeinsam mit den im Gemeindepfarramt stehenden Pastoren.

§ 3

(1) Die Wahl im Kirchenkreis leitet der nach Lebensjahren älteste Propst. Er ladet die im Kirchenkreis wahlberechtigten Pastoren zu einer Wahlversammlung ein. Er kann mit dem Landessuperintendenten vereinbaren, daß die Wahl am Tage einer Diözesankonferenz stattfindet. Wird er in der Wahlversammlung für die Vertretung der Pastorenschaft vorgeschlagen, übernimmt der im Lebensalter folgende Propst die Leitung.

(2) Die Wahlversammlung bestimmt aus ihrer Mitte zwei Beisitzer. Nach Beratung in der Wahlversammlung erfolgt die Wahl durch Stimmzettel.

(3) Auf jedem Stimmzettel können bis zu vier Namen von im Kirchenkreis wahlberechtigten Pastoren angegeben werden.

(4) Bei der Wahl entscheidet einfache Mehrheit. Die drei dem Gewählten an Stimmenzahl Folgenden sind nach der Reihenfolge der Stimmen Stellvertreter. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

(5) Der Wahlleiter stellt in der Wahlversammlung fest, ob die Gewählten bereit sind, die Wahl anzunehmen. Andernfalls wird sie fortgesetzt, bis das Mitglied der Vertretung und drei Stellvertreter gewählt sind.

§ 4

(1) Die Wahlleiter der Kirchenkreise teilen das Ergebnis der Wahl unverzüglich dem Wahlleiter des Kirchenkreises Güstrow (§ 3 Abs. 1 Satz 1) mit. Dieser beruft die Mitglieder der Vertretung alsbald zu einer Sitzung ein. Unter seiner Leitung wählen die Mitglieder der Vertretung einen Obmann und einen Stellvertreter. Der Obmann übernimmt danach den Vorsitz in der Sitzung.

(2) Der Obmann teilt dem Oberkirchenrat die Namen der Mitglieder der Vertretung der Pastorenschaft und ihrer Stellvertreter sowie auch jede spätere Veränderung mit und veranlaßt die Veröffentlichung im Kirchlichen Amtsblatt.

§ 5

(1) Scheidet ein Mitglied aus der Vertretung aus, rücken die Stellvertreter in der sich aus der Wahl er-

gebenen Reihenfolge nach. Sind auch sämtliche Stellvertreter aus einem Kirchenkreis innerhalb einer Wahlperiode ausgeschieden, muß für die noch laufende Zeit eine Neuwahl erfolgen.

(2) Ist ein Mitglied verhindert, an einer Sitzung der Vertretung teilzunehmen, treten die Stellvertreter nach der Reihenfolge mit allen Befugnissen an seine Stelle. Mitglied und Stellvertreter unterrichten den Nächstfolgenden sofort unter Weitergabe der Einladung über ihre Behinderung.

§ 6

Der Obmann führt die Geschäfte der Vertretung der Pastorenschaft. Er nimmt die an die Vertretung gerichteten Anfragen und Eingaben entgegen.

§ 7

(1) Die Vertretung tritt nach Bedarf auf Einladung des Obmannes zusammen.

(2) Auf Verlangen des Oberkirchenrates oder von mindestens drei Mitgliedern muß der Obmann die Vertretung innerhalb zweier Wochen einberufen.

(3) Die Tagesordnung ist bei der Einladung mitzuteilen.

§ 8

(1) Die Vertretung ist beschlußfähig, wenn sieben ihrer Mitglieder oder deren Stellvertreter anwesend sind.

(2) Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Obmannes.

(3) In eigenen Angelegenheiten haben die Mitglieder der Vertretung kein Stimmrecht und müssen auf Verlangen des Obmannes die Sitzung während der sie betreffenden Beratung verlassen.

(4) Die Beschlüsse der Vertretung sind in ein Buch mit fortlaufend numerierten Seiten unter Angabe des Tages und der Anwesenden einzutragen und vom Obmann und mindestens einem Mitglied zu unterschreiben. Der Obmann hat das Buch seinem Nachfolger zu übergeben.

§ 9

Die Mitglieder der Vertretung der Pastorenschaft und ihre Stellvertreter sind zur Verschwiegenheit über die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit mitgeteilten oder bekannt gewordenen Tatsachen verpflichtet.

§ 10

(1) Die Zugehörigkeit zur Vertretung der Pastorenschaft ruht, wenn gegen ein Mitglied oder einen Stellvertreter ein förmliches Verfahren nach dem Amtszuchtgesetz eingeleitet und eine vorläufige Dienstenthebung verfügt wird.

(2) Die Zugehörigkeit endet bei Übernahme eines kirchenleitenden Amtes, Versetzung in den Ruhestand, Wegzug aus dem Kirchenkreis, Untersagung der Ausübung von Ehrenämtern durch die Kammer für Amtszucht oder Beendigung des Dienstverhältnisses als Pastor.

§ 11

Die Reisekosten und die baren Auslagen der Mitglieder der Vertretung werden von der Landeskirche getragen.

§ 12

Die Vertretung der Pastorenschaft wirkt auch in denjenigen Fällen mit, in denen es sich um Kandidaten der Theologie, Vikare, Pfarrhelfer oder im Ruhestand befindliche Pastoren handelt.

§ 13

Bis zum Erlaß eines Kirchengesetzes über den Dienst der theologisch vorgebildeten Frau in der Landeskirche nehmen die eingesegneten und angestellten Vikarinnen an der Vertretung der Pastorenschaft mit allen Rechten und Pflichten teil.

§ 14

Die Vertretung der Pastorenschaft nimmt ihre Tätigkeit am 1. Juli 1964 auf. In den letzten beiden Monaten vor dem Ablauf der Wahlperiode sind Neuwahlen durchzuführen.

§ 15

Dieses Kirchengesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Schwerin, den 21. April 1964

Der Oberkirchenrat

Beste

Kirchengesetz der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs vom 1. April 1965 zu § 86 Absatz 3 und 4 des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 14. Juni 1963.

Vom 1. April 1965

Die Landessynode hat das folgende Kirchengesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Auf Grund § 86 Absatz 4 des Pfarrergesetzes wird der Oberkirchenrat ermächtigt, in einzelnen Fällen die Altersgrenze in § 86 Absatz 3 über das 70. Lebensjahr hinauszuschieben.

§ 2

Das Kirchengesetz tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1964 in Kraft.

Schwerin, den 1. April 1965

Der Oberkirchenrat

Beste

Ausführungsgesetz der Ev.-Luth. Sachsens zum Pfarrergesetz vom 14. Juni 1963 und zur Ordnung für die Schlichtungsstelle (Anlage zu § 67 Abs. 3 des Pfarrergesetzes).

Vom 16. April 1964

(Nachdruck aus ABl. 1964 S. A 34)

Die Evangelisch-Lutherische Landessynode Sachsens hat folgendes Kirchengesetz zur Ausführung des Pfarrergesetzes vom 14. Juni 1963 und zur Ordnung für die Schlichtungsstelle beschlossen:

1. (Zu § 6 Abs. 2 Satz 2 PfG) Das Kirchengesetz über Berufung zu pfarramtlichem Dienst und öffentlicher Wortverkündigung vom 5. Juni 1950 (Amtsblatt Seite A 46 unter II Nr. 33) bleibt einschließlich der

dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen in Kraft.

2. (Zu § 16 PfG) Auch der vom Kirchenvorstand gewählte Pfarrer bedarf der Berufung durch das Landeskirchenamt, die an die Stelle der bisherigen Bestätigung tritt.

3. (Zu § 30 PfG) Ordinierte Inhaber kirchenleitender Ämter im Sinne von § 30 Abs. 1 des Pfarrergesetzes sind der Landesbischof und die Superintendenten.
Für die theologischen Mitglieder des Landeskirchenamtes gilt § 30 Abs. 2 des Pfarrergesetzes. Im übrigen wird zu Abs. 2 auf die Kirchenverfassung verwiesen.

   Die Gebietsdezernenten des Landeskirchenamtes sind zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung in den Gemeinden des ihnen zugeteilten Gebietes berechtigt.

4. (Zu § 39 PfG) Die Vorschrift in § 9 Abs. 8 des Pfarrwahlgesetzes in der Fassung des Kirchengesetzes vom 14. Dezember 1956 (Amtsblatt Seite A 87 unter II Nr. 53) wird aufgehoben.

5. (Zu § 70 Abs. 1 Satz 2 PfG) Die Regelung der Übertragung einer anderen Pfarrstelle durch das Pfarrwahlgesetz vom 14. November 1930 (Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 83) bleibt unberührt.

6. (Zu § 86 Abs. 4 PfG) Das Landeskirchenamt wird ermächtigt, die Voraussetzungen im Sinne von § 86 Abs. 4 des Pfarrergesetzes festzustellen und Ausnahmen im Sinne dieser Bestimmung zu beschließen.

7. (Zu § 101 PfG) Pfarrer, die auf Grund ihrer Tätigkeit Kirchenbeamte wurden und werden, bleiben zugleich auch Pfarrer im Sinne des Pfarrergesetzes.

8. (Zu § 103 Abs. 1 Satz 1 PfG) Soweit nicht in den Vorschriften des Pfarrergesetzes zur Ausführung einzelner Bestimmungen der Erlaß eines Kirchengesetzes vorgesehen ist, wird das Landeskirchenamt ermächtigt, erforderliche Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

9. (Zu § 100 Abs. 1 Satz 2 PfG) Dieses auf Grund von § 103 Abs. 1 Satz 1 des Pfarrergesetzes erlassene Ausführungsgesetz tritt zugleich mit dem Pfarrergesetz und der Ordnung für die Schlichtungsstelle am 1. Juli 1964 in Kraft.

Dresden, am 16. April 1964.

Die Kirchenleitung
der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens

D. Noth

Ausführungsverordnung der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens zum Pfarrergesetz vom 14. Juni 1963 und zur Ordnung für die Schlichtungsstelle (Anlage zu § 67 Abs. 3 des Pfarrergesetzes).

Vom 27. April 1964
(Nachdruck aus KABl. 1964 S. A 34 Nr. 9)

Das Evangelisch-Lutherische Landeskirchenamt verordnet zur Ausführung des Pfarrergesetzes vom 14. Juni 1963 und der Ordnung für die Schlichtungsstelle folgendes:

1. (Zu §§ 6 und 7 PfG) Bewerbungen um Verleihung der Anstellungsfähigkeit sind schriftlich beim Landeskirchenamt einzureichen, von Bewerbern, die im Dienst der Landeskirche stehen, auf dem Dienstwege.

2. (Zu § 8 Abs. 1 Satz 1 PfG) Die Verleihung der Anstellungsfähigkeit wird dem Bewerber vom Landeskirchenamt schriftlich mitgeteilt.

3. (Zu § 11 PfG) Der Wortlaut der vom Ordinanden abzugebenden Lehrverpflichtung in § 9 der Ausführungsverordnung vom 28. September 1953 (Amtsblatt Seite A 78 unter II Nr. 39) wird, wie folgt, geändert:

   „Ich erkenne als für meine Lehre und Verkündigung verbindlich das Evangelium von Jesus Christus an, wie es in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments gegeben und in den Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche, vornehmlich in der ungeänderten Augsburgischen Konfession von 1530 und im Kleinen Katechismus Martin Luthers bezeugt ist."

4. (Zu § 13 Abs. 2 PfG) Der Landesbischof entscheidet, wer das Gespräch über den Verlust des Rechtes zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung führt.

5. (Zu § 19 Abs. 1 Satz 2 PfG) Bei der Berufung zum Pfarrer ist eine Verpflichtungsniederschrift aufzunehmen. Im Falle der Übertragung einer anderen Stelle an den Inhaber einer Pfarrstelle (§ 70 des Pfarrergesetzes) unterbleibt die Aufnahme einer Verpflichtungsniederschrift.

6. (Zu § 24 Abs. 2 PfG) Kirchenälteste im Sinne des Pfarrergesetzes sind die Kirchenvorsteher.

7. (Zu § 27 Abs. 2, 3 und 5 PfG) Die Vorschrift in § 6 der Kirchgemeindeordnung in der Fassung des Kirchengesetzes vom 24. November 1960 (Amtsblatt Seite A 70 unter II Nr. 32) bleibt unberührt.

8. (Zu § 43 Abs. 2 PfG) Der Pfarrer, der ein Eheversprechen abgibt, hat seiner auf dem Dienstwege einzureichenden Mitteilung an das Landeskirchenamt einen Lebenslauf und die Konfirmationsurkunde seiner Verlobten sowie ein pfarramtliches Zeugnis über seine Verlobte beizufügen.

9. (Zu § 44 Abs. 1 PfG) Der Landesbischof entscheidet, wer die mündliche Aussprache mit dem Pfarrer führt, gegen dessen beabsichtigte Eheschließung Bedenken bestehen.

10. (Zu § 45 Abs. 1 Satz 1 PfG) Die dreimonatige Frist beginnt mit dem Ablauf des Tages, an dem das Landeskirchenamt von der beabsichtigten Eheschließung des Pfarrers Kenntnis erlangt.

11. (Zu § 50 Abs. 2 und 3 Satz 3 und 4 PfG) Zuständig für die Zustimmung zur Übernahme eines Nebenamtes oder einer Nebenbeschäftigung und für die Untersagung der Fortführung einer solchen Tätigkeit oder eines Ehrenamtes ist für die seiner Dienstaufsicht unterstehenden Pfarrer der Superintendent. Anzeigen der genannten Pfarrer gemäß § 50 Abs. 3 Satz 3 des Pfarrergesetzes sind ebenfalls an den Superintendenten zu richten.

    Für andere Pfarrer und für die Superintendenten ist das Landeskirchenamt zuständig.

12. (Zu § 51 PfG) An eine kirchengesetzliche Regelung ist nicht gedacht. Es bleibt bei der bisherigen Übung.

13. (Zu § 55 PfG) Die unmittelbare Dienstaufsicht über die Pfarrer übt gemäß § 15 Abs. 2 Ziffer 2 der Verfassung vom 13. Dezember 1950 der zuständige Superintendent aus. Unberührt bleibt jedoch die Vorschrift in § 3 Ziffer 1 a des Kirchengesetzes über die Bezirkskirchenämter vom 31. Dezember 1925 (Konsistorialblatt 1926 Seite 8).

14. (Zu § 56 PfG) Das Bezirkskirchenamt ist für Mahnungen im Sinne von § 56 Satz 1 des Pfarrergesetzes und für die Zuteilung einer teilbeschäftigten nichtgeistlichen Hilfskraft zur Erledigung rückständiger Verwaltungsaufgaben zuständig, kann auch im eigenen Amt angestellte kirchliche Mitarbeiter oder im Einvernehmen mit einer nachgeordneten kirchlichen Dienststelle einen dort beschäftigten kirchlichen Mitarbeiter mit der Aufarbeitung unerledigt gebliebener Verwaltungsaufgaben beauftragen.

    Im übrigen ist für Anordnungen nach § 56 des Pfarrergesetzes, insbesondere für die Auferlegung entstandener Kosten, das Landeskirchenamt zuständig.

15. (Zu § 57 Abs. 1 Satz 1 und 2 PfG) Einstweilige Maßnahmen im Sinne von § 57 Abs. 1 Satz 1 und 2 des Pfarrergesetzes trifft der Superintendent. Im übrigen verbleibt es bei der Zuständigkeit des Landeskirchenamtes.

16. (Zu § 58 PfG) Ausführungsbestimmungen bleiben einer späteren Regelung vorbehalten.

17. (Zu § 61 Satz 2 PfG) Bis zum Erlaß eines besonderen Kirchengesetzes gilt das Kirchengesetz über die Neufassung der Ordnung der Zucht für kirchliche Amtsträger vom 24. November 1960 (Amtsblatt Seite A 73 unter II Nr. 37).

18. (Zu § 64 Abs. 2 PfG) Zuständig für die Gewährung von Sonderurlaub aus wichtigen Gründen und die Belassung von Dienstbezügen während dieses Urlaubes ist das Landeskirchenamt.

19. (Zu § 67 Abs. 2 PfG) Die Nachprüfung letztinstanzlicher Entscheidungen erfolgt durch die Schlichtungsstelle der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens.

20. (Zu § 70 Abs. 3 PfG) Die Aufnahme einer Verpflichtungsniederschrift unterbleibt im Falle der Übertragung einer anderen Stelle oder einer allgemeinkirchlichen Aufgabe.

21. (Zu §§ 71 Abs. 1 und 81 PfG) Die Vorschriften in § 9 Abs. 1 bis 7 des Pfarrwahlgesetzes vom 14. November 1930 in der Fassung des Runderlasses Nr. 88 vom 24. April 1946 (nachträglich abgedruckt Amtsblatt 1949 Seite A 36) und des Änderungsgesetzes vom 30. April 1951 (Amtsblatt Seite A 38 unter II Nr. 19) und das Kirchengesetz über die Versetzung von Geistlichen in den Wartestand vom 19. Mai 1949 (Amtsblatt Seite A 5 unter II Nr. 6) bleiben bis zu kirchengesetzlicher Neuregelung in Kraft.

22. (Zu § 87 PfG) Für den Fall, daß der Wiedereintritt der vollen Dienstfähigkeit eines erkrankten Pfarrers zu erwarten ist, gilt § 3 des Sächsischen Gesetzes vom 3. Mai 1892 (Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 132) weiter.

23. (Zu § 91 PfG) Die Verwendung von Pfarrern im Ruhestand als Altersvikare bleibt unberührt. Altersvikare unterstehen auch der Visitation.

24. (Zu § 103 Abs. 2 PfG) Visitator im Sinne des Pfarrergesetzes ist der Superintendent.

    Zustellungen, die im Pfarrergesetz oder in der Ordnung für die Schlichtungsstelle vorgeschrieben sind, haben gegen Empfangsnachweis zu geschehen. Das gilt auch für die Zustellung von Ladungen.

25. (Zu § 2 der Ordnung für die Schlichtungsstelle) Der Obmann der Schlichtungsstelle und sein Stellvertreter werden von der Evangelisch-Lutherischen Landessynode gewählt.

    Der von einem kirchenleitenden Organ zu bestellende Beisitzer und sein Stellvertreter werden von der Kirchenleitung bestimmt.

26. Diese Ausführungsverordnung tritt zugleich mit dem Pfarrergesetz und der Ordnung für die Schlichtungsstelle am 1. Juli 1964 in Kraft.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt Sachsens

Dr. Johannes

Verordnung der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens über die Bildung einer Vertretung der Pfarrerschaft.

Vom 29. Oktober 1964
(Nachdruck aus ABl. S. A 67)

Über die Bildung einer Vertretung der Pfarrerschaft der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens verordnet das Landeskirchenamt folgendes:

§ 1

(1) Zur Wahrung und Vertretung der allgemeinen Belange der Pfarrerschaft der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, sowie zur Betreuung, Unterstützung und Vertretung der einzelnen Pfarrer der Landeskirche wird die

Pfarrervertretung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens

gebildet.

(2) Zu ihren Aufgaben gehört insbesondere auch die Pflege brüderlicher Gemeinschaft und Förderung gegenseitiger Hilfe innerhalb der gesamten Pfarrerschaft der Landeskirche und die Wahrnehmung der Aufgaben, die nach der kirchlichen Gesetzgebung der Vertretung der Pfarrerschaft obliegen.

(3) Die Pfarrervertretung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens ist die Vertretung aller Geistlichen im Bereiche der Landeskirche, auch der Pfarrverweser, Pfarrdiakone, Pastoren, Vikare und Vikarinnen.

§ 2

(1) Die Pfarrervertretung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens besteht aus acht Obmännern, von denen jeweils auf die Dauer von sechs Jahren sechs zu wählen und zwei zu berufen sind, sowie einer Vertreterin der Vikarinnen, die auf sechs Jahre zu berufen ist. Für jeden Obmann ist auf die gleiche Dauer ein Stellvertreter zu wählen bzw. zu berufen. Für die Vertreterin der Vikarinnen ist auf die gleiche Zeit eine Stellvertreterin zu berufen.

(2) Wiederwahl oder Wiederberufung sind zulässig.

§ 3

(1) Fünf der zu wählenden Obmänner und ihre Stellvertreter werden von Vertrauensmännern der Pfarrkonvente gewählt.

(2) Zu diesem Zwecke wählen — mit Ausnahme der Superintendenten — alle übrigen zur Mitgliedschaft in einem Konvent verpflichteten Geistlichen in geheimer Abstimmung aus ihrer Mitte einen Vertrauensmann ihres Konventes. Das Ergebnis dieser Wahl ist vom Konventsvorsitzenden auf dem Dienstwege über die Superintendentur dem Landeskirchenamt anzuzeigen.

(3) Die Vertrauensmänner der Konvente jedes Kirchenamtsratsbereiches wählen ihrerseits in geheimer Abstimmung aus ihrer Mitte einen Obmann und einen Stellvertreter. Diese Wahl leitet der dem Lebensalter nach älteste Vertrauensmann im Kirchenamtsratsbereich, der vom Landeskirchenamt hierzu beauftragt

wird und die Namen der gewählten Vertrauensmänner des Kirchenamtsratsbereiches mitgeteilt erhält. Er zeigt das Ergebnis der Wahl des Obmannes und seines Stellvertreters unmittelbar dem Landeskirchenamt an.

§ 4

Die Superintendenten wählen aus ihrer Mitte in geheimer Abstimmung einen weiteren Obmann und Stellvertreter. Diese Wahl leitet der dienstälteste Superintendent. Er zeigt das Wahlergebnis dem Landeskirchenamt an.

§ 5

(1) Das Landeskirchenamt unterrichtet den dem Lebensalter nach ältesten gewählten Obmann von den Ergebnissen der Obmännerwahlen. Dieser beruft die gewählten Obmänner zur ersten Sitzung, in welcher aus ihrer Mitte der Vorsitzende der Pfarrervertretung und dessen Stellvertreter gewählt und als zwei weitere Obmänner je ein Vertreter der Ruheständler und ein Vertreter der jungen Pfarrer sowie deren Stellvertreter berufen werden. Außerdem werden von den gewählten Obmännern die Vertreterin der Vikarinnen und deren Stellvertreterin berufen. Die Namen der Berufenen und ihrer Stellvertreter zeigt der Vorsitzende der Pfarrervertretung dem Landeskirchenamt an.

(2) Junge Pfarrer im Sinne dieser Vorschrift sind Geistliche, die noch nicht länger als fünf Jahre ständig sind und das fünfunddreißigste Lebensjahr nicht überschritten haben.

§ 6

Nach seiner Wahl leitet der Vorsitzende die Pfarrervertretung, die alle ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit faßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 7

(1) Die Wahlzeiten und Anzeigefristen werden vom Landeskirchenamt festgesetzt.

— Fristen: 15., 20., 25., 1. 1965 —

(2) Für die erste Pfarrervertretung hat die Wahl der Vertrauensmänner in den Konventen bis 15. Januar 1965 zu geschehen. Das Wahlergebnis ist der Superintendentur bis 20. Januar 1965 und von der Superintendentur dem Landeskirchenamt bis 25. Januar 1965 anzuzeigen.

(3) Die Obmännerwahlen sind bis 20. Februar 1965 durchzuführen. Ihr Ergebnis ist dem Landeskirchenamt bis 25. Februar 1965 anzuzeigen.

§ 8

Diese Verordnung tritt am 15. Dezember 1964 in Kraft.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt Sachsens

Dr. Johannes

Beschluß der Synode der Ev.-Luth. Landeskirche Schaumburg-Lippe über das Pfarrergesetz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.

Vom 3. Dezember 1963
(Nachdruck aus KABl. 1964 S. 8)

Die Synode nimmt von dem Pfarrergesetz der Vereinigten Ev.-Luth. Kirche Deutschlands vom 14. Juni 1963 und seinem Inkrafttreten im Bereich unserer Landeskirche am 1. Juli 1964 mit Dank und Zustimmung Kenntnis und beauftragt den Landeskirchenrat, die notwendigen Durchführungsbestimmungen zu erlassen und festzustellen, welche Rechtsvorschriften unserer Landeskirche mit dem 30. Juni 1964 außer Kraft treten.

Bückeburg, den 3. Dezember 1963

Präsident der Landessynode

Wolperding

Präsident des Landeskirchenrates

D. Henke

Durchführungsbestimmungen der Ev.-Luth. Landeskirche Schaumburg-Lippe zum Pfarrergesetz der Vereinigten Ev.-Luth. Kirche Deutschlands vom 14. Juni 1963.

Vom 16. September 1964
(Nachdruck aus KABl. 1964 S. 22)

Die Landessynode hat durch Beschluß vom 3. Dezember 1963 den Landeskirchenrat beauftragt, die notwendigen Durchführungsbestimmungen zu dem Pfarrergesetz der Vereinigten Ev.-Luth. Kirche Deutschlands zu erlassen.

Diesem Antrage entsprechend verordnet der Landeskirchenrat das Folgende:

Zu § 26 Absatz 2 Satz 2:

Zuständig ist der Kirchenvorstand, der die von ihm aufgestellte Dienstordnung dem Landeskirchenamt zur Genehmigung vorzulegen hat.

Zu § 30:

Der ordinierte Inhaber eines kirchenleitenden Amtes im Sinne des Absatzes 1 ist der Landesbischof. Ordinierte Mitglieder kirchenleitender Organe im Sinne des Absatzes 2 sind die geistlichen Mitglieder des Landeskirchenrates.

Zu § 34 Satz 2:

Zuständig für die dienstliche Genehmigung zur Aussage ist der Landeskirchenrat.

Zu § 37 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 1 und 2:

Zuständig ist das Landeskirchenamt.

Zu § 42 Satz 3:

Zuständig ist das Landeskirchenamt.

Zu § 43 Absatz 2 und 3:

Zuständig ist das Landeskirchenamt, dem mit der Mitteilung (Anzeige) ein die Verlobte bzw. die Ehefrau betreffendes pfarramtliches Zeugnis einzureichen ist.

Zu § 44:

Zuständig ist der Landeskirchenrat. Visitator ist der zuständige Superintendent.

Zu § 50 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 Satz 1, 3 und 4:

Zuständig ist das Landeskirchenamt.

Zu § 52:

Zuständig ist das Landeskirchenamt.

Zu § 53 Satz 1:

Zuständig ist das Landeskirchenamt.

Zu § 57 Absatz 1 Satz 1:

Zuständig ist der Landeskirchenrat.

Zu § 61 Satz 2:

Bis zum Erlaß eines Amtszuchtgesetzes der Vereinigten Kirche gilt das Kirchengesetz über Dienstvergehen der Geistlichen und kirchlichen Beamten der Ev.-Luth. Landeskirche Schaumburg-Lippe vom 5. Februar 1930 nebst Anlagen.

Zu § 67 Absatz 2:

Zuständig ist der Rechtshof der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers gemäß dem Kirchengesetz betreffend die Zuständigkeit des Rechtshofes der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers für die Ev.-Luth. Landeskirche Schaumburg-Lippe vom 5. Dezember 1961.

Zu § 68 Absatz 2:

Zuständig ist der Landeskirchenrat.

Zu § 72 Absatz 1 Satz 2:

Der Visitator ist der zuständige Superintendent.

Zu § 72 Absatz 3 Satz 1:

Zuständig ist der Landeskirchenrat.

Zu § 78 Absatz 1:

Zuständig ist der Landeskirchenrat.

Zu § 86 Absatz 4:

Zuständig ist die Landessynode.

Zu § 88 Absatz 2 Satz 3:

Der Visitator ist der zuständige Superintendent.

Zu § 90 Absatz 2:

Zuständig ist der Landeskirchenrat.

Bückeburg, den 16. September 1964

D. Henke

Präsident des Landeskirchenrates

Kirchengesetz der Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins über die Anwendung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.

Vom 8. November 1963

(Nachdruck aus KGVOBl. 1964 S. 51)

Die Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins hat auf Grund des Artikels 14 Absatz 3 der Rechtsordnung folgendes Kirchengesetz beschlossen:

Artikel I

Das Pfarrergesetz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 14. Juni 1963 — Amtsblatt der Vereinigten Kirche Seite 14 — gilt im Bereich der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die Amtsbezeichnung Pastor bleibt erhalten.
2. Zu § 2 Absatz 3:
   Artikel 14 Absatz 2 der Rechtsordnung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins vom 6. Mai 1958 (Kirchl. Ges.- u. V.-Bl. S. 83) bleibt unberührt.
3. Zu § 7 Absatz 2:
   § 2 Absatz 3 Buchstabe e) des Kirchengesetzes über die Anstellungsfähigkeit und Vorbildung der Geistlichen in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins vom 22. Januar 1960 (Kirchl. Ges.- u. V.-Bl. S. 16) in der Fassung des Kirchengesetzes vom 17. November 1961 (Kirchl. Ges.- und V.-Bl. S. 115) bleibt unberührt.
4. Zu § 58 Absatz 1:
   Der Anspruch soll nicht geltend gemacht werden, wenn nur leichte Fahrlässigkeit vorliegt.
5. Zu § 71 Absatz 1 Buchstabe c):
   § 3 des Kirchengesetzes über die Versetzung der Pastoren in ein anderes Pfarramt vom 22. Januar 1960 (Kirchl. Ges.- u. V.-Bl. S. 15) in der Fassung des Kirchengesetzes vom 16. November 1962 (Kirchl. Ges.- u. V.-Bl. S. 130) bleibt unberührt.

Artikel II

Die Kirchenleitung erläßt, soweit es nicht eines Kirchengesetzes bedarf, die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

Artikel III

Das geltende Pfarrerrecht bleibt in Kraft, soweit es diesem Gesetz nicht widerspricht.

Artikel IV

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1964 in Kraft.

Kiel, den 6. März 1964

Die Kirchenleitung

Schröder

Pastor und stellvertretender Vorsitzender

Kirchengesetz der Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins zur Änderung des Kirchengesetzes über die Anstellungsfähigkeit und Vorbildung der Geistlichen.

Vom 13. November 1964

(Nachdruck aus KGVOBl. 1965 S. 4)

Die Landessynode der Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins hat folgendes Kirchengesetz beschlossen:

Artikel 1

§ 8 Absatz 1 des Kirchengesetzes über die Anstellungsfähigkeit und Vorbildung der Geistlichen in der Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins vom 22. Januar 1960 (Kirchl. Ges.- u. V.-Bl. S. 16) in der Fassung des Kirchengesetzes vom 17. November 1961 (Kirchl. Ges.- u. V.-Bl. S. 115) erhält folgende Fassung:

Auf Grund der bestandenen 1. theologischen Prüfung entscheiden die Bischöfe im Einvernehmen mit dem Landeskirchenamt über die Aufnahme in den kirchlichen Vorbereitungsdienst. Die Entscheidung ist endgültig. Die Aufnahme kann auch erfolgen, wenn der Bewerber

a) die erste theologische Prüfung bei einer anderen deutschen Prüfungsbehörde bestanden hat oder

b) auf Grund eines theologischen Studiums eine Prüfung im Ausland abgelegt hat, die dem 1. theologischen Examen in der Ev.-Luth. Lan-

deskirche Schleswig-Holsteins entspricht; in diesem Falle ist ein Kolloquium erforderlich.

Artikel 2

Dieses Kirchengesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Kiel, den 14. Dezember 1964

Das vorstehende von der 30. ordentlichen Landessynode am 13. November 1964 beschlossene Kirchengesetz wird hiermit verkündet.

Die Kirchenleitung

D. Wester

Vorläufiges Kirchengesetz der Ev.-Luth. Landeskirche Thüringens über die Anwendung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Vom 8. April 1964

(Nachdruck aus ABl. 1964 S. 119)

Die Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen hat mit einer zur verfassungsändernden Gesetzgebung ausreichenden Mehrheit folgendes festgestellt:

I

Das von den in der Vereinigten Kirche zusammengeschlossenen lutherischen Kirchen gemeinsam erarbeitete Pfarrergesetz wird als verbindliche gesamtkirchliche Ordnung im Sinne des § 4 der Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen anerkannt. Es gilt mit Wirkung vom 1. Juli 1964 im Gebiet der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen.

II

Für seine Anwendung ist § 4 der Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen maßgebend; die Bestimmungen des Pfarrergesetzes sind in ihrer Auslegung und Anwendung begrenzt durch die für alle geltenden Gesetze.

III

Bis zur Verabschiedung der in Fühlungnahme mit den anderen lutherischen Kirchen zu formulierenden ausführlichen Anwendungsbestimmungen gelten die bisherigen Bestimmungen des Rechtes der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen weiter, soweit sie dem Pfarrergesetz nicht widersprechen und soweit im folgenden Abschnitt IV nicht etwas Abweichendes bestimmt wird.

IV

Bis zum Inkrafttreten eines endgültigen Anwendungsgesetzes (vgl. III) wird zur Beseitigung von Widersprüchen folgendes bestimmt:

1. § 50 Abs. 1 der Verfassung der Evangelisch- Lutherischen Kirche in Thüringen wird aufgehoben; es ist nach §§ 43 ff. des Pfarrergesetzes zu verfahren in Verbindung mit § 50 Abs. 2 und 3 der Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen.
2. Bei Anwendung des § 47 Satz 2 des Pfarrergesetzes darf das für alle geltende Recht auf Arbeit nicht beeinträchtigt werden.
3. Die staatsbürgerlichen Grundrechte werden durch § 51 des Pfarrergesetzes nicht berührt; der Erlaß eines Gesetzes, das Maßnahmen vorsähe, wenn ein Pfarrer Abgeordneter wird, unterbleibt. Die §§ 52 und 53 Satz 1 des Pfarrergesetzes finden keine Anwendung.
4. § 65 Abs. 2 des Pfarrergesetzes findet mit der Maßgabe Anwendung, daß dem Pfarrer, der ein berechtigtes Interesse vorträgt, auf Anordnung des Landesbischofs im Landeskirchenamt unter Aufsicht eines Beamten oder Angestellten Einsicht in seine Personalakten gewährt wird.
5. Bis zur Einrichtung der Schlichtungsstelle gemäß § 67 Abs. 2 des Pfarrergesetzes erfolgt die Nachprüfung letztinstanzlicher Entscheidungen der kirchlichen Verwaltungsstellen wie bisher gemäß § 68 Absatz 2 Ziffer 8 der Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen durch die Synode.
6. Gemäß der Ermächtigung in § 86 Absatz 4 des Pfarrergesetzes wird die Anwendung der Absätze 1 und 3 des § 86 bis auf weiteres ausgesetzt.
7. Pfarrern, die gemäß der Zehnten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über Sozialpflichtversicherung vom 18. Januar 1958 (Gesetzblatt Teil I Seite 84) in Verbindung mit der Anordnung über die arbeitsrechtliche Stellung der in kirchlichen Einrichtungen beschäftigten Arbeiter und Angestellten vom 18. Januar 1958 (Gesetzblatt ebenda) von der Sozialversicherungspflicht befreit waren, sind, falls sie gemäß §§ 96, 97 Absatz 2, 98 oder 99 die im kirchlichen Dienstverhältnis begründet gewesenen Versorgungsanwartschaften verlieren und in einem neuen Arbeitsverhältnis keine Anwartschaft auf zureichende Altersversorgung erwerben, nach Erreichung des Rentenalters Versorgungsbezüge zu gewähren, deren Höhe so zu bemessen ist, als wenn sie während ihres Dienstes in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen sozialpflichtversichert gewesen wären.

V

Die vorstehende Übergangsregelung gilt vorläufig für drei Jahre. Der Landeskirchenrat ist beauftragt, gemäß §§ 103, 104 des Pfarrergesetzes ein endgültiges Anwendungsgesetz zu erarbeiten.

Eisenach, am 8. April 1964

Die Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen

D. Mitzenheim	Dr. Lotz
Landesbischof	Präisdent

Herausgegeben vom Lutherischen Kirchenamt der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, Hannover-Herrenhausen, Böttcherstraße 8, Fernruf 71 02 46, Fernschreiber 09 22673, Postscheckkonto Hannover 32 02. Schriftleitung: Oberkirchenrat Dr. Johann Frank. Verlag: Lutherisches Verlagshaus, Berlin-Grunewald, Koenigsallee 40. — Das Amtsblatt erscheint nach Bedarf. Auslieferung an die Amtsstellen der Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands durch das Lutherische Kirchenamt. Sonstiger Bezug durch den Verlag. Druck: Franz Scherrer Druckerei, Hannover, Striehlstraße 9, Fernruf 1 23 47-48.